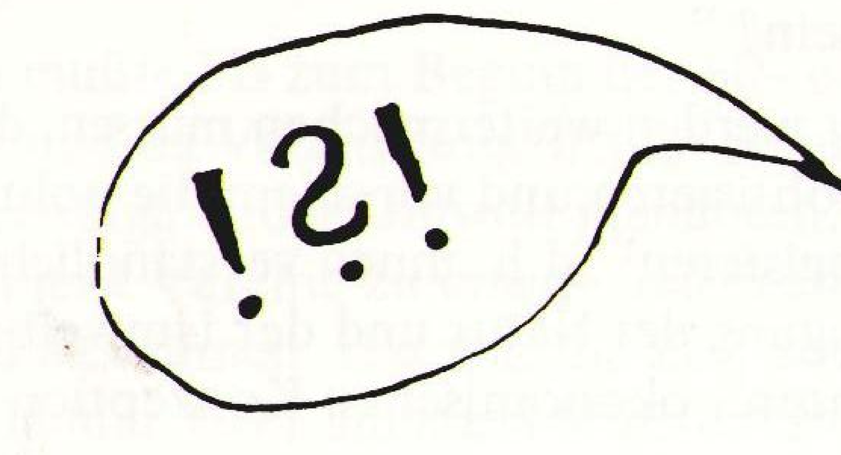
(NR. 169)

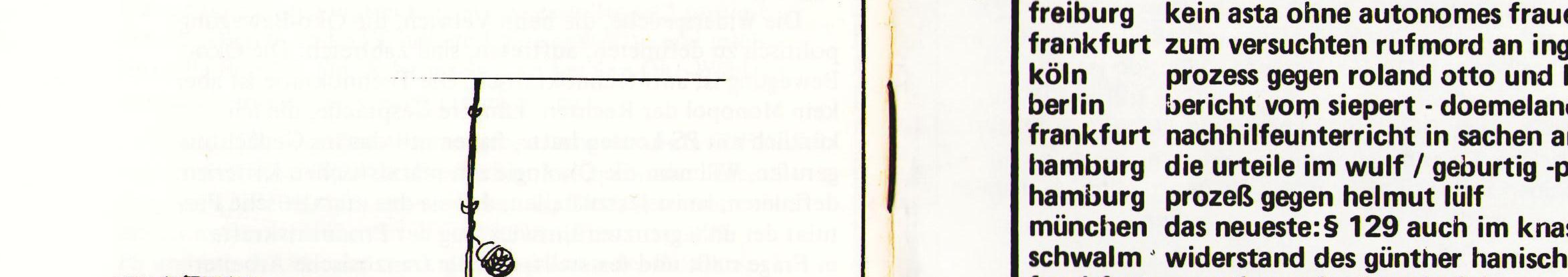
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90



Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen—sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID-Nummer	Exemplare
	3	

Bei Nichtaushändigung den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.



Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.169 19.MÄRZ 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 (!) Uhr

Seite 1: *Achtung:Nächstes Alternativpressetreffen / Informationsbulletin zum Russell-Tribunal erschienen / Sammel-und Verwertungsstelle für Knastkorrespondenz eingerichtet / Zum Prozess gegen Rechtsanwalt Groenewold / Freundschaftshaus in Gerstheim eingeweiht / Vorschlag für ein bundesweites Juristengruppen-Treffen*

* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

verantwortlicher redakteur :
indulis bilzens

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen

ACHTUNG: NÄCHSTES ALTERNATIVPRESSETREFFEN

FRANKFURT
17. März

Wie in Hannover vereinbart, findet das nächste Alternativpressetreffen vom 22. bis 24. April 1977 in Frankfurt statt und wird von den regionalen Zeitungen (AZ, Hauptwache, ID, Pflasterstrand, Provinz) vorbereitet. Um zu vermeiden, daß wir in den einzelnen Arbeitsgruppen aneinander vorbeireden, wollten wir das kommende Treffen inhaltlich besser vorstrukturieren.

In den nächsten Tagen geht der erste Rundbrief mit Vorschlägen zur inhaltlichen Gestaltung der Arbeitsgruppen an alle uns bekannten Alternativzeitungsadressen. Bitte diskutiert diese Vorschläge in euren Redaktionen und sendet uns bis zum 5. April Änderungsvorschläge, Ergänzungen und Beiträge zu. Der zweite Rundbrief, der dann diese Ergänzungen berücksichtigt und der dann alle technischen Hinweise enthält, soll am 15. April rausgehen.

Zeitungsinitiativen oder Zeitungen, die keinen Rundbrief bekommen und die an dem Treffen teilnehmen wollen, sollen sich bei uns melden — wir senden ihn euch dann zu. Alle sollten sich aber spätestens bis zum 19. April mit genauer Angabe, wann wieviel von euch ankommen, anmelden. Bitte gebt eine Telefonnummer an, unter der wir euch erreichen können.

Die Vorbereitungsgruppe

Kontaktadresse: *Informationsdienst*
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt
Kennwort: Alternativpressetreffen

INFORMATIONSBULLETIN ZUM RUSSELL-TRIBUNAL ERSCHIENEN

Frankfurt
17. März

Im Rahmen der Vorbereitung zum Russell-Tribunal ist jetzt die Nullnummer des Informationsbulletins erschienen. Es enthält Materialien über die Repression in der BRD, die dazu dienen sollen, eine breite Informationskampagne zu unterstützen. Desgleichen soll das Material von den im Ausland arbeitenden Gruppen übersetzt und dort publiziert werden.

Bestellungen sind zu richten an den *Informationsdienst*. (id)
Einzelverkaufspreis 2,-- DM
Sammelbestellungen ab 10 Exemplaren 30 % Rabatt
Bezahlung bei Einzelexemplaren in Form von Briefmarken, bei Sammelbestellung auf Rechnung

SAMMEL- UND VERWERTUNGSSTELLE FÜR KNASTKORRESPONDENZ EINGERICHTET

Auf dem dritten Treffen der Knastgruppen in Frankfurt am 6./7. März wurde u.a. beschlossen, eine Stelle zur Verteilung von Post aus dem Knast einzurichten. Das soll so funktionieren: jede Gruppe, Zeitung o.ä., die Post aus dem Knast bekommt (Anfragen wegen Anwälten oder Betreuung etwa) und die sich nicht in der Lage sieht, darauf einzugehen, soll nun die entsprechenden Briefe an die unten angegebene Adresse schicken. Die Leute von der Sammelstelle werden sie dann an Knastgruppen/Anwälten in dem entsprechenden Raum weiterleiten. Die Adresse: *Knastgruppe Ossendorf, c/o „Der andere Buchladen", Zülpicherstraße197, 5 Köln 41.*

PROZESS GEGEN RA GROENEWOLD

Obwohl der Stammheimer Prozeß noch nicht abgeschlossen ist, wird der Prozeß gegen RA Groenewold am 30.4.77 vor dem Oberlandesgericht Hamburg beginnen. Groenewold wird vorgeworfen, im Rahmen seiner Verteidigungstätigkeit den Hungerstreik der RAF unterstützt zu haben. Zum Prozeß hat sich ein Komitee gebildet, das auch Informationsmaterial vertreiben wird: *Prozeßkomitee c/o Jacobi, Günnemann, Heussweg 35, 2000 Hamburg 19.* Die Adresse des zuständigen Gerichtes ist: *Oberlandesgericht Hamburg, Vorsitzender Richter Dr. Georg Schmidt, Sievekingplatz, 2000 Hamburg 36.*

FREUNDSCHAFTSHAUS EINGEWEIHT

GERSTHEIM
16. März

Am Sonntag, dem 13. März, ist in Gerstheim das Freundschaftshaus „eingeweiht" worden. Mit Wein, den badischen Bürgerinitiativen geschickt haben, mit Musik und vielen Informationen über den Kampf in Gerstheim (ID 163). Gebaut ist es wie die Rundhäuser von Markolsheim und Wyhl. Die Besetzer sind entschlossen, den Platz nicht eher zu räumen, bis der Meßturm wieder abgebaut ist und sie sicher erreicht haben, daß kein Atomkraftwerk (AKW) in Gerstheim gebaut wird. Mittlerweile haben die Bürgerinitiativen ein Papier in der Hand, in dem steht, daß die Eletroicite de France (EDF) dringend einen zweiten Bauplatz neben Fessenheim sucht. Und das soll Gerstheim sein. Die EDF plant ein, daß die Realisierung 20 Jahre braucht. Die Bevölkerung soll schon jetzt auf den Bau vorbereitet werden, und die lange Zeit soll den Widerstand brechen. Auch Deutschland habe Schwierigkeiten, Bauplätze zu finden. Da es psychologisch unklug sei, genau gegenüber auf beiden Seiten des Rheins AKWs zu bauen, dürfe man keine Zeit verlieren, um den Wettlauf zu gewinnen.

VORSCHLAG FÜR EIN BUNDESWEITES JURISTENGRUPPENTREFFEN

SAARBRÜCKEN
20. Februar

Der Saarbrückener 'ARBEITSKREIS KRITISCHER JURISTEN' bat uns bereits im Februar, den nachfolgenden Aufruf zu veröffentlichen. Nun ist's soweit:

'Es geschieht in diesem Staate sehr viel, um sich gegen die Justiz zu wehren. Doch der Erfolg beweist: Es reicht nicht aus. Um in dieser Richtung einer größeren Wirksamkeit der Arbeit unserer Gruppen, die sich mit dem Kampf gegen das herrschende System, seine Ideologie und mit der Praxis der Justiz in diesem Staat beschäftigen, vorwärtskommen zu können, wollen wir versuchen, etwas gegen die Isolation unter uns zu tun. Der Arbeitskreis Kritischer Juristen (AKKJ)/ Saarbrücken schlägt vor, ein möglichst bundesweites Treffen zu veranstalten; in Saarbrücken zwischen Mai und Juli 1977. Wir bitten alle daran interessierten Leute, die wir über unseren Info-Verteiler noch nicht erreichen können, uns mitzuteilen, welche Termin- oder Themenvorschläge sie für dieses Treffen haben.

Themenvorschläge unsrerseits: Polizeirechtsnovellierungen/ Knastarbeit/ Berufsperspektive linker Anwälte/ Koordinierung der Öffentlichkeitsarbeit (Presse)/ Gründung eines Informationszentrums, um schneller reagieren zu können/ Frauenrechtliche Fragen (Ehe- u. Scheidungsrecht/ Mißhandlungen und Gegenwehr, etc.)

Wir werden Eure Antworten abwarten und dann Gedanken zum genauen Ablauf entwickeln, die wir Euch dann, schriftlich fixiert, zusenden werden. Wir hoffen auf reges Interesse!'

AKKJ Uni des Saarlandes 6600 Saarbrücken Bau 14

EIN KATASTROFALER KATASTROFENPLAN

FREIBURG
FESSENHEIM
16. März

Am Freitag, 11. März hat die ‚Gewaltfreie Aktion Freiburg' GAF zusammen mit anderen Umweltschutzgruppen den geheimgehaltenen Katastrofenplan zu Fessenheim der Presse übergeben. Die Veröffentlichung war schon lange gefordert. Die Landesregierung zeigte für die Sorgen und Bedenken der Bevölkerung nur Mißachtung. Diese sah sich jetzt zur Selbsthilfe gezwungen. Gefordert war die Nichtinbetriebnahme, trotzdem ist Fessenheim angelaufen. Die Katastrofenpläne zeigen, was für einen lebensbedrohenden Wahnsinn die Kernenergie darstellt. Es gibt nur einen wirksamen Schutz vor kerntechnischen Unfällen: Stillegen von AKW.

Der Kampf gegen Fessenheim läuft schon seit 1971. Damals fand die 1. Demonstration gegen AKW in Europa statt, in Fessenheim. Der Weg durch die juristischen Instanzen konnte den Bau nicht verhindern. 2 Plastikbomben von der Gruppe ‚Puig Antich-Ulrike Meinhof' haben den Bau um 21 Monate verzögert. Seit dem September 76 laufen viele Aktionen: Großkundgebungen, Hungerstreik von 7 Elsässern in Roggenhausen, Mahnwachen in Freiburg und Colmar, Besetzung des Regierungspräsidiums in Freiburg (167/168). Ziel war stets die Nichtinbetriebnahme und die Veröffentlichung der Katastrophenpläne. Die Landesregierung weigerte sich. Wenn die Bevölkerung den Inhalt kenne, verliere der Plan seine Schutzfunktion und die Bevölkerung werde beunruhigt. Sie versuchte mit allen Mitteln die Veröffentlichung zu verhindern. Gleich zu Beginn der Pressekonferenz erschien der Staatsanwalt und die Kriminalpolizei, mit Hausdurchsuchungsbefehl, um das Original zu beschlagnahmen, das bereits nach Lörrach zurückgeschickt war. Die Kripo notierte alle Namen der Verantwortlichen für die Veröffentlichung.

Der Katastrofenplan entspricht den Rahmenempfehlungen des Bundesinnenministeriums für den Katastrofenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen. Er zeigt so gravierende Fehler und Mängel, daß die Bevölkerung allen Grund zur Beunruhigung hat.

– Die vorgesehenen Maßnahmen betreffen nur einen Bereich von 25 km Umkreis, obgleich bei einem größeren Unfall ein Gebiet von mindestens 80 km verseucht wird. Verseuchte sollen am Verlassen des kontaminierten Bereichs gehindert werden. „Bei Personen und Sachen, die aus dem Gefahrenbereich kommen, ist eine Überprüfung auf Kontamination zu veranlassen. Erforderlichenfalls sind diese Personen abzusondern und namentlich zu erfassen."

– Nach dem Unfall tritt zuerst ein Krisenstab zusammen. Dann werden Messungen auf deutscher Seite gemacht, wozu nur 4 mobile Meßwagen zur Verfügung stehen. Erst dann wird die Bevölkerung alarmiert.

Im Alarmplan ist vorgesehen, die Betroffenen erst einen Tag später zu warnen: *„Warndurchsage - Achtung! Achtung! Hier spricht die Polizei / das Bürgermeisteramt Innerhalb des KKW Fessenheim hat sich heute/gestern gegen ... ein kerntechnischer Unfall ereignet..."*

– 40 Minuten nach einem Unfall kann Freiburg schon verseucht sein, und einen Tag später jede Hilfe zu spät.

– Evakuiert werden soll nur in Ausnahmefällen, d.h. bei über 100 rem. Dem Hilfspersonal, von dem es erheblich zu wenig gibt, soll höchstens 12,5 rem zugemutet werden. Der Bevölkerung wird Regenschutzkleidung empfohlen. *„Bei Wind und bei jeder Staubentwicklung atmen Sie im Freien möglichst nur durch ein Taschentuch."*
Für die Polizei aber gilt: *„Innerhalb des Gefahrenbereichs dürfen sich Polizeibeamte mit Schutzausrüstung nur kurzzeitig aufhalten."*

– Für die Behandlung von schwer Strahlengeschädigten stehen nur 23 Betten zur Verfügung. Entseuchungsmöglichkeiten gibt es kaum. 5 Duschen und 2 Waschbecken zur Dekontamination für ganz Freiburg.

– Zum besonderen Schutz von Kindern und Schwangeren ist nichts vorgesehen.

LETZTE MELDUNG AUS DEM ELSAß:

Ein Physiker aus Fessenheim hat gekündigt und ist mit seiner Familie nach Nordfrankreich gezogen. Er sagte, er könne die unverantwortliche Schlampigkeit der Sicherheitsvorkehrungen nicht mehr verantworten. Für seine Familie sei es ihm zu unsicher, in der Nähe des AKW Fessenheim zu wohnen.

Brutale Polizeiübergriffe auf Atomkraftwerkgegner

Lübeck
16. März

Die Bürgerinitiative gegen AKWs Lübeck informiert in einem Flugblatt über den Polizeieinsatz während eines Straßentheaterstückes:

"Am Samstag, den 12.3. hatten Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Lübeck (BiGA1) in der Breiten Straße einen kleinen AKW-Platz aufgebaut, der Passanten einen Eindruck von den Auseinandersetzungen um das geplante AKW vermitteln sollte. Ein Teil der Breite Straße wurde mit Drahtzaun abgeriegelt, von innen durch gespielte Polizisten und NWK-Werkschutzleute "beschützt" und öfters von AKW-Gegnern "angegriffen". Zwischendurch wurde über Megaphon auf Gefahren durch Kernenergieanlagen hingewiesen. Die Aktion wurde ständig von einer großen Menschenmenge beobachtet.

Plötzlich wurde aus dem Spiel Ernst. Echte Polizisten tauchten auf und nahmen den AKW-Gegnern 2 Megaphone ab. Ohne Aufforderung die Durchsagen über Megaphon zu unterlassen. Ohne Erklärung und ohne eine Quittung für die Beschlagnahmung auszustellen.
Als hiergegen protestiert wurde und am Polizeiwagen die Herausgabe der Megaphone verlangt wurde, öffneten die Beamten die Wagentüren und versprühten gegen nahe Beistehende das Kampfgas "chemische Keule". Dabei wurden schwere Augenverletzungen in Kauf genommen. 4 AKW-Gegner und sogar ein Kind wurden verletzt! Als der Wagen abfahren wollte, hängten einige Leute ein schwarzes Transparent vor die Windschutzscheibe, was die Polizisten aber nicht hinderte, mit unverantwortlicher Geschwindigkeit durch die Fußgängerzone zu rasen, wobei leicht ein Passant hätte verletzt werden können.

Wenig später formierten sich mehr als hundert Menschen zu einem spontanen Protestzug vor die Mengwache. Sie verlangten die Herausgabe der beschlagnahmten Megaphone. Eine Delegation wurde gar nicht erst in die Wachstube gelassen, sondern sofort vor dem Eingang der Mengwache weggeprügelt. Darauf zogen sich die Demonstranten wieder in die Breite Straße zurück, um die begonnene Aktion fortzusetzen.

Nach Bekanntwerden der Vorfälle marschierten plötzlich etwa 30 Polizisten in der Straße auf. Sie suchten offenbar einen erneuten Anlaß, um gegen die Atomkraftgegner vorzugehen. Diesen Anlaß lieferte ein Mitglied der "Jungen Union", indem er einen angeblich an der Aktion Beteiligten denunzierte. Der wurde

gestellt und in den Magen geschlagen und im Polizeigriff zur Mengwache abgeführt. Dort verlangte der Festgenommene einen Anwalt und erhielt zur Antwort: "Das sagt hier jeder" sowie 2 Schläge in den Magen. Er wurde "Wichser" genannt und mehrfach in einer Zelle geschlagen. Nach diesem unglaublichen Vorfall versammelten sich vor der Mengwache weit über 100 Leute, die die Freilassung von dem Verhafteten verlangten. Viele Passanten blieben stehen und wurden Augenzeugen der nun folgenden Überfälle der Polizei.

– Auf einen Fotografen, der die erste Festnahme gefilmt hatte wurde gezeigt, er wurde von mehreren Beamten gegriffen und nun selbst in die Mengwache geschleppt, wo ihm zuerst Prügel angedroht wurde. Die Personalien wurden festgehalten und ein Film beschlagnahmt - offenbar in der Absicht, Bildmaterial über die erste Festnahme und das Auftreten der Polizei zu vernichten. Es fielen Sprüche wie: "Das Volk da draußen hätte man früher vergast!"

– Ohne jeden Anlaß stürmten Polizisten auf die vor der Wache wartenden Menschen los und trieben sie mit Gummiknüppeln vor sich her. Ein zweiter Fotograf wurde gegriffen und zur Wache zurückgezerrt. Im Eingangsflur wurde er mit Knien gestoßen. Kaum war er zu Boden gefallen, fielen zwei Staatsschützer über ihn her und versuchten, gezielt in sein Gesicht zu schlagen. Auch in diesem Fall wurden die Personalien festgehalten und der Film beschlagnahmt. Bei diesem Einsatz wurden zwei Frauen in einen Hausflur gedrängt. Eine wurde von einem Polizisten gewürgt und die andere von einem losgelassenenen Polizeihund gebissen.
Am übelsten wurde wieder einer Frau mitgespielt, die direkt an der Mengwache stand. Ein Beamter schlug solange auf sie ein bis sie stark am Hinterkopf blutete. Zwei empörte Passanten brachten sie sofort in die Mengwache, wo ein Krankenwagen gerufen wurde. Als die Dienstnummer des Schlägers verlangt wurde, wurden auch diese Leute aus der Wache gedrängt, wobei erneut geschlagen wurde. Die Personalien der Verletzten wurden bezeichnenderweise nicht festgestellt.
Auf einen Jugendlichen, der in der Nähe der Wache stand, stürmte völlig unerwartet einer der Beamten los und hieb ihm mehrmals mit seinem Gummiknüppel ins Gesicht, bis der Geschlagene zusammenbrach. Ein weiterer Jugendlicher, der den Vorfall beobachtete, rief den Polizisten entgegen: "Warum schlagt ihr mich nicht, schlagt mich doch, ich bin doch auch wehrlos!", worauf sich sogleich mehrere Beamten auf ihn stürzten und auf ihn einschlugen. Ein anderer Jugendlicher wurde beim nächsten Vorsturm der Polizisten festgenommen, als er äußerte, die Megaphone seien willkürlich beschlagnahmt worden.

– Unter Verletzung aller "rechtsstaatlichen" Grundsätze wurde ein angeforderter Rechtsanwalt unter Einsatz von körperlicher Gewalt von Beamten aus der Wache gedrängt, nachdem er sich als Anwalt vorgestellt hatte und Dienstnummer eingesetzter Polizisten verlangte.

– Gleichzeitig wurde ein junger Mann aus der Begleitung des Rechtsanwaltes in die Wache geschleppt, um seine Personalien festzustellen. Er habe einen Beamten als "Schwein" beleidigt, was in Wirklichkeit nicht geschah. Hierbei wurde das Hemd des Festgenommenen zerrissen.

Nicht nur hier wurden Filme von AKW-Gegnern beschlagnahmt, sondern ein Mädchen wurde nach den Vorfällen vor ihrer Haustür aufgelauert, wo zwei Polizisten sie aufforderten, den Film aus ihrem Fotoapparat zu belichten, da sie angeblich den Polizeieinsatz fotografiert habe. Der Film sollte also nicht beschlagnahmt, sondern vernichtet werden. Wir fragen uns: Warum hat die Polizei vor Fotomaterial über ihre Einsätze solche Angst?

Den Ereignissen dieses Sonnabends kann gar nicht genug Bedeutung beigemessen werden. In den letzten Jahren ist ein derartig skandalöses und brutales Vorgehen der Polizei in Lübeck nicht mehr vorgekommen. Wir fragen uns: Wer sind hier eigentlich die Gewalttäter? Die Presse berichtet durchgehend über angebliche Gewalttätigkeiten von Atomkraftwerksgegnern. An diesem Sonnabend haben wir erlebt, wer wirklich mit aller Brutalität vorgeht. Wir müssen verhindern, daß sich solche Polizeimethoden in Lübeck behaupten können, die nicht nur jenseits jeder bürgerlichen "Legalität" liegen, sondern auch menschenverachtend keinerlei Verhältnismäßigkeit der Mittel beachten.

Wir fordern deshalb:
– Gerichtliche Verfolgung der Beamten, die sich an diesem Tag rechtswidrig verhalten haben.
– wir fordern die Bürgerschaft auf, das Vorgehen der Polizei scharf zu verurteilen und daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
– Die beschlagnahmten Magaphone und Filme müssen sofort zurückgegeben werden.
– Keine gerichtliche Verfolgung der festgenommenen Personen.

Zur Unterstützung dieser Forderungen und Verurteilung des Polizeieinsatzes fand am Mittwoch, dem 16. März eine Protestdemonstration statt.

Bürgerinitiative gegen AKWs, Lübeck"

VORSCHLAG FÜR EINEN OSTERSPAZIERGANG ZU ATOMANLAGEN IM RHEIN/MAIN-GEBIET

FRANKFURT
14. März

Diesen Beitrag schickte uns eine Bockenheimer (Frankfurter) Gruppe gegen Atomenergie:

Wir finden die Idee eines Osterspaziergangs zum nächstgelegenen AKW (siehe ID 166, S. 15) sehr gut. Und auch politisch sinnvoll, weil mit Anknüpfen an die Anti-Atomtod-Bewegung vielleicht auch wieder die Bedrohung durch Atombomben in unser Bewußtsein gerückt wird. (AKWs sind historisch Abfallprodukte der Atombomben, heute aber zusammen mit Wiederaufbereitungsanlagen Voraussetzung für den Bau von A-Bomben.

Folgende Ziele kämen in Betracht (vielleicht wißt ihr noch andere?):
1. KWU-Verwaltung am Kaiserlei-Kreisel in Offenbach
2. NUKEM-Brennelementefabrik in Hanau
3. Größtes Plutonium-Lager Europas in Hanau-Wolfgang
4. Versuchsreaktor in Kahl bei Hanau
5. Vorgesehener AKW-Standort in Großwelzheim bei Kahl
6. Groß-AKW Biblis A+B, Bauplatz von Biblis C.

Unterwegs könnte man noch an einigen nicht-atomaren Brennpunkten der Umweltgefährdung vorbeifahren/gehen.
a. geplante Industrie-Giftmüllfabrik in Ffm-Fechenheim, Orber Straße, direkt bei der Riederwald-Siedlung

b. Wald bei Mainflingen (gegenüber von Großwelzheim bei Seligenstadt), dort soll auch etwas Teuflisches gelagert werden, ich weiß nicht mehr, ob Giftmüll oder Atomraketen.
c. Grube Messel (zwischen Urberach und Darmstadt) ist auch als Müll-Deponie vorgesehen, obwohl einzigartiger Fundort von Versteinerungen. Natürlich kann man nicht alle genannten Orte in einem Spaziergang erreichen. Man könnte aber Spaziergang und Autokorso verbinden.

Besonders schön finden wir folgende Idee: Lebensfreunde aus dem Raum Frankfurt/Offenbach/Hanau gucken sich am Ostersamstag die Anlagen in FFM, OF und Hanau an. Und fahren dann zu einem Treffpunkt in der Nähe von Bensheim. Dort versammeln sich die Osterspaziergänger aus dem ganzen Rhein/Neckar/Main-Gebiet und feiern abends bei Osterfeuer, Liedern und ... Nach Übernachtung im Zelt gehen am nächsten Morgen alle gemeinsam nach Biblis. In der nächsten Zeit laufen noch Vorbereitungstreffen im Rhein-Main-Gebiet.

EINE WOLKE UND EINE SCHÖNE BESCHERUNG

STUTTGART 17. Februar *Dieser Artikel stammt aus dem Blättle in Stuttgart. Es geht dabei um den Protest der Bauern aus der Gegend um Neckarwestheim, etwa 10 km von Heilbronn entfernt, wo das Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar weiter ausgebaut werden soll.*

Gemmringheim, Mitte Januar.

Trotz Kälte und Glatteis ist die Festhalle überfüllt. Nicht nur bis auf den letzten Sitzplatz, auch zum Stehen ist kaum noch ein Fleck frei. Am Eingang eine große Menschentraube. Sie wird sich über drei Stunden lang nicht mehr auflösen. Obwohl es noch Platz gäbe. Die Halle hat eine Bühne,und es fängt an wie im Theater: der Vorhang geht auf. Auf der Bühne sitzen an einem langen Tisch sieben Personen. Sonst ist sie leer. Aber 'die da oben' und 'die da unten' mischen sich nicht.

Es geht um GKN II, die zweite Ausbaustufe des Gemeinschaftskernkraftwerkes Neckar in Neckarwestheim; ihr Bau ist in Vorbereitung. Als die erste Stufe gebaut wurde, gab es hier kaum Protest. Die allermeisten glaubten noch, was ihnen Politiker und Wissenschaftler, Wirtschafts- und Werbefachleute versicherten. Was in jeder Zeitung zu lesen, in jedem Sender zu hören und auf jedem Kanal zu sehen war. Atomenergie ist die sauberste Energieform. Die Fragen der Sicherheit sind ausreichend gelöst. Ein gewisses Risiko muß in Kauf genommen werden, ja. Aber Autofahren ist schließlich auch riskant. Wir brauchen Wachstum, also brauchen wir mehr Energie. Und zur Atomenergie gibt es heute keine wirkliche Alternative. Fertig.

Niemand kann es sich an diesem Abend leisten, Sprüche zu klopfen, die auch nur annähernd so simpel sind. Weder die Politiker aus allen drei Landtagsparteien oder der Direktor des GKN, die zusammen mit einem Arzt als Sprecher des Bürgerunwillens und einem Diskussionsleiter oben auf der Bühne sitzen, noch irgendein Redner im Saal. Die meisten hier sind Einheimische und sie sind sehr hellhörig geworden. Sie haben durch Wyhl und Brokdorf, inzwischen mehr über Art und Größe des Risikos erfahren. Vor allem aber haben sie ihre eigenen Erfahrungen gemacht. Schlechte Erfahrungen. Die augenfälligste ist 'die Wolke'. Sie dürfte es gar nicht geben. Sie kommt aus dem Kühlturm. Vorher war ihnen versichert worden, aus diesem Turm werde etwas Dampf austreten, eine Art kleine Rauchfahne, mehr nicht. Aber statt eines Rauchfähnchens gibt es jetzt die Wolke, groß unverwechselbar, weithin sichtbar. Der Dampf sollte nach oben abziehen. Aber an feuchten Tagen drückt es die Wolke zu Boden. Autofahrer müssen beim Hindurchfahren die Scheibenwischer einschalten. Irritierend wirken große Schaumblasen, die dabei auf der Scheibe zerplatzen. Nach diesen Schaumblasen befragt, erklärt der Direktor des GKN: 'Halt wie im Wasser auch, genau die gleichen Schaumblasen.' Aha.

Wegen der Wolke mußten extra Verkehrsschilder aufgestellt werden.

Und im Sommer, wenn die Wolke steigt? Es sind viele Winzer im Saal. Die Wolke stiehlt Sonne. Im Sommer ist das nicht so schlimm, aber im Frühjahr und im Herbst. Da ist jeder Sonnenstrahl wichtig für den Wein. Die Winzer fürchten um die Qualität. Der Direktor versichert, für Schäden komme selbstverständlich das GKN auf. Aber er erntet nur Gelächter, wie allzuoft an diesem Abend. Der Schaden muß von den Winzern nachgewiesen werden. Beweisen sie mal vor Gericht, daß ihnen eine ganz bestimmt Wolke an ganz bestimmten Tagen Sonnenstrahlen gestohlen hat.

Die Wolke hat Mißtrauen geweckt. Die Menschen haben gemerkt, daß vieles von dem, was ihnen gesagt, zugesichert wurde, schöne Worte waren, weiter nichts. Sie wollen sich nicht länger bevormunden lassen, sondern ernst genommen werden, als mündige Bürger. Sie wollen, wenn sie etwas fragen,nicht Märchen erzählt bekommen, wie kleine Kinder. Sie wollen mitreden und mitentscheiden. Sie wehren sich gegen das Argument der Politiker, das seien so komplexe Fragen, darüber müsse möglichst global oder doch wenigstens kontinental entschieden werden. Soll in Brüssel die Entscheidung fallen, ob hier, in diesem Talkessel, ein zweiter, weitaus größerer Kühlturm gebaut wird? Nein. Darüber muß hier entschieden werden, an Ort und Stelle.

Die monströse Wolke mit Schaumblasen lenkt die Debatte auf die klimatischen Bedingungen. Ist der Standort überhaupt richtig gewählt? Es stellt sich heraus, daß die Klima-Untersuchungen teilweise nur sehr flüchtig vorgenommen wurden. Verschiedene Daten wurden einfach interpoliert. Aus vorhandenen Meßwerten in Heidelberg, Künzelsau und Flughafen Echterdingen wurde ein rechnerischer Mittelwert zugrundegelegt. Metereologen weisen darauf hin, daß dieses Verfahren unstatthaft ist. Das leuchtet ein, denn für den Talkessel ergeben sich faktisch die gleichen Werte, wie für die hochliegende Umgebung. Um die Entwicklung des Klimas zu überwachen, wurde in der Nähe des Kernkraftwerkes eine kleine Wetterstation eingerichtet. Aber sie ist ungenügend ausgestattet. Trotzdem soll schon in einem halben Jahr aus den bis dahin vorliegenden Daten eine Entscheidung über den weiteren Ausbau abgeleitet werden.

Es sind diese Fragen - nach der Wolke, nach dem Wetter, nach dem Wein - die bei der heftigen, aber durchaus sachbezogenen Diskussion im Vordergrung stehen. Die besonderen Gefahren der Radioaktivität werden lange umgangen wie der heiße Brei. Erst zum Schluß kommen die Radioaktiven Abfälle ins Gespräch. Bis jetzt, so der Direktor, fallen nur leicht radioaktive Abfälle an. Sie werden in das stillgelegte Salzbergwerk Asse transportiert und dort gelagert. Als hartnäckig weitergefragt wird, muß er zugeben, daß schon in einem Jahr Abfälle da sein werden, die hochradioaktiv sind. Die in Asse nicht gelagert werden können. Was soll mit ihnen geschehen? Und jetzt kommt ein Sachverhalt ans Licht, der das Gruseln lehren kann.

Es besteht ein Vertrag mit Frankreich. Dort gibt es eine Wiederaufbereitungsanlage, in der Normandie. Sie wird die hochradioaktiven Abfälle aus Neckarwestheim zur Zwischenlagerung und Aufbereitung übernehmen. Aber es kann immer nur ein kleiner Prozentsatz zur Wiederverwendung aufbereitet werden. Der überwiegende Rest bleibt Abfall. Er muß 'endgelagert' werden, wie es so schön heißt. Die Franzosen sind jedoch zu dieser Endlagerung nicht verpflichtet. Im Ge-

genteil, sie lehnen sie ausdrücklich ab. Dieser unverwertbare 'Rest' wird in die Bundesrepublik zurückverfrachtet. Aber wohin damit? Das weiß bis heute kein Mensch. Eine schöne Bescherung.

(. . . . . .)

Am Ende der Versammlung legen zwei örtliche Bürgerinitiativen eine Resolution vor. Mit dem Bau der zweiten Stufe des GKN solle zunächst einmal mindestens fünf Jahre gewartet werden, bis die vielen offenen Fragen besser geklärt sind. Es kommt zur Abstimmung. Ungefähr 500 Menschen sind im Saal. Fast alle unterstüt en diese Resolution, heben den Arm. Dann werden die Gegenstimmen gezählt: eins, zwei,drei, vier, fünf, sechs, sieben.
Aus.

Christoph Junck von der Bürgerinitiative Umweltschutz Stgt.

Kontakt:
Gertrud Wessthof
7015 Korntal
Weinbergweg 7
Tel. 83 41 03

Aus: s' Blättle Stuttgart

FEMINISMUS UND ÖKOLOGIE

ESSEN
8. März

Der folgende Vortrag wurde am 12.2.77 in der TH Aachen als Einführung zu einem Brokdorf-Teach-in gehalten, das von Frauen veranstaltet worden war:

„Wieso machen Frauen diese Veranstaltung,
— obwohl wir traditionell nichts mit Technik zu tun hahaben;
— obwohl nur wenige von uns technische und naturwissenschaftliche Fächer studieren;
— obwohl wir nicht über Einzelheiten der atomaren Technik diskutieren können?

Gerade deshalb.
Wir Frauen erfahren die gesamte Entwicklung der Technologie aus einem anderen Blickwinkel und haben durch unsere Geschichte ein anderes Verhältnis entwickelt. Wir lassen uns nicht in interne Diskussionen verwickeln, unser Blick ist skeptischer, konsequenter.

Denn gerade wir sind und waren von der Technik immer BETROFFEN; uns wird sie vorgesetzt, wir müssen sie hinnehmen:
— Frauen ruinieren ihre Gesundheit in hochspezialisierten Industriebetrieben bei unterbezahlter, höchste Geschicklichkeit erfordernder Arbeit;
— „Moderne" Haushaltsgeräte werden „für uns" entwickelt, damit wir auch weiterhin die Hausarbeit machen;
— Gerade von den Kernkraftwerken sind schließlich WIR betroffen, denn was bedeutet das abstrakte Wort „genetische Schäden"? Für die Befürworter der Kernenergie sind geschädigte Kinder eine Zahl in der Statistik, eine volkswirtschaftliche Mehrbelastung, die mit dem angeblichen Nutzen aufgewogen wird. Für uns sind geschädigte Kinder eine ganz konkrete persönliche Anforderung, denn es sind in erster Linie wir, die mit ihnen leben.

Diese ganz besondere Betroffenheit drückt ein Bauer in Wyhl aus, wenn er sagt: „Unsre Weiber sind viel härter und kompromißloser in dem Kampf, und ich glaub', das kommt daher, die Weiber stehen halt viel näher am Leben als wir Männer."

Was wir Frauen aus unserem Blickwinkel sehen, ist folgendes:
Die Technik, die uns heute mit ihren zerstörerischen Auswirkungen entgegentritt, ist nicht nur kapitalistisch, sie ist männlich.

Nirgends sonst in der Gesellschaft ist die Rollentrennung Frau/Mann so stark ausgeprägt, wie in der hochentwickelten Naturwissenschaft und Technik: zum Beispiel Kernphysik, Computertechnik, Reaktorbau. . .

Wenn schon überhaupt sehr wenige Frauen naturwissenschaftliche und technische Fächer studieren, so sind es gerade in DIESEN Fächern, die ein Höchstmaß an Abstraktion und Entfremdung verlangen, die allerwenigsten. Es ist bestimmt kein Zufall, und solange wir Frauen uns Anerkennung im Studium durch Anpassung an die Inhalte und Formen erkaufen müssen, haben wir auch keine Lust,diesen Zustand zu ändern und der Männergesellschaft auch noch das Alibi zu liefern.

Niemand kann leugnen, daß in der heutigen Welt eine extreme Arbeitsteilung vorherrscht: Kaum ein Mann kann wirklich nachvollziehen, was für Frauen das tägliche Brot ist: die Erhaltung des Lebens, das heißt Pflege, tägliche Sorge um das Wohlergehen anderer Menschen, kochen, waschen, trösten, wachsen lassen.

Auf der anderen Seite konnte sich die reine Geistesarbeit entwickeln, die von jeher männliches Privileg war: frei von jeglicher Sorge um das materielle Leben, auch das eigene, von Kinderaufzucht ganz zu schweigen; und Gefühle haben in dieser Welt des reinen Geistes erst recht nichts zu suchen. Nur durch diese Trennung ist es möglich, daß sich die heutige Technik, das Produkt isolierter Denkspiele, in ihr Gegnteil verkehrt: nicht mehr das Leben zu erleichtern, sondern das Leben zu zerstören.

Irmtraud Morgner hat sich in ihrem Roman „Trobadora Beatriz" mit dem männlichen wissenschaftlichen Denkstil auseinandergesetzt, der ihrer Meinung nach zu „geistigem Fanatismus" neigt. Der Grund dafür liegt unter anderem in der Trennung vom Lebensbereich der Kinder. „Die Anwesenheit von Kindern, deren Forderungen, Ansprüche, Poesie sind Barrieren gegen die Fanatisierung des Geistes. Kindliches Dasein setzt geistige Gegenstände zur Realität in Beziehung, relativiert sie."

Frauenunterdrückung und Frauenbefreiung sind für viele ein Begriff. Umweltzerstörung und Ökologie sind ebenfalls für viele ein Begriff, doch daß es zwischen beiden Zusammenhänge gibt, ist den meisten nicht klar. Um diese gemeinsamen Ursachen herauszufinden, erforschen wir Frauen unsere Geschichte. Uns reicht es dabei nicht, bis an die Anfänge des Kapitalismus zurückzugehen. Zu dieser Zeit waren die Grundsteine zu „unserer" heutigen Kultur schon gelegt. Es fing an im alten Griechenland, dem ersten voll patriarchalischen Staatswesen. Für unsere Gegend konkret wurde es dann in der Aufklärung, als die „freie Wissenschaft" erblühte, nicht mehr der Kirche verantwortlich, nur noch dem Menschen. Und das Wesen des Menschen wurde als das definiert, was es von der Natur unterscheidet: der Mensch als Nicht-Natur, die „Freiheit von der Notwendigkeit".
Der Mensch dazu berufen, die Natur zu beherrschen.
Von Anfang an hieß „Mensch" aber immer nur „Mann".
Der Mann fing an, die Natur zu unterwerfen: sowohl die äußere Natur, also Erde, Wasser, Luft, Pflanzen und Tiere, als auch alles, was innerhalb des Menschen an die Natur erinnert: die Arbeitskraft, die Sexualität. Aber was immer wieder unübersehbar an die Natur im Menschen erinnert, das ist die Frau, welche die Kinder bekommt. Wir Frauen sind das lebende Beispiel dafür, daß das Wesen des Menschen eben NICHT denkbar ist im Widerspruch zur Natur, sondern nur mit ihr. Deshalb sind UNSERE Körper ein ebenso unterdrücktes, ausgebeutetes, kolonialisiertes, vergewaltigtes Gebiet geworden wie die

Erde. Denn so unterschiedlich die Formen der Frauenunterdrückung auch auftreten, der Anlaß ist immer derselbe: unsere Gebährfähigkeit.

Die Männergesellschaft hat uns die Selbstbestimmung über unsere Fortpflanzung genommen und damit das Problem der Überbevölkerung geschaffen. Die Männergesellschaft hat sich selbst als außerhalb der Natur stehend definiert und damit das Problem der Umweltzerstörung geschaffen.

Im Marxismus finden wir eine umfassende Analyse der Unterdrückung des männlichen Menschen durch den männlichen Menschen. Was noch aussteht, ist eine Analyse, die tiefer geht: die die Unterdrückung von Mensch und Natur als Einheit sieht, weil sie die Verwurzelung des Menschen in der Erde nicht negiert.

Hierzu schreibt Gabriele Kuby im Frauenoffensive-Journal „Feminismus und Ökologie":
„Die Männer haben die Welt an einen Punkt gebracht, wo die Lebensgrundlagen aller Menschen bedroht sind. Das ist neu. Bisher wurden ‚nur' Mehrheiten von Minderheiten unterdrückt, Gruppen und Völker ausgerottet. Jetzt ist das LEBEN bedroht, ob in seiner Ausprägung als Mensch, Tier, Pflanze, Erde, Wasser oder Luft. Damit ist eine neue Stufe der Gewalt erreicht. . . Wenn die Menschen sich abschlachten und zerstören, was sie geschaffen haben, dann ist das nicht so schlimm im Vergleich mit der Zerstörung der Bedingungen von Leben überhaupt. . Marx hat gesehen, daß der Stoffwechsel des Menschen mit der Natur sich unter kapitalistischen Bedingungen durch Ausbeutung von Mensch u n d Natur vollzieht. Aber die Zerstörung der Erde hatte noch nicht angefangen, Realität zu werden, deswegen ist die physische und psychische Zerstörung des Menschen Zentrum seiner Analyse: ‚Radikal sein, ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selber.' Die Zerstörung der Natur läßt uns erfahren, daß auch der Mensch Wurzeln hat. Sie stecken in der Erde. Radikal sein heißt, dies zum Zentrum seines Denkens und Handelns zu machen."

Was ziehen wir Frauen daraus für Konsequenzen? Es hat sich in letzter Zeit einiges getan. Es gibt Bürgerinitiativen, in denen gerade auch viele Frauen aktiv sind. Es gibt Techniker, die im Sinne der Bürgerinitiativen alternative Technologien zur Energiegewinnung entwickeln. Und sogar von der Industrie kommen schon fertige Anlagen, zum Beispiel Sonnenkollektoren.

Wir Frauen sind mit einigem davon nicht einverstanden und sehen die Gefahr, daß wir wieder untergebuttert werden.

— Wir akzeptieren es nicht, wenn Professoren, die sich ihren Studenten gegenüber extrem autoritär verhalten, plötzlich den Umweltschutz als Forschungsgebiet entdekken und sich damit ein fortschrittliches Image geben, während andererseits die Ehefrau zu Hause bleiben muß bei den Kindern, und es sind 'ne Menge Kinder, weil's ja so natürlich ist.

— Wir akzeptieren es nicht, wenn es in Bürgerinitiativen Männer gibt, für die der Kampf um die Erhaltung des Lebens einschließt, daß sie Frauen das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper verwehren.

— Wir akzeptieren es nicht, wenn manche Männer an den Umwelt„schutz" mit derselben Haltung herangehen, mit der sie auch einer Frau in den Mantel helfen: als Kavaliere. Damit bezeugen sie im Grunde dieselbe Einstellung wie die Befürworter der Kernenergie: daß es nämlich in der freien Entscheidung des Menschen liegt, die Natur entweder auszubeuten oder gnädig zu beschützen.

— Wir akzeptieren es nicht, wenn nur Frauen ernstgenommen werden, die tatsächlich Kinder haben. Die Männergesellschaft hat uns soweit gebracht, daß ein qualifizierter Beruf und Kinderkriegen gar nicht (beziehungsweise nur um den Preis mörderischer Doppelbelastung) vereinbar ist. Deshalb reden in der Frauenbewegung ma hmal Frauen ohne Kinder für Mütter mit, weil diese eben keine Zeit haben. Die Ziele aber sind dieselben. Sich politisch für ein Frauenleben ohne Kinder einsetzen heißt nicht, kinderfeindlich zu sein.

— Wir akzeptieren es nicht, wenn dieselbe Industrie, die die Umweltverschmutzung verursacht hat, uns nun plötzlich Fertigprodukte auf dem Gebiet angeblich alternativer Technik anbietet, die wir wieder nur kaufen und konsumieren können, ohne Grundlegendes zu ändern; wie zum Beispiel ein Ökohaus, das in seinem Grundriß die Kleinfamilie und die hergebracht Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann fortschreibt.

Eine Technik, die weiterhin Männersache bleibt, kann nie eine alternative Technik sein!

aus: katalyse, Technikergruppe, Mitteilungen, 3/77, März
c/o ,
Karl Barth Haus, Wittenberg Straße 14 - 16, 43 Essen 1

KEIN ASTA OHNE AUTONOMES FRAUENREFERAT

FREIBURG
14. März

Bei den Wahlen zum Studentenrat der Freiburger Uni im Februar hatten die Spontis zum ersten Mal kandidiert: unter dem Namen „FAUST" trafen sich 3 Wochen vor der Wahl ca. 50 Unorganisierte, um über eine eigene Wahlliste zu kandidieren. Sie beschlossen eine Wahlbeteiligung, jedoch nicht, um in Koalition mit anderen Gruppen einige AStA-Pöstchen zu bekommen, sondern um die in Freiburg im letzten Semester ziemlich verschlafene und resignierte Linke mal wieder ein bischen wachzurütteln und Ansätze für eine linke Öffentlichkeit an der Uni wiederherzustellen. Bei der AUDIMAX-Kandidatenvorstellung vor der Wahl zeigten wir durch einige unkonventionelle Aktionen, daß uns der AStA-Wahlrummel stinkt. Dem KBW, der uns kurz zuvor als „arbeitsscheue Früchtchen" bezeichnet hatte, übergaben wir öffentlich einen Marktkorb verfaulter Früchte, unseren ersten Versammlungsredner, der im üblichen Stil eines Wahlkämpfers lospalaverte, erschossen wir mit einer Schreckschußpistole, anschließend kam noch ein humorvoller Redebeitrag.

Das Wahlergebnis war so, daß keine Gruppe ohne Zustimmung von „FAUST" mehr einen mehrheitsfähigen AStA bilden kann. FAUST und Frauengruppe haben an die Bildung eines neuen Minderheiten-AStA aus SHB, GEW, LHV unter anderen Forderungen die Bedingung geknüpft, daß ein autonomes UNI-Frauenreferat eingeführt wird. Die „gewerkschaftlich orientierten" Gruppen lehnten dies bisher ab, so daß 2 AStA-Wahlsitzungen ergebnislos abgebrochen wurden. Zu Beginn des SS findet die erste Uni-Frauen-VV Freiburgs statt, die ein Frauenkollektiv fürs Frauenreferat wählen soll, kurz darauf ist der dritte Anlauf zur AStA-Wahl, der nur durchgeführt werden kann, wenn die anderen ihre ablehnende Haltung gebenüber dem Frauenreferat geändert haben.

ZUM VERSUCHTEN RUFMORD AN INGE HORNISCHER

FRANKFURT 15. März *Bei unserer Berichterstattung zum 'Fall Traube' ist ein Aspekt, der uns Frankfurter besonders betrifft, erheblich zu kurz gekommen: der Versuch, über die Presse die berufliche und private Existenz der Anwältin Inge Hornischer systematisch zu zerstören. Bei ihrer Pressekonferenz am Freitag 4. März gab Inge Hornischer u.a. bekannt, daß sie Strafanzeige gegen Minister Maihofer gestellt hat:*

'Dem Beschuldigten wird folgendes zur Last gelegt:

1. Der Beschuldigte hat in der Zeit zwischen dem 27.2. und dem 1.3.77 in schriftlichen, an die Presse versandten Erklärungen, am 1.3.1977 auch mündlich vor der Bundespressekonferenz mit Bezug auf die Anzeigeerstatterin u.a. behauptet, sie hätte 'enge Verbindungen zu dem Terroristen Wilfried Böse' gehabt, sie habe Böse bei einem Zwischenaufenthalt in der BRD 'unterstützt', sie habe eine 'Schlüsselrolle in der Anarcho-Szene' inne und (dies vor der Bundespressekonferenz am 1.3.1977) sie sei die 'Drehscheibe des internationalen Terrorismus'.

Der Beschuldigte hat dafür Sorge getragen, daß diese und inhaltsgleiche andere Behauptungen öffentliche Verbreitung fanden.

2. Er hat es als Dienstvorgesetzter i.S.v. § 357 StGB geduldet, daß schon früher Beamte, die ihm unterstellt sind, behaupteten, die Anzeigeerstatterin gelte 'in terroristischen Kreisen als Vertrauensperson', und ihre Anwaltskanzlei gelte als 'Kontaktstelle'.

3. Seit mindestens dem 10.7.1975 läßt der Beschuldigte den Frankfurter Telefonanschluß mit der Rufnummer (0611) 74 84 89 abhören und die über diesen Anschluß geführten Gespräche lückenlos auf Tonträger aufnehmen. Die so hergestellten Aufnahmen gebraucht er und macht sie auch Dritten zugänglich.

4. Schließlich bestehen Anhaltspunkte dafür, daß der Beschuldigte, der nach seinem eigenen Eingeständnis zur Erfüllung seiner dienstlichen Obliegenheiten bei Bedarf auch Einbrecher zuzieht und einsetzt, einen oder mehrere der seinem Kommando unterstehenden Einbrecher dazu veranlaßte, zu einem noch nicht aufgeklärten Zeitpunkt in die verschlossenen Büroräume der Anzeigeerstatterin in Frankfurt/Main mit Hilfe von Nachschlüsseln oder anderen Werkzeugen einzudringen und dort Abhörmikrofone anzubringen. Diese Anhaltspunkte deuten weiter darauf hin, daß sich das Eindringen in der Zeit zwischen dem 27.2. und dem 1.3.1977 wiederholte (mit dem Zweck,die Mikrofone wieder zu entfernen).'

Ebenso wie verschiedene Gegendarstellungen wurde folgende Presseerklärung von Inge Hornischer bisher nirgendwo erwähnt.

PRESSEERKLÄRUNG

Ständig praktizierte Machenschaften unseres deutschen Geheimdienstes, wie das Einbrechen in Wohnungen, das Erbrechen von Briefen, Mithören privater und berufsbezogener Gespräche, das Bespitzeln von Personen bis zu einsamen Stränden soll durch ein neues Notstandsgesetz vollends legalisiert werden, der totale Überwachungsstaat zum Alltag werden.

Das ist das bisherige Ergebnis der sog. 'Abhöraffäre'.

Daß dazu meine Person ganz nebenbei als Vehikel benutzt wird, wobei billigend in Kauf genommen wird, daß ich im wahrsten Sinne des Wortes auf der Strecke bleiben soll, macht diese Pressekonferenz und Erklärung notwendig.

Von unserem Innenminister Maihofer werde ich als die personifizierte Staatsgefahr hochgejubelt.

Ich bin mit einem Mal 'die Drehscheibe des internationalen Terrorismus', spiele 'die Schlüsselrolle in der Anarcho-Szene' und dgl. mehr und soll all dies bereits vor 1 1/2 Jahren gewesen sein, d.h. zu einer Zeit, als einer meiner Freunde nachgewiesenermaßen,bei den zahlreichen übrigen bleibt dies im Dunkeln, eben wegen der angeblichen Gefährlichkeit meiner Person permanent observiert und abgehört wurde.

Wenn sich Herr Maihofer schon, wie er in den vergangenen Jahren oft und oft öffentlich erklärt hat, die Bekämpfung des sog. internationalen Terrorismus zum Hauptziel gesetzt hat, muß sich doch jeder einigermaßen bei Verstand befindliche Mensch fragen, warum ich als Staatsfeind Nr. 1 bis zum heutigen Tag mein Wesen treiben kann. Herr Maihofer weiß als vernunftbegabtes Wesen und Jurist, daß gegen mich tatsächlich nichts vorliegt, er weiß deswegen auch, daß er lügt. Er braucht jedoch diese Lüge wie sein täglich Brot, um seinen nunmehr offenbarten Einbruch, der mit Sicherheit nicht der einzige war und ist, auch nur einigermaßen rechtfertigen zu können.

Es ist doch naiv anzunehmen, daß wenn schon bei Herrn Traube eine Wanze eingebaut wurde, dies in meiner Wohnung und Praxis unterlassen worden sein soll, wo ich doch nach Aussage Herrn Maihofers die Drehscheibe bin und Herr Traube sich u.a. auch in meiner Wohnung aufgehalten hat.

Die unglaubliche Diffamierung meiner Person, die einem indirektem Berufsverbot und einem Verbot des privaten Umgangs mit meiner Person gleichkommt, machen es notwendig, mein Leben und Denken offenzulegen.

Ich bin das, was hierzulande als linker Anwalt bezeichnet wird. Richtig ist, daß ich links denke, handle und fühle, d.h. an dieser Gesellschaft vieles kritisiere, anders und besser machen möchte. Konsequenterweise engagiere ich mich auch in meinem Beruf für die sozial Unterprivilegierten, politisch Unterdrückten und Verfolgten, für die Rechte der Frauen, für all diejenigen, für die der Gang zum Rechtsanwalt bzw. zum Gericht eben keine Selbstverständlichkeit darstellt. Meine Tätigkeit bestand und besteht vornehmlich in Ehestreitigkeiten, Unterhalts - und Kindschaftssachen, Mietrecht, Asylrecht, Arbeitsrecht und selbstverständlich auch in Strafverteidigung. Meine Freunde und Bekannte und Herr Maihofer wissen all dies, sie wissen auch, daß ich noch niemals die Auffassung derjenigen geteilt habe, die meinen, die Gesellschaft in der BRD mit der Waffe in der Hand hier und heute verändern zu können. Im Gegenteil, ich lehne diese Politik ab, halte sie für falsch.

Im Dezember 1975 nach dem OPEC-Überfall in Wien wurde von der Bundesanwaltschaft gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) eingeleitet, weil ich Hans Joachim Klein gekannt habe und darüberhinaus mit ihm befreundet war. Aus dieser Tatsache hatte und werde ich niemals einen Hehl machen. Weder für mich noch für andere war jedoch die Wahnsinnsgeschichte in Wien vorhersehbar.

Das Ermittlungsverfahren gegen mich wurde von der Bundesanwaltschaft am 15.11.1976 eingestellt, das OLG Frankfurt hat im Februar 1977 die Staatskasse verpflichtet, mich für die unschuldig erlittenen Strafverfolgungsmaßnahmen zu entschädigen.

Was die übrigen Absurditäten an Lügen und Halbwahrheiten anbelangt, so kann ich dazu folgendes sagen:
Herr Maihofer behauptet, ich habe zu Herrn Baader und andren 'BM-Mitgliedern' seit 1968 Kontakt gehabt.

Herrn Baader habe ich 1968 als Unterbevollmächtigte eines Rechtsanwaltes ein einziges Mal in der Untersuchungshaft besucht und unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft einige Male gesehen. Dies war, bevor es eine RAF überhaupt gab. Später habe ich Herrn Baader weder gesehen, noch gesprochen, noch führte ich Briefwechsel mit ihm.

Herr Maihofer behauptet weiter, ich habe Herrn Böse bei einem Zwischenaufenthalt in der BRD unterstützt.

Tatsache ist, daß ich im Sommer 1975 aufgrund eines Anrufs der Kriminalpolizei Saarbrücken Herrn Böse tags darauf bei der Vorführung vor dem Haftrichter wegen eines Urkundendelikts anwaltlich vertreten habe. Der Staatsanwalt hat nach der Vernehmung meines Mandanten wegen nicht gegebener

Verhältnismäßigkeit auch keinen Antrag auf Erlaß eines Haftbefahls gestellt.

Danach war Herr Böse als Mandant wegen dieser Angelegenheit ein oder zweimal in unserer Kanzlei.

Dies alles weiß Herr Maihofer, da er mich, wie zwischenzeitlich feststeht, seit Jahren observieren und abhören läßt.

Da dies so ist, hat mich Herr Maihofer öffentlich und wider besseres Wissen permanent beleidigt, verleumdet und falsch verdächtigt. Ich habe deswegen bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bonn zwischenzeitlich Strafanzeige gegen ihn erstattet und werde gegen jeden, der weiterhin Herrn Maihofer diesbezügliche Beihilfe leistet gerichtliche Schritte einleiten.

An der beispiellosen Kampagne gegen meine Person wird verschiedenes deutlich, das genauso zum Nachdenken, zur Empörung zwingen muß, wie das Einbauen von Wanzen.

Sind wir bereits wieder einem solchen Denken verfallen,
- daß jeder Anwalt, der einen politisch mißliebigen Mandanten vertritt, dessen Recht wahrnimmt, mit dessen Tat identifiziert wird?
- daß Sippenhaft über die sog. 'Kontaktschuld', die es nebenbei gesagt in unserem Strafrecht nicht gibt, durch die Hintertreppe wieder eingeführt wird?

Nicht zuletzt die Presse hat hier die verdammte Pflicht, derlei Praktiken zu hinterfragen, die Öffentlichkeit zu informieren, zu warnen, damit unser Grundgesetz nicht binnen kurzem nichts weiter ist, als ein geduldiges Stück Papier.'

Die Frankfurter Zeitung 'Pflasterstrand' hat in ihrer eben erschienenen Nummer 6 (ihrer bisher besten, wie die Produzenten und viele andere meinen) ein Gespräch mit Inge Hornischer abgedruckt:

'Wir haben mit der Inge gesprochen, hier die Zusammenfassung unseres Gesprächs:

ZWISCHEN WUT UND OHNMACHT

Schon nach der OPEC-Geschichte war es so, und jetzt wieder, daß sich die Inge einfach ausgeliefert fühlte, der Presse, den Politikern, aber auch einzelnen gegenüber, auch aus der Linken. Die konnten über sie sagen und schreiben, was sie wollten, man versuchte sie auszunutzen, beleidigte sie, bedrohte ihre Existenz. Dagegen machen konnte sie kaum etwas. Sie wurde zum Objekt von Politik und privaten, verkorksten Bedürfnissen, mit denen sie nichts zu tun hatte.

- Die OPEC-Sache selber, die sie als innerarabischen Konflikt nicht verstand und die sie nicht als Aktion akzeptieren konnte, weil Genossen verheizt und instrumentalisiert wurden;
- die Politiker und Journalisten mit ihrer ständigen Vermischung von 'terroristischer Schaltstelle' und schmierigen Andeutungen über ihre Rolle als Frau in diesem Zusammenhang;
- die Aktionen der Verfassungsschutzbehörden samt ihren internen Intrigen und Richtungskämpfen;
- das Fernsehen und die Zeitungen mit den Fotos der 'Sympathisantin', des 'Terroristenliebchens';
- die 'Kollegen' im Gericht, die die Köpfe zusammenstecken und tuscheln, wenn sie irgendwo auftaucht;
- die psychisch Kaputtgemachten, die aus dem Knast und sonstwoher schreiben, sie wollten sie als Anwältin, weil 'sie's mit Vorbestraften und Ausgeflippten treibt';
- die Paranoiker, die sich mit ihr zusammentun wollen, weil sie auch abgehört und verfolgt werden;
- die telefonische Drohungen: 'Du wirst es auch nicht mehr lange machen!';
- aber auch Linke, die es immer schon gewußt haben.

Gegenüber all dem kann sich die Inge ebenso schlecht wehren, wie es jedem von uns ginge, das kann sie mit Genossinen und Genossen diskutieren, um es besser zu verarbeiten, aber die offensive Wendung ist schwierig.

Was bleibt an direkten Möglichkeiten? Einklagen des erlittenen Schadens? Strafanzeige gegen Maihofer und Konsorten? Gegendarstellung in der Presse? All das sind Möglichkeiten, die die Inge auch ausnützt, aber was bringen sie? Fünf Zeilen rechts unten auf der Seite vier, nach Tagen, Wochen, Monaten? Oder ein gönnerhafter Artikel auf der Seite drei der Rundschau nach zahllosen, gemeinen, gefährdenden, und schmierigen Schreibereien in derselben Zeitung, schon bei der OPEC-Geschichte. Obwohl sie die Inge kennen, haben sie die Lügen des Herrn Maihofers und des Verfassungschutzes nachgedruckt, ohne auch nur einmal Kontakt mit ihr aufzunehmen. Die FAZ hat sich in diesem Fall noch korrekter verhalten als die FR. Erst nach einer Aktion von 40 Frauen, die in die FR-Redaktion marschiert sind und dort eine Gegendarstellung gefordert haben und nach Inges eigener Pressekonferenz bequemte sich die Rundschau zu einer Korrektur. Dabei haben sie die Aktion der Frauen mit keinem Wort erwähnt!

Neben der Aktion der Frauen gab es für Inge aber auch eine Menge solidarischer Reaktionen, z.T. von weither und Blumen.

Weil's hundertmal passiert alltäglich ist und eben nicht einmalig:

Herr Traube wird abgehört, bei Herrn Traube wird eingebrochen, er wird belauscht, die Verfassung ist gebrochen, bei einem von ihnen, einem Wissenschaftler, einem Manager, und noch dazu: unschuldig! Empörend! - Der Spiegel macht Politik - oder macht jemand mit dem Spiegel Politik? Egal. Herr Traube macht Politik - seine.

Die Inge wirde observiert, seit Jahren. Vater und Mutter sind Altkommunisten, verfolgt und eingeknastet während des Faschismus und bis weit in die 50er Jahre. Inge ist observiert aufgewachsen, in der BRD, in der DDR, wo sie studierte, als linke Anwältin in Frankfurt. Lange vor OPEC wurden alle Kontakte der Inge beobachtet, dadurch kamen sie auf den Traube, den Inge von früher kannte. Daß der Traube auch Atomwissenschaftler ist, ist erst seit der letzten Zeit - im Zusammenhang mit der Anti-KKW-Bewegung von öffentlichem Interesse. Und wenn sie bei der Observation in diesem Zusammenhang noch einen erwischen, den sie fertig machen wollen, weil er ihnen politisch nicht paßt, wie z.B. den Mehdi Teherani, dann tun sie es auch und lancieren über den SAVAC (persischer Geheimdienst) ihre Schmiergeschichten an die persische Presse. Warum zieht der Spiegel seine Story nicht an der Inge auf? Wo alltäglich die Verfassung gebrochen wird? Na ja, das ist eine rhetorische Frage. Die bürgerliche Presse hält das, was der Inge passiert, ja für normal, und schlimmer, auch wir halten es inzwischen für normal. Jedes Wort wird in der Anwaltspraxis abgehört, jede Ehegeschichte aus den Scheidungsfällen ist auf Tonbändern des Verfassungsschutzes aufgezeichnet. Ist das normal? Wir haben uns daran gewöhnt. Nicht nur die Inge wird abgehört, viele von uns, sie dringen in unsere Wohnungen ein und versuchen unser Leben zu zerstören, immer wenn es ihnen paßt, werden wir observiert, werden Akten über alles und jedes angelegt. Wenn sie uns abhören, so denken wir immer schon, das sei ja auch klar, wir sind ja gegen diesen Staat, gegen diese Herrschaften. Irgendwie geben wir ihnen selber das Recht dazu. Warum überlassen wir die Politik damit dem Spiegel? Machen wir unsere Politik!'

PROZESS GEGEN OTTO/ROTH

16., 18. und 19. Verhandlungstag

Köln 8. März — *Durch einen Layout-Fehler ist im ID 168 ein Teil des Berichts über die Gerichtsverhandlung mitten im "Internationales", Seite 27/28 gelandet. Deswegen jetzt hier nochmal eine Übersicht, in welchem ID welcher Prozeßtag zu finden ist:*

10. Tag:	*ID 165*	*14. Tag:*	*ID 167*
11. Tag:	*ID 167*	*15. Tag:*	*ID 168*
12. Tag:	*ID 167*	*16. Tag:*	*ID 169*
13. Tag:	*ID 168*	*17. Tag:*	*ID 168*

Der 18. und 19. Verhandlungstag folgt jetzt.

16. Verhandlungstag, 8. März

Die am letzten Verhandlungstag (4. März, s.ID 168) gegen die Berufungsrichter Draber, Eggeling und Ottermann gestellten Ablehnungsanträge wurden aus folgenden Gründen zurückgewiesen:

1. Aus der Ablehnung der Protokollierung einer beleidigenden Äußerung der Zeugen Sengespeik gegen Rechtsanwalt Hannover könne kein Ablehnungsgrund hergeleitet werden. Das Gericht habe eine Rechtsauffassung geäußert, die durchaus vertretbar sei und deshalb liege kein Grund zur Besorgnis der Befangenheit vor.

2. Der Teil des Ablehnungsantrages, in dem behauptet wird, das Gericht übe die sitzungspolizeiliche Gewalt nicht selber aus, sondern lasse die erforderlichen Maßnahmen (etwa Durchsungen) von der Polizei bestimmen, wurde zurückgewiesen: das sei eine ungerechtfertigte Unterstellung.

Anschließend gab Verteidiger Hannover eine Erklärung ab, in der er darlegte, daß die Angeklagten nach allem, was sie mit diesem Gericht erlebt hätten, von der Befangenheit der Berufsrichter ausgehen mußten. Es würden aus diesem Grund bis auf weiteres keine Ablehnungsanträge mehr gestellt!
Verteidiger Hannover stellte im Rahmen seiner Erklärung den Antrag, Auskunft über die Funktion der Schreibhilfen des Gerichts und ihrer Produkte zu geben und zweitens die anwesenden Polizeibeamten, die auch offensichtlich die Verteidigung bespitzeln nach Waffen und Tonbandgeräten zu durchsuchen.
Zum dritten beantragte er Auskunft darüber zu geben, in welchem Rahmen die Polizei an den Sicherungsmaßnahmen beteiligt sei.
Ergänzend beantragte RA Niepel, festzustellen, daß das Protokoll der Hauptverhandlung nicht, wie in der STPO vorgesehen, allein vom Protokollführer, sondern unter Beteiligung der Schreibhilfen zustande käme.

Draber erklärte zu alle dem: " Die beiden Damen nehmen nach meiner näheren Weisung ein Stenogramm von Teilen der Hauptverhandlung auf. Die erstellten Unterlagen verbleiben in Verwahrung des Gerichts, weitere Erklärungen habe ich nicht abzugeben."

Als zu diesen Anträgen das Gericht angerufen wurde, erklärte dieses, die Anträge seien alle unbegründet und das Klima der Hauptverhandlung sei so gestört, daß eine weitere Fortsetzung der Verhandlung für diesen Dienstag nicht sinnvoll sei. Draber unterbrach daraufhin für Dienstag die Hauptverhandlung.

18. Verhandlungstag, 14. MÄrz

Polizeirat Sengespeik wurde vernommen. Er rechtfertigte die Dienstbesprechung am 11. 1.77, in der den Polizeibeamten Abschriften ihrer Aussagen übergeben wurden, mit seiner Fürsorgepflicht den Beamten gegenüber. Die Beamten wären ohne seine "Hinweise" der Gefahr einer Falschaussage ausgesetzt gewesen. Deshalb habe er es für richtig gehalten, ihnen ihre Zeugenaussage mit auf den Weg zu geben.

Außerdem müßten seine Polizeibeamten vor den "Praktiken von Verteidigern wie Rechtsanwalt Hannover und Golzem" behütet werden. Diese Verteidiger legten es darauf an, die Polizeibeamten zu provozieren. Ihre Praxis sei ihm aus den Massenmedien, wie z.B. dem Fernsehen, dem Kölner Stadtanzeiger, der Welt, oder der Bildzeitung bekannt. Er habe den Beamten den Rücken stärken wollen und habe ihnen das Gefühl geben wollen, daß sie nicht die Angeklagten sind.

RA Hannover hielt Polizeirat Sengespeik Punkt 16 seiner "Hinweise " vor, indem er feststellt, "Sie (die Polizeibeamten) haben rechtmäßig gehandelt.", "Sie haben sich nichts vorzuwerfen".
Sengespeik beteuerte, er habe dem Prozeßgeschehen nicht vorgreifen wollen. Für ihn stehe die Rechtmäßigkeit polizeilichen Handelns außer Zweifel, solange gegen die Beamten kein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei.
Auf die Frage, ob Anlaß seiner Belehrung die Unsicherheit der Beamten hinsichtlich ihres Tatverhaltens gewesen sei, gab er keine Erklärung ab.
Auf die Frage der Handakte (Punkt 14 der Hinweise) angesprochen, erklärte Sengespeik, die Zeugenaussagen der Beamten kenne er nicht, obwohl er sie kopiert habe, um sie den Beamten einzeln zur Verfügung zu stellen.
Er erklärte, die Handakte (Polizeiaussage und Lichtbilder) beim 1. Kommissariat könne von den Beamten dort eingesehen werde. Hierzu erklärte der anschließend vernommene Polizeizeuge ECK, daß die Lichtbildmappe schon während der Dienstbesprechung mit im Besprechungszimmer lag, und er sie dort eingesehen habe.
Obwohl die Beschlagnahme dieser Akte schon am 15. Verhandlungstag beantragt worden war, hat das Gericht hierzu immer noch nicht entschieden.

Nach Sengespeik wurde der Polizeizeuge Eck vernommen. Auch über seine Aussagen berichten wir nur an Hand der zu stellenden Protokollanträge.

19. Prozesstag, 16. März

Der Polizeizeuge Eck wurde weiter vernommen. Bei seiner Vernehmung ging es vor allem darum, wo Eck die Waffe, die Karl-Heinz Roth zugerechnet wird, gesehen haben will. Ihm wurde vorgehalten, daß er in vier verschiedenen und zeitlich auseinanderliegenden Vernehmungen vier verschiedene Versionen, wo die Waffe gelegen haben soll, zu Protokoll gegeben habe.

Bei der ersten Vernehmung unmittelbar nach dem Geschehen habe er auf die Frage, ob und wo er eine Waffe bei Roth gesehen habe, geantwortet: "Ja, bei diesem Täter lag eine Pistole." Mehr hatte er damals dazu nicht gesagt.
Bei einer späteren Vernehmung gab er an, die Waffe habe vor Roths Brust gelegen. Bei der Vernehmung durch das Landeskriminalamt wird ihm vorgehalten, habe er ausgesagt, die Waffe sei in der Höhe des Kopfes gelegen. Was denn nun richtig sei?
Die Antwort des Zeugen: ich kann auch nicht mehr sagen.
Bei der Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft am 25.5.76 hat Eck ausgesagt, daß die Waffe in der Nähe der rechten Hand gelegen habe.
Heute, bei der Vernehmung durch die Verteidiger, konnte Eck sich nur noch an eines sicher erinnern: daß er eine Waffe gesehen hat.
Die Anwälte legen dem Gericht neue Fotos als Beiweismaterial vor. Diese Fotos sind dem Gericht und der Staatsanwaltschaft (wie sie behauptet) bis dato unbekannt gewesen. Obwohl die neuen Fotos in der gleichen Situation aufgenommen wurden, wie diejenigen, die bislang als Beweismittel herangezogen wurden. Die Verteidigung griff die Staatsanwaltschaft an: es sei Pflicht der Ermittlungsbehörde, alles belastende, wie auch entlastende Beweismaterial zu suchen und heranzuziehen.

In diesem Zusammenhang wurde eine weiterer Skandal bekannt. Das Geschoß aus dem Bauch von Roth befindet sich nicht bei den prozeßrelevanten Asservaten, sondern in einer angeblichen Sammlung des BKA. Wir dürfen gespannt sein, welche anderen Beweismittel im Verlauf dieses Prozesses noch auf diesem Weg auftauchen werden! Besonders dann, wenn sie Otto und Roth entlasten.
Denn auf den neuen Fotos, die erst heute den Prozeßbeteiligten bekannt wurden, ist, jedenfalls an den Stellen, an denen Eck eine Pistole gesehen haben will, keine Waffe zu sehen. Die Verteidigung hat beantragt, den Fotografen als Zeugen zu laden und sämtliche 216 Fotos, die er unmittelbar nach der Schiesserei aufgenommen hat, mitzubringen.
Der Prozeßtag endete mit Verlesung eines Beschlusses zur Beschlagnahme der polizeilichen Handakte. Der Antrag der Anwälte auf Beschlagnahme der polizeilichen Handakte (die den Polizeizeugen als Erinnerungshilfe dienen sollte!) wurde abgelehnt. Einzig die dort enthaltenen Fotos werden der Verteidigung zugänglich gemacht.

„... UND WÜNSCHE ICH WEITERHIN FRÖHLICHE RECHTSBEUGUNG!"

Ein Bericht vom Siepert-Doemeland-Prozeß

BERLIN 10.März — Donnerstag, der 10.3.: Kein besonderer Tag in der Geschichte der Rechtsverdrehung.
Wir erinnern uns; im großen Schauspielhaus von Moabit inszeniert das Bundeskriminalamt unter der Regie von Buback und Herold die Kriminalgroteske mit dem Titel „Prozeß gegen mutmaßliche Unterstützung einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB".

In der Rolle eines vorsitzenden Richters erleben wir den Schauspieler Kupsch, der schon öfter auffiel, weil er mangelnde Rollenkenntnis mit übertriebener Mimik zu überspielen suchte. Großartig jedoch die tänzerischen Leistungen Rzytarski's als Anwalt des Staates. Vollkommen in Nebenrollen abgedrängt leider die Angeklagten, und vor allem ihre Verteidigerinnen, die sich selbst ihrer bescheidenen Rollen nicht immer gewachsen sehen. Waltraut Siepert — zunächst im Programm vorgesehen, hatte zu Recht abgelehnt, in diesem schlechten Stück aufzutreten, weil — wie sie sagte — die Inhalte der Inszenierung völlig verdreht worden seien. Aus einer Groteske mit unhaltbarer Beweislage sei unversehens ein Horrorstreifen, eine Geistergeschichte entstanden, bei denen die Mitwirkenden hinter der Bühne bleiben müßten. In Wahrheit sei der Text geklaut aus einem ganz anderen Stück mit dem Arbeitstitel „Lorenzentführung und andere spannende Geschichten aus dem Archiv des BKA".

Recht hat sie, meinen wir, zumal das Stück keinerlei Spannung enthält. Durch Indiskretion gewöhnlich gut unterrichteter Kreise der linken Bewegung wurde inzwischen auch der Ausgang des Stückes bekannt: Es endet mit Paukenschlag und Vorverurteilung der Bewegung 2.Juni, nur um die Gagen für die Hauptdarsteller zu sparen und eine längst fällige Inszenierung mit großer Besetzung zu umgehen.

Am Donnerstag war das Haus dennoch gut besucht. Wohl in Erwartung eines kurzen Gastspiels von Fritz Teufel, Andreas Vogel und Till Meyer, die sich ja bekanntlich in verschiedenen Engagements der letzten Zeit einen Namen gemacht hatten. Zunächst aber der Auftritt zweier Zeugen aus dem Volke: Die Angestellte einer Maklerfirma und einer Hauswartsfrau, beide sollen aussagen zu einer Garage in der Otto Suhr Allee, einem Szenenausschnitt, der wieder nicht in dieses Stück gehört. Eine Frau habe mit ihr telefoniert, den Vertrag gemacht und auch später die Schlüssel geholt, sagte die junge Angestellte; sie könne sich aber nicht an das Gesicht erinnern. Von den vorgelegten Bildern kenne sie nur einige aus der Zeitung.
Eine Frau habe sich nach der Garage erkundigt, die Frau Nr. 14 in dem Bilderbuch, ja bei der Polizei habe man ihr auch diese Bilder gezeigt, es sei die gleiche Frau, wie auf den Litfaßsäulen. Aber ein Mann habe die Schlüssel abgeholt, das wisse sie genau — von ihrer Tochter. Ein Widerspruch, in der Regie nicht vorgesehen, man läßts dabei bewenden — Vereidigung — das Publikum muß aufstehen — Theaterpause.

2. AKT: Die Bühne besetzt. Die Zuschauer nehmen Platz. In der Sonderkulisse links von dem Podium zwischen zwei hünenhaften Vollzugsstatisten der Mann, dem nach der zwangsweisen Rasur zwecks Gegenüberstellung der Bart inzwischen wieder gewachsen ist. Festellung der Personalien: Ob er der geladene Fritz Teufel sei, der hier auf Antrag der Verteidigung als Zeuge sei.

„Wie kommen sie denn darauf? " sagt dieser, „ich bin der Landesbischof Kruse, geboren am 2.Juni 1867 und dachte ich soll hier in der Rudi Carell Show auftreten!" Und ans Publium gewandt: „ist das etwa der Richter Kubsch? " Das Publikum geht großartig mit, „ja, det isser", tönts überall. Und der Richter nickt zustimmend. „Aha", sagt der Landesbischof, „der ist mir schon bekannt von seinen kleinkarierten Beschlüssen!" und der Richter „ja, ja, das kann schon sein".

Heiterkeit im Saal. Ein Anlaß für Staatsanwalt Möllenbrock, der unter den Zuschauern im ersten Rang sitzt, sofort vermeintliche Störer zu ermitteln. Er erntet aber nur Spott für den mißglückten Auftritt. „Sie haben hier gar keine Erklärungen abzugeben" brüllt nun Kubsch von oben, der sich offenbar auf seine Rolle besinnt.
„Erklärungen für das, was hier geschieht, erwarte ich eigentlich von Ihnen", entgegnet der Bischof, dann zieht sich das Gericht mit wallenden Kostümen zur Beratung zurück.

Nach eingehender Beratung und intensiver Erforschung des Gewissens — darf man vermuten — überrascht die Regie mit einem neuen Einfall: 6 Monate Beugehaft für Landes-

bischof Kruse in der meisterhaften Rolle des Fritz Teufel. Damit ist auch das schon schlechte Stück völlig zur Schmiere heruntergekommen.

„Na, dann wünsche ich weiterhin fröhliche Rechtsbeugung", sagt der Bischof und tritt ab. Vorhang.

3. und 4.AKT: So wie dem vorigen ergeht es auch dem nächsten Gastakteur. Ob er der Andreas Vogel sei, der hier als Zeuge vorgeführt werde. Er verlangt eine Belehrung nach § 55 StPO, nach der er nicht Zeuge, sondern als Angeklagter ein Recht auf Verweigerung der Aussage habe, und außerdem habe er seinen Rechtsbeistand mitgebracht. Nein, sagt der Komödiant in der schwarzen Robe, bevor er nicht wisse,mit wem er die Ehre habe, könne er auch nicht belehren. Dann schaltet sich die Staatsanwaltschaft ein! Wer denn der Rechtsbeistand sei, was er hier wolle, der sei hier in dem Stück doch garnicht vorgesehen. Allgemeiner Tumult. „Das sei ein Beschluß des Bundesverfassungsgerichts, nachdem geladenen Zeugen ein Beistand zustehe", entsteht ein fesselnder Dialog zwischen den Prozeßparteien. Das sei doch aber nicht so zu verstehen, daß die Anwälte hier was sagen dürften und man verlange die Entscheidung des Richters, darauf die Staatsanwaltschaft. Und noch ehe die Rechtsanwälte entgegnen können, daß man schlecht beistehen könne, ohne was zu sagen, hat sich das Gericht auch schon zur Beratung zurückgezogen. Der Beschluß — welche Überraschung — die Anwälte erhalten Redeverbot. Wo käme man denn auch hin, hier auf kaltem Wege die Verteidiger der Hauptbeteiligten, die man ja bisher fein raushalten konnte, wieder zuzulassen. Das würde das Stück vollends schmeißen. — Wieder 6 Monate Beugehaft für den mutmaßlichen Andreas Vogel. Beim Aussprechen scheints keine Identitätsprobleme zu geben.

Der 4.Akt, wieder eine Variante der vorhergehenden. Till Meyer soll es sein, der hier mit hocherhobener Faust auftritt, ein Beispiel großer Leistung bei so schlechter Dramaturgie. Er will aus der Enge der Kulisse — der Käseglocke, wie er sagt, heraus. Sonst liefe garnichts. Verständlich.

6 Monate Beugehaft. Abtritt mit erhobener Faust: Das Stück nimmt wieder seinen geplanten Verlauf: Polizeizeugen, die sich strikt an die Regieanweisung halten.

Es ist abzusehen, daß dieses Stück beim Publikum durchfallen wird, trotz guter Einzelleistungen der Gastschauspieler. Dennoch ist es sehr lehrreich. Zeigt es doch ein gutes Stück vom Abbau demokratischer Grundrechte, Einschränkung der Verteidigung, brutaler Repression und zunehmend faschistischen Methoden auf der Justizbühne.

Auch am nächsten Freitag werden wir wieder einen Höhepunkt erleben. Staatsschauspieler Lorenz wird auftreten — auch in der Rolle als Zeuge. Zugegeben — ein ganz anderes Genre — aber seine Leistungen in der Rolle als Gefangener der Bewegung 2.Juni sind uns ja noch allen in bester Erinnerung.

Friedrich Luft
Stimme der Kritik"

(Von: Rote Hilfe Westberlin, Postfach 210512, 1000 Berlin 21)

NACHHILFEUNTERRICHT IN SACHEN ANARCHISMUS

FRANKFURT 16.März

Am 5.Verhandlungstag gegen Robert Jarowoy und Wernfried Reimers wurden von der Verteidigung für beide Genossen Befangenheitsanträge gestellt. Die Begründung war unter anderem:

‚Verletzung der Sorgfaltspflicht' durch das Gericht, das den bedrohlichen Gesundheitszustand der beiden Genossen trotz bestätigender Gutachten ignorierte.

Die Anträge wurden jedoch vor allem mit Äußerungen aus einem Beschluß der 23.Strafkammer vom 4.2.76 begründet — einem Beschluß, in dem Wernfried Reimers die Wahl zum Stationssprecher im Preungesheimer Knast verwehrt wurde. Darin hieß es: „*In Schreiben und Eingaben bezeichnet er sich selber als Anarchist. Damit gibt er selbst zu erkennen,daß er danach trachtet, die staatliche Ordnung zu beseitigen und ein autoritäts- und herrschaftsloses Zusammenleben herbeizuführen, wobei die Überwindung der staatlichen Ordnung nicht gewaltlos, sondern auch unter Gewaltandrohung, insbesondere des individuellen und kollektiven Terrors im Dienste revolutionärer Umsturzbewegungen durchgeführt werden soll.*" (Wernfried hat lediglich in verschiedenen Eingaben an das Gericht in seiner Unterschrift hinter seinem Namen das Wort Anarchist gesetzt.

Die Verteidigung kommt hierbei zu dem Schluß: „Die abgelehnten Richter verbinden mit dem Begriff Anarchist Gewaltandrohung, individuellen und kollektiven Terror und Gesellschaftsfeindlichkeit. Das ist nur dann möglich, wenn sie sich mit der Theorie des Anarchismus nicht beschäftigt haben und sich stattdessen die gängigen Parolen unserer Staatsschützer zu eigen machen".

Robert führte dann in einem einstündigen Antrag aus, daß diese Darstellung des Anarchismus „übel und verleumderisch" sei und „jeder sachlich-wissenschaftlichen Grundlage" entbehrt. Er ging dabei auf folgende Punkte ein:

1. Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung in den politisch-ökonomisch-sozialen Verhältnissen.
2. Terror als besondere Ausprägung der Gewalt, nämlich „daß der Terror erstmals als Mittel zur Sicherung einer Staatsmacht per Gesetz von oben durch eine herrschende Gruppe erlassen wurde und zwar gegen die Anarchisten, die die Staatsmacht Robespierres wie überhaupt jede Staatsmacht ablehnten, und zwar gerade weil sie mittels Gewalt und Terror die Unterdrückung und Ausbeutung der Schwachen durch die Starken, des Volkes durch eine herrschende Klasse, der armen und kleinen Nationen durch die großen und reichen garantiert. Die Anarchisten waren also Opfer des Terrors, der erstmals in der Politik als staatliches Gesetz definiert wurde; ein Terrorist ist aber einer, der Terror ausübt."
3. Anarchismus und Gewalt bzw. Terror.
„was die Struktur einer anarchistischen Gruppe angeht, kann sie also niemals Leiter, Stellvertreter (als solche werden sie in der Anklage bezeichnet) oder dergleichen haben. Was die Methode einer anarchistischen Gruppe angeht, kann sie also niemals das Mittel des Terrors gutheißen oder gar anwenden.
Was die Ziele einer Anarchistengruppe angeht, können sie also niemals in der Errichtung eines Staatssystems liegen.
- Denn wäre auch nur eins hiervon der Fall, handelte es sich nicht mehr um Anarchisten." (...)

„Für uns liegt der Verdacht nahe, daß sich die Kammer eine hypothetische und unrichtige Vorstellung des Anarchismus als feststehende Tatsache infolge der diesbezüglichen Bekundung der Anklage (...) gemacht hat, deswegen lehnen wir Sie wegen Besorgnis der Befangenheit ab."

Ob Roberts Nachhilfeunterricht in Sachen Anarchismus bei den Richtern Früchte trägt und sie sich für befangen erklären, wird sich am **Dienstag, den 22.März um 10.00 Uhr am Landgericht, Raum 146, Gebäude A zeigen.**

DIE URTEILE IM WULF/GEBURTIG-PROZESS

HAMBURG 15. März

Am 2. März verurteilte die Große Strafkammer des Landgerichts in Hamburg Borvin Wulf zu fünf Jahren und sechs Monaten Haft, Bernd Geburtig zu fünf Jahren (s. ID 158/159). Borvin

muß seine Strafe nicht absitzen – wenn er sich zweimal die Woche bei der Polizei meldet. Bernd Geburtig sitzt. Begründung: Sein Kampfgeist sei ungebrochen, er habe sich in der Verhandlung zur Stadtguerilla bekannt.

Den beiden wurden nicht etwa konkrete Taten vorgeworfen. Man glaubt ihnen lediglich nachweisen zu können, daß sie einen Bekennerbrief zu einem Anschlag auf das Auto des ehemaligen Justizsenator Klug und von dem Gefängnisarzt Mairose (beide am 4. Oktober 74) geschrieben haben und auch mündlich den Anschlag gebilligt haben. Dafür gabs erstmal vier Jahre. Den Rest bekamen sie für unerlaubten Waffenbesitz – normalerweise gibt es dafür Geldstrafe. Da das Gericht aber unterstelle, daß die beiden „weitere Straftaten" geplant hätten, verhängte es eben Haftstrafen. Gnädigerweise verzichtete man auf eine Anklage nach § 129 (kriminelle Vereinigung), weil zwei Leute dafür doch zuwenig sind. Daß das auch anders geht, zeigt der Fall Enno Borstelmann und Gerhard Albartus: Das sind zwar auch nur zwei Leute, aber ohne Ermittlungen nach § 129 hätten sie nicht den extrem „sicheren" Haftbedingungen unterworfen werden können, unter denen sie nun schon seit dem 5. Januar leiden. (S. ID 160, 161 16 , 165). Die Anwälte von Borvin Wulf beschreiben in einer Presseerklärung die Folgen der 2-jährigen Haft für ihren Mandanten:

Borvin Wulf war während des Prozesses weitestgehend verhandlungsunfähig

Zu dieser Beurteilung kommt der vom Gericht beauftragte Internist Prof. Doerken vom Universitätskrankenhaus Eppendorf in einem Gutachten, daß kurz nach Urteilsverkündung am 2.3.1977 bei den Verteidigern einging. Prof. Doerken stellt einen „beginnenden Bluthochdruck mit den ersten Zeichen einer Herzleistungsschwäche und EKG-Veränderungen fest", und sieht einen Zusammenhang zwischen den Haftbedingungen, denen Borvin Wulf 2 Jahre lang ausgesetzt war und den Krankheitsbefunden. Im Gutachten heißt es abschliessend: „Die Verhandlungsdauer sollte pro Sitzung eine Stunde keineswegs überschreiten."

Sämtliche Beschwerden Borvin Wulfs sind von uns bereits am 3.6.1976 in einem Haftverschonungsantrag vorgebracht worden. Entsprechende Anträge, ebenso wie Anträge auf Aussetzung des Verfahrens bis zur Einholung von Sachverständigengutachten wurden von uns im Laufe der Hauptverhandlung wiederholt gestellt. Gegenüber solchen Anträgen verwies das Gericht ständig auf den Augenschein, aus dem sich ergäbe, daß Borvin Wulf verhandlungsfähig sei. Zwar war das Gericht gezwungen nach und nach verschiedene Sachverständige hinzuziehen, dem vorsitzenden Richter Schenck gelang es jedoch, das Ergebnis einer fachinternistischen Untersuchung bis zum Abschluß eines über 9 Monate dauernden Prozesses hinauszuzögern.

Die Verhandlungsdauer von einer Stunde ist praktisch nie eingehalten worden. Wir sind der Auffassung, daß – unabhängig von den sich daraus ergebenden revisionsrechtlichen Konsequenzen – auch diese verantwortungslose Prozeßführung gegen die Gesundheit von Borvin Wulf den Charakter des ganzen Verfahrens und der Verurteilung zu 5 1/2 Jahren enthüllt.

WIEDER EIN PROZESS WEGEN „ZUGEHÖRIGKEIT ZU EINER KRIMINELLEN VEREINIGUNG"

HAMBURG
7. März

Am 7.3.1977 begann in Hamburg der Prozeß gegen den Genossen Helmut Lülf, dem u.a. Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wird. Gemeint ist dabei die sogenannte Debus-Bande, der verschiedene Banküberfälle in Hamburg und Osnabrück und zwei Sprengstoffanschläge 1973 und 1974 vorgeworfen werden.

Helmut wurde am 1.9.1975 in Amsterdam festgenommen, und zwar von der deutschen Abteilung Interpols und dem holländischen Geheimdienst (BVD). Zwei Tage saß er im Amsterdamer Knast. Während dieser Zeit „besuchte" ihn ein gewisser Schimkus, damals beim LKA Hannover, Abteilung TE, der ihm 12 Jahre Knast androhte, falls er keine Aussagen machen wollte. Als Helmut ihm antwortete, was er überhaupt wolle, er befände sich auf niederländischem Gebiet, antwortete Schimkus: „Ich kriege Sie schon in die BRD und wenn ich Sie schwarz über die Grenze schleife!"

Nach zwei Tagen schleppte man Helmut in den Haarlemer Knast, ohne daß er vorher mit seinem Anwalt Bakker Shut sprechen konnte. Als dieser am 4.9.75 dann in Haarlem ankam, um mit seinem Klienten zu sprechen, war Helmut schon der Fremdenpolizei übergeben worden, die ihn noch am selben Tag an die deutsche Grenze brachte, wo er von Bullen des BKA's empfangen wurde.

So, wie ihm bewußt der Kontakt mit seinem Anwalt verweigert wurde, so illegal war die ganze Aktion der Auslieferung, die hinterher vom holländischen Staat abgesegnet wurde.

Am ersten Verhandlungstag beantragte Helmut die Zulassung Bakker Shut's als Anwalt seines Vertrauens, da er nur von 2 Zwangsanwälten, Hoffmann und Zimpel, „verteidigt" wird. Dieser Antrag wurde mit der Begründung, er brauche keinen anderen Anwalt und schon gar keinen ausländischen, abgelehnt. Nachdem Helmut eine halbstündige Erklärung abgegeben hatte, wurde seinem Antrag auf Ausschluß stattgegeben.

Wenn ihr ihm schreiben wollt, hier seine Adresse: **Helmut Lülf, Holstenglacis 3 - 5, 2000 Hamburg 36.**

Prozeßtermine: **Jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag um 9.00 Uhr, Landgericht Hamburg, Saal 237.**

DAS NEUESTE: § 129 AUCH IM KNAST

MÜNCHEN
1. März

Das folgende Flugblatt wurde Anfang März in München verteilt:

„Willy Piroch befindet sich seit seinem 16. Lebensjahr, genauer seit Anfang 1971 in Haft. Er wurde damals vom Landgericht Nürnberg wegen verschiedener Brandanschläge auf öffentliche Institutionen zu einer fast fünfjährigen Haftstrafe verurteilt.

Am 12. November 1976 sollte er entlassen werden. Die letzten 9 Monate seiner Haft verbrachte er in totaler Isolation – zuerst in der JVA Ebrach – dann in Nürnberg. Man kann, wenn man will, die Isolation Willy Piroch's als ‚Gerechtfertigte Maßnahme' der JVA Ebrach bezeichnen, insofern, als Willy Piroch tatsächlich Widerstand gegen das Knastsystem geleistet hat (Hungerstreiks, Eingaben, Beschwerden, Solidarität mit anderen Gefangenen).

Wer aber so argumentiert, verschweigt zynisch, daß mit dieser ‚Maßnahme' der Widerstands- und Selbstbehauptungswille eines Gefangenen gebrochen werden soll. Um Willy Piroch in seiner Lage zu helfen, fanden im Sommer 1971 Solidaritätsaktionen vor der JVA Ebrach statt. Willy's Widerstand im Knast, die Aktionen vor dem Knast und die im Oktober '76 erfolgte Verhaftung seiner Schwester und ihres Freundes nahm das zuständige Gericht in Nürnberg zum Anlaß, einen neuen Haftbefehl gegen Willy zu erlassen. Begründung: Willy hätte versucht, im Gefängnis eine ‚kriminelle Vereinigung' zu gründen.

Wir fordern sofortige Aufhebung des neuen Haftbefehls gegen Willy Piroch und protestieren auf das Schärfste gegen die Widereinführung der faschistischen Schutz- oder Vorbeugehaft auf kaltem Wege!

Unsere Meinung zu diesen Vorgängen ist, daß

1. der Vorwurf, jemand hätte in einem bayrischen Gefängnis, im Besonderen in der JVA Ebrach eine ‚kriminelle Vereinigung' gegründet, zynisch und unhaltbar ist. Wer diese Gefängnisse kennt, weiß, daß dort jede Bewegung eines Gefangenen totaler Kontrolle untersteht. So ein Vorwurf kann eigentlich nur den Sinn haben, daß damit der Ruf nach noch härteren Haftbedingungen legitimiert werden soll.
2. Durch die Drohung, jeden Widerstand im Knast im Sinne des § 129 (‚kriminelle Vereinigung') zu definieren, eben dieser Widerstand verhindert und kriminalisiert werden soll. Kurz und schlecht, jeder Gefangene, der sich auf irgendeine Weise wehrt, muß in Zukunft damit rechnen, auf unbestimmte Zeit hinter Gittern bleiben zu müssen. Das bedeutet zweierlei: Durch den § 129 führt die Justiz auf kaltem Wege die Sicherheitsverwahrung ein und zugleich für politisch motovierten Widerstand die Nazi-Schutzhaft (und welcher Widerstand ist schon nicht politisch?).
3. Am ‚Fall' Willy Piroch statuiert der Staat sein Exempel. Er kann dies umso leichter, als er in dem Arbeiter Willy Piroch jemanden trifft, der nicht über den Öffentlichkeitswert verfügt, der nötig ist, um einen breiten Protest hervorzurufen."

Angehängt war ein Vordruck für eine Unterschriftenaktion; man kann aber den Text auch selber schreiben und einsenden:

Die eingehenden Unterschriften sollen — notariell beglaubigt — an den für Willy Piroch zuständigen Richter und an den Petitionsausschuß für Strafgefangene im Bayrischen Landtag eingereicht werden. Unterschriften bitte an: **K. H. Kuhn, Maßmannstraße 2, 8000 München 2.**

GÜNTHER HANISCH: WIDERSTAND GEGEN TOTALISOLATION UND PSYCHIATRISIERUNGSVERSUCH

SCHWALMSTADT 14. März

Nach 16-jährigem Vegetieren in den Gefängniszellen der BRD, nach 16-jährigem erfolglosen Kampf um sein Recht - Wiederaufnahme des Verfahrens -, entschloß sich der 'Lebenslängliche' Günther Manfred Hanisch Gewalt anzuwen--den.

Am 2.6.76 nahm er im Knast Butzbach eine Sekretärin als Geisel; es war der Versuch, sich den Zugang zu den Massenmedien zu erzwingen, um seine Sache den Menschen in der BRD darlegen zu können. Knastleiter Künkeler versuchte dies zu verhindern und kam dabei ums Leben. Hanisch selbst wurde überwältigt. (vergl. ID Nr. 131, ID Nr. 151, 'Alles unter Verschluß', herausgegeben vom Asta Ffm).

Seitdem befindet sich Günther in Totalisolation im Knast Schwalmstadt (Einzelhofgang, Einzelzelle, keine Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen etc.)

Am 6.10.76 legte sein Rechtsanwalt Beschwerde gegen die Isolationsfolter an Günther beim Anstaltsleiter in Schwalmstadt ein. Am 21.10.: Beschwerde beim Justizminister, der am 24.12. mitteilte, daß die Überprüfung ob die Isolation notwendig sei, noch nicht abgeschlossen ist.

Gegen Ende des Jahres wurde Günther mündlich mitgeteilt, die Isolation werde aufgehoben; dies würde sich aber wegen der vorangegangenen Ausbrüche in Schwalmstadt noch kurze Zeit hinauszögern.

Jetzt, Mitte März, ist noch immer nicht über die Beschwerde entschieden, ist das Versprechen, Günther aus der Isolation herauszunehmen, noch immer nicht erfüllt.

Nach §89 des Strafvollzugsgesetzes wird die Dauer der Einzelhaft auf drei Monate beschränkt; eine Fortdauer der Isolationshaft über diesen Zeitraum hinaus ist nur in Ausnahmefällen und nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde gestattet. Diese liegt bei Günther bis heute noch nicht vor.

Hanisch: 'Ich bin mir voll bewußt, man will mich kaputtmachen'. In der letzten Zeit wurden die Haftbedingungen weiter verschärft: Briefe an ihn von draußen werden angehalten, sobald begonnen wird, konkrete Sachen politisch zu diskutieren; ein Buchpaket ist nach mehreren Wochen zurückgeschickt worden. Als er vor kurzem versuchte, beim Hofgang mit einem anderen Gefangenen zu sprechen, wurde der Hofgang abgebrochen. Günther protestierte lautstark: 'Und da könnt ihr machen, was ihr wollt, ich laß mich NICHT kaputtmachen . . . Und ich werde jede Gelegenheit benutzen um mich mit Mitmenschen zu unterhalten . . . ' Drei Beamte schoben ihn daraufhin die Treppe zu seiner Zelle hinauf. Oben angekommen faßte ihn ein Beamter am Hemdkragen, zog diesen zu, würgte ihn, sodaß die Würgemale noch zwei Tage später zu sehen waren. Schließlich stieß man ihn in seine Zelle. Offensichtlich war es die Absicht der Wärter, Günther zu provozieren, sich einen Vorwand zu schaffen, ihn zu verprügeln.

Günther dazu: 'Ich laß mich unter gar keinen Umständen zu Tätlichkeiten gegen Sachen oder Beamte hinreißen. Bitte lieber P . . . , merke dir das ganz besonders. Ich schreibe dir das, damit du Bescheid weißt, falls ich mal plötzlich einen 'Unfall' erleiden sollte (Treppe runtergefallen oder sowas ähnliches).'

Jetzt, nach fast 17 Jahren Knast, davon die letzten 8 Monate in Totalisolation, nach der weiteren Verschärfung der Haftbedingungen, soll Hanisch, sein Widerstand, sein Kampf für verrückt erklärt werden.

So wurde der Leiter des westfälischen Landeskrankenhauses Eickelborn, Dr. med. Schneller beauftragt, ein nervenärztliches Gutachten anzufertigen. Dr. Schneller hat bereits zugesagt, Hanisch in Schwalmstadt zu untersuchen. Von dem Ergebnis soll abhängig gemacht werden, ob eine Verlegung in das Landeskrankenhaus Eickelborn erforderlich sei.

Günther wird nicht mitspielen. Er wird die Untersuchung verweigern; dann allerdings droht ihm die zwangsweise Verschleppung ins Irrenhaus.

Günther seinerseits fordert einen Psychotherapeuten seines Vertrauens. Dieser soll seinen psychischen Ausnahmezustand im Jahre 1960, in dessen Verlauf er einen Polizisten erschoß, worauf das von ihm immer wieder angefochtene 'Lebenslänglich' erfolgte, klären helfen.

Mit der Psychiatrisierung Hanischs soll der Widerstand dieses Gefangenen nun endlich gebrochen werden. Wer nicht aufhört zu kämpfen, soll verrückt sein. Den anderen Gefangenen, die mit Günther sympatisieren, will man vorführen, was mit denen passiert, die nicht aufgeben. Außerdem der Versuch der Justiz über die Psychiatrisierung Günthers um die Prozesse gegen ihn herumzukommen, in denen einiges klar würde.

Überlegt euch, was zu tun ist. Solidarität ist nötig!

Kontakt: 'Hanisch Unterstützungsgruppe'. 6200 Wiesbaden, Grabenstr. 11
Schreibt dem Günther! G. Hanisch, 3578 Schwalmstadt, Paradeplatz 5

Das folgende Gedicht für Günther Hanisch haben wir der Dokumentation des Frankfurter Asta 'Alles unter Verschluß' entnommen. (s. ID 168) Hier noch einmal die Bezugsadresse:

'ALLES UNTER VERSCHLUSS'
kostet 8,50 DM - für Knastgruppen 7,50. 144 Seiten.
mit Fotos, Bilder und Zeichnungen von Gefangenen.
Bestellungen an:

Justizgruppe c/o AStA der J.W. Goethe-Universität Frankfurt
Jügelstr. 1, 6000 Frankfurt am Main

GEDICHT FÜR HANISCH

Bruder,
wielange lebtest du hier,
als die Freiheit endgültig verschwand
und du auch im Traum
die Wächter sahst
und du wusstest, daß du nun
langsam sterben würdest
den Tod des Vergessens
in diesen lebenden Gräbern —
vielleicht noch besucht
von den Müttern, die kommen —
mit Blumen, wie zu einem Friedhof?

Wielange lebtest du hier,
als du eine Puppe trugst,
von der du sagtest, das wäre
das wäre dein Kind
— und die Pistole,
mit der du dir die Freiheit
verschaffen wolltest?

Als Meuterer
stiegst du auf die Zentrale
unseres Kreuzers Potemkin
und brachtest sie in deine Gewalt.

Hätten sie dir nicht geben können,
was du verlangt hast —
ein Leben, nach so langem Tod?

von einem Preungesheimer Gefangenen

AUFSCHLUSSREICHES INTERVIEW ZUM THEMA ,TODESSCHUSS'

FRANKFURT 16. Februar

Im folgenden drucken wir ein Interview zwischen der *Welt* und dem hessischen Justizminister Günther ab. Wir können gewiß sein, daß sich die terroristischen Zustände in den Knästen nicht ändern werden, im Gegenteil: der Terror gegen die Gefangenen wird verstärkt.

„*Welt*: Ohne Freigänger und Außenarbeitsstellen bleiben immer noch fast 1000 Ausbrüche aus geschlossenen Anstalten, also fast drei pro Tag. Wie ist das möglich?

Günther: Ein beachtlich großer Teil der Insassen geht einer Arbeit nach. Das wird zur Resozialisierung im Vollzug ja angestrebt und führt zwangsläufig auch zu einer Auflockerung im Sicherheitsbereich. In einer Anstalt, in der täglich 250 bis 300 Mann vom Werkstattbereich in die Zellen zurückgehen, gibt es natürlich eine ganze Menge Möglichkeiten, Material einzuschmuggeln.

Welt: Führt das gleich zu einer Ausbruchs-Chance?

Günther: Es gibt eine Vielzahl von Kontakten auch nach außen. Wir haben ein von allen drei Bundestagsfraktionen getragenes Gesetz, das bestimmte Möglichkeiten des Besuchs festlegt. Pakete können geschickt werden. Und wir haben die vielen Häftlinge, die draußen arbeiten. Das ergibt natürlich die Möglichkeit, Schwachstellen herauszufinden.

Welt: Wieviele von den Ausbrechern werden draußen sofort wieder straffällig?

Günther: Darüber gibt es keine Zahlen. Das wird auch nur schwer aufzuklären sein.

Welt: Wird der Ausbruch eines Strafgefangenen eigentlich bestraft?

Günther: Strafrechtlich ist es nicht unzulässig, wenn ich mich dem Vollzug zu entziehen versuche, das gilt seit eh und je. Strafrechtlich relevant wird es, wenn dabei andere helfen, die machen sich strafbar. Und dann natürlich , wenn der Ausbrecher strafbare Handlungen begeht: Geiselnahme, Nötigung, Körperverletzung, auch Sachbeschädigung.

Welt: Ein unblutiger, gewaltloser Ausbruch ist also relativ risikolos?

Günther: Relativ. Für den Betroffenen bedeutet es ja den Verlust einer Vielzahl von Chancen, vorzeitig aus der Haft entlassen zu werden. Auch die Chance eines Sozialurlaubs wird durch einen Ausbruch oder Ausbruchsversuch vertan.

Welt: Reicht das?

Günther: **Es kommt noch etwas hinzu: Der Ausbruch eines Häftlings ist auch für den Ausbrecher lebensgefährlich. Es gibt hier in Hessen eine klare Anweisung, auch von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, in dem Sinne, daß der Fliehende zumindest fluchtunfähig gemacht wird. Der Ausbrecher hat dann Glück, wenn er an einen besonnenen Beamten gerät, der ihn „nur" ins Bein schießt."**

Aus einem Brief eines Gefangenen geht hervor, daß sich Situationen, in denen gezielt geschossen wird, mühelos herstellen lassen:

„Beim Transport vom Gefängnis JVA I (Preungesheim) zum Gefängnis in Butzbach im Mai 1976 wurde von der Begleitmannschaft eine Situation provoziert, die als versuchte Tötung interpretiert werden kann. Die Begleitmannschaft schlug im Bus sitzende Gefangene. Dabei standen die Türen offen, der Bus hatte auf freier Strecke gehalten. Ein Gefangener, der vor den schlagenden Begleitwachen geflohen wäre, durch den Mittelgang des Busses, wäre von den bewaffneten Wachen vor dem Bus erschossen worden. Denn neben der offenen Tür des Busses standen zwei Beamte mit Schußwaffen. Hinausprügeln aus dem Transportwagen und die anschließende angebliche „Erschießung auf der Flucht" war eine Praktik der Gestapo in den halblegalen Anfangsjahren des Nazi-Regimes."

RADIKALENERLASS BEIM RUNDFUNK

FRANKFURT 16.März

Psychoterror und Hetze halten schon seit längerem in den Massenmedien Einzug (z.B. der Spitzel-Einsatz gegen Homann/NDR; ID 163). So ist auch die Kampagne gegen Hannes Heer beim Westdeutschen Rundfunk zu sehen, die der Bundestagsabgeordnete Hans Hugo Klein (CDU) angezettelt hat. In einem Solidaritätsaufruf mit Hannes Heer heißt es u.a.:

„Am 7.März hat der Bundestagsabgeordnete der CDU, Hans Hugo Klein, eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in der er auf die Tätigkeit von ‚ehemaligen Extremistenführern' in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hinwies und Maßnahmen dagegen forderte. Klein nannte namentlich den ‚Extremistenführer' Hannes Heer, der vom WDR „Aufträge für Propagandasendungen" erhalte. Der Abgeordnete berief sich dabei auf ‚Zeitungsberichte' aus dem CDU-nahen Medienkorrespondenzblatt ‚tele-control' und den ‚Rheinischen Merkur'. Diese richteten sich gegen eine Sendung, in der Heer sich kritisch mit den ökonomischen Theorien des Nobelpreisträgers Milton Friedman und deren Wirkung für Chile beschäftigte und gegen einen Beitrag, der über das Russell—Tribunal informierte. Dabei war die Auseinandersetzung mit dem Inhalt nur ein Vorwand. Wichtiger schien dem ‚Rheinischen Merkur' die Tatsache, daß für den WDR ein Journalist arbeitet, der als Lehrer nicht zugelassen worden war. Die Zeitung forderte die Anwendung des Radikalenerlasses auch im Rundfunk.

Auch der Medienexperte der CDU stellte diese Forderung in den Mittelpunkt seiner Erklärung. Abgesehen davon, daß die berufliche Existenz von Hannes Heer, der bereits einmal vom Berufsverbot betroffen wurde, zerstört werden soll, stellt dieses Vorgehen einen weiteren Höhepunkt in der Jagd auf angebliche Radikale dar. Der Radikalenerlaß soll auch für den nicht-staatlichen Bereich gelten. Um die Angelegenheit propagandistisch hochzuspielen, wandte sich Klein zudem an die in keiner Weise zuständige Bundesregierung.

Kleins Initiative reiht sich ein in die seit einiger Zeit forcierte Kampagne, mit der versucht wird, mißliebige Sendungen zu unterdrücken oder einzelne kritische Rundfunkmitar-

beiter zu disziplinieren. Beispiele aus jüngster Zeit sind die Eingriffe Stoltenbergs in die Berichterstattung über Brokdorf oder die Zensurmaßnahmen gegen die geplante Betriebsräte-sendung im NDR.

Der Vorstoß des Bundestagsabgeordneten ist darüber-hinaus ein weiterer Schritt zu der von der CDU/CSU offensichtlich intendierten Einrichtung einer ‚Reichsrundfunkzensur' nach dem Muster der Weimarer Republik. Gegen diesen Versuch einer Gleichschaltung der Rundfunkprogramme muß sich der massive Widerstand all derer richten, die nicht bereit sind, auf das Grundrecht der Informationsfreiheit zu verzichten.

Solidaritätsadressen für die unbehinderte Weiterarbeit von Hannes Heer beim WDR sind zu richten an:

Jürgen Roth, Hermannstraße 6; 6000 Frankfurt am Main

ANTIMILITARISTISCHE ARBEITSKREISE UNTERSTÜTZEN DAS RUSSELL-TRIBUNAL

STUTTGART/TÜBINGEN/BOCHUM
10. März

"Wir — das sind der Antimilitaristische Arbeitskreis (AMAK) Stuttgart, der AMAK Tübingen und die Antimilitaristische Gruppe Bochum — sind der Meinung, daß das Russell-Komitee zur Unterdrückung in der BRD gefördert werden muß.
Wir sind weiterhin der Meinung, daß die Unterdrückung der Soldaten der Bundeswehr und der Soldaten der in der Bundesrepublik stationierten Besatzungsstreitkräfte ebenfalls durch das Russell-Komitee untersucht werden müssen.
Wir fordern deshalb alle Soldatenkomitees, alle antimilitaristischen Komitees, alle Soldatengruppen, Komitees und sonstige Einrichtungen, die irgendwie im antimilitaristischen Bereich arbeiten, auf, Material, Dokumente und Zeugenaussagen zu sammeln.
Wir fordern besonders auf, Material zu den folgenden Punkten zu sammeln:

1. Folterausbildung in der Bundeswehr
2. Vorbereitung der Bundeswehr auf den Notstandseinsatz im eigenen Land
3. Unterdrückung der Arbeit von Soldatenkomitees durch Bestrafung und Verfolgung von Mitgliedern der Komitees und ähnlichen Maßnahmen
4. Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern
5. Verfolgung und Unterdrückung deutscher Staatsangehöriger durch deutsche Organe, die Soldaten der ausländischen Besatzungsmächte unterstützen
6. Schutz von Faschisten und faschistischen Gruppen durch Organe der Bundeswehr

Wir fordern auf, Material zu sammeln, Dokumente zusammenzustellen, Zeugen zu benennen und Zeugenaussagen zu dokumentieren."

Sendet das Material bitte an

Antimilitaristischer Arbeitskreis
Postfach 12 22
7420 Münsingen

AMAK Stuttgart, AMAK Tübingen, AMG Bochum

RUSSELL-TRIBUNAL: AUFRUF DES INITIATIVAUSSCHUSSES ZUR ARBEITSKONFERENZ

Der folgende Aufruf wurde am 26. Februar in Frankfurt vom Initiativausschuß zur Unterstützung eines Russell-Tribunals verabschiedet. Damit wird der im ID 165 abgedruckte vorläufige Aufruf hinfällig.

FRANKFURT
14. März

1. Die Betrand-Russell-Peace-Foundation hat sich bereit erklärt, ein Russell-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland zu veranstalten.

Russell-Tribunale hat es bisher über „Kriegsverbrechen in Vietnam" und über die „Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika" gegeben. Russell-Tribunale setzen sich aus unabhängigen demokratischen Persönlichkeiten unterschiedlicher Nationalität zusammen. Sie sind an keinerlei staatliche Institutionen oder sonstige machtpolitische Interessen gebunden. Das Russell-Tribunal über die „Repression in der BRD" beabsichtigt noch in diesem Jahr die Frage einer Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Grundrechte in der BRD zu untersuchen und der internationalen Öffentlichkeit seine Informationen darüber zu unterbreiten.

Zur Unterstützung dieses Tribunals hat sich ein Initiativausschuß gebildet, der sich aus Personen des politischen, kulturellen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Lebens zusammensetzt.

2. Die Erwägung, ein solches Tribunal durchzuführen, stützt sich darauf, daß in der BRD in einer sich verschärfenden internationalen Krisensituation Schritt um Schritt demokratische Freiheitsrechte systematisch eingeschränkt werden. Angesichts der ökonomischen Vormachtstellung der BRD wird diese Entwicklung zu einer konkreten Gefahr für Westeuropa.

In der Bundesrepublik ist die Repression am weitesten fortgeschritten. Die hier praktizierten Berufsverbote haben im Ausland zunächst die größte Beachtung gefunden: mehr als 800. 000 Bewerber für den öffentlichen Dienst wurden überprüft, 3000 Berufsverbote ausgesprochen.

Gesinnungsschnüffelei und Jagd auf „Extremisten" haben längst auf weitere Bereiche übergegriffen:

* ermuntert durch die staatlich sanktionierte Berufsverbotspraxis sorgen Rundfunkanstalten und Verlage für eine „Ausgewogenheit", die kritische Ansätze neutralisieren soll;
* durch sogenannte Ehrengerichtsverfahren, teilweise gekoppelt mit Strafverfahren, werden inzwischen mehr als 70 Strafverteidiger wegen ihrer Verteidiger-Tätigkeit verfolgt;
* Repression gegen Frauen, die in Beruf, Ausbildung und Familie und anderen gesellschaftlichen Bereichen die doppelte Unterdrückung der Frau bekämpfen; Aufrechterhaltung des Abtreibungsverbots und verschärfte Kriminalisierung und Verfolgung von Frauen, die abgetrieben haben; Praktiken und Verordnungen, mit denen sogar der revidierte § 218 lokal oder regional noch unterlaufen wird; Polizeiübergriffe und Bespitzelung von Frauenzentren, Fraueninitiativen und Frauenhäusern; besondere Repression gegen weibliche Gefangene;
* die Gewerkschaftsverbände haben sich mit den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" ein bequemes Mittel geschaffen, um den Kampf gegen konsequente Vertreter von Arbeiterinteressen zu führen;
* Die Unternehmer nutzen dieses Klima, um noch forcierter den innerbetrieblichen Werkschutz als Spitzel- und Unterdrückungssystem auszubauen. Brokdorf hat gezeigt, wie gut er sich als paramilitärische Gruppe ein-

setzen läßt.

Gegen alte und neue Nazis, gegen rechtsradikale Schlägertruppen wird dagegen kaum vorgegangen. Ehemalige NSDAP-Mitglieder sitzen in hohen und höchsten Staatsämtern und sind zum Teil selbst bei Berufsverboten aktiv.

Prozesse gegen NS-Verbrecher werden um Jahrzehnte verschleppt, Verurteilte (falls es überhaupt dazu kommt) priviligiert behandelt.

Verlage fördern durch Massenproduktion Literatur, die die Naziherrschaft verherrlicht.

3. „Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der freiheitlichsten Staaten der Welt", oder: „Noch niemals hat es in der deutschen Geschichte ein solches Ausmaß an Freiheit gegeben." Solche und ähnliche Parolen bekommt man aus dem Mund der verantwortlichen Politiker tagtäglich zu hören. Tatsächlich aber haben diese Politiker in den letzten Jahren durch neue Gesetze und die schärfere Fassung des geltenden Rechts einen massiven Abbau demokratischer Rechte betrieben und dadurch die Notstandsgesetze von 1968 wirksam im Sinne eines umfassenden Repressionsinstruments ergänzt.

Während die in der Verfassung niedergelegten Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden, ist gleichzeitig die Machtbefugnis von Polizei- und Justizapparat gewaltig gesteigert worden:

* neue gesetzliche Bestimmungen für die „Verfassungsschutz"-Ämter ermöglichen es, Dossiers über politische Aktivitäten jedes Bürgers anzulegen. „Amtshilfe" wird auch Firmenleitungen und öffentlich rechtlichen Anstalten wie Arbeitsämtern, Finanzämtern usw. geleistet, mit denen die Geheimdienste ihre „Erkenntnisse" austauschen. Das Vorgehen gegen den Kernphysiker Traube zeigt, daß der Geheimdienst auch vor Gangsterstücken nicht zurückschreckt. Die Geheimdienste der BRD arbeiten organisiert und personell mit Geheimdiensten faschistischer Staaten zusammen (Spanien, Iran) und unterstützen dadurch die Verfolgung oppositioneller Kräfte in diesen Staaten.
* die ausländerrechtlichen Bestimmungen werden verschärft angewendet, das Asylrecht soll grundlegend geändert werden;
* künftig sollen Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Festnahmen und „erkennungsdienstliche Maßnahmen" zu jeder Tages- und Nachtzeit erlaubt sein;
* neue Strafrechtsbestimmungen wie die §§ 88a, 130a, 140 StGB ergänzen die Maßnahmen justizförmiger Zensur. Sie richten sich nicht nur gegen fortschrittliche Verlage und Buchhandlungen. Sie erlauben es, jeden, der in einem Flugblatt zum Streik aufruft oder sich mit laufenden Aktionen solidarisiert, jeden, der zum Widerstand gegen die Zerstörung seiner Existenz durch Kernkraftwerke und Industrieanlagen auffordert, als „Befürworter strafbarer Gewalt" polizeilichen Ermittlungen zu unterwerfen und strafrechtlich zu verfolgen.
* Im Zuge des Stammheimer Prozesses wurden Gesetze erlassen, die zeigen, wie Strafverfahren als Instrumente der Repression eingesetzt werden: grundlegende Rechte von Angeklagten und ihren Verteidigern wurden eingeschränkt, die Haftbedingungen verschärft. Im Falle politischer Gefangener geht das soweit, daß durch die Versagung einer angemessenen medizinischen Versorgung die Vernichtung der Betroffenen durch die Justizorgane billigend in Kauf genommen wird Die Umstände des Todes von Katharina Hammerschmidt und Holger Meins zeigen dies ebenso wie der lebenbedrohende Gesundheitszustand von Karl-Heinz Roth.
* Die Polizei wird zunehmend militarisiert. Sie soll künftig Handgranaten und Maschinengewehre gegen eine Menschenmenge einsetzen dürfen, „wenn von ihr oder aus ihr Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen". Mit den „Mobilen Einsatz Kommandos" steht der Polizei eine hochspezialisierte Truppe zur Verfügung. Der gesetzlich vorgesehene gezielte Todesschuß wird die schon jetzt zahlreichen Exekutionen auf offener Straße sanktionieren und jede Hemmung zur Beseitigung von „Störern" beiseite räumen.
Wenn die Polizei nicht ausreicht, steht der verstärkte Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegstruppe zum Einsatz bereit. Wie ernst diese Bedrohung schon heute zu nehmen ist, hat vor kurzem das Vorgehen der Bundes- und Landesregierungen gegen die Atomkraftwerksgegner gezeigt: flankiert von einer gezielten Fernseh- und Pressekampagne wurde das bislang größte Aufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz in der Geschichte der BRD mobil gemacht.

4. Von allen diesen Maßnahmen sind bisher nur eine kleine Anzahl von Bürgern direkt betroffen. Für Millionen haben sie jedoch ein Klima der Einschüchterung und Anpassung geschaffen, das die Formulierung von Kritik, die Entwicklung alternativer politischer Vorstellungen und jeden Zusammenschluß, der auf Veränderung abzielt, schon von vorneherein ersticken soll. Gleichzeitig werden die gesetzlichen Möglichkeiten bereitgestellt, um bei einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte auch Massenbewegungen bekämpfen zu können.

Ein Großteil der Bevölkerung steht dieser Entwicklung gleichgültig gegenüber, weil sie auf gesetzlichem Wege, durch Beschlüsse des Bundestages vorangetrieben wird und damit der Schein von Demokratie gewahrt bleibt. Dies geht soweit, daß die 1968 verabschiedeten verfassungsändernden Notstandsgesetze es sogar zulassen, auf parlamentarischem Wege unter Berufung auf einen „inneren Notstand" in diktatorischer Weise Macht auszuüben.

Unter der Leitlinie „Deutschland — Modell für Europa" meldet der bundesdeutsche Staat seinen Anspruch an, die Führung in einem nach seinen Vorstellungen vereinten Europa zu übernehmen. Insbesondere den Ländern gegenüber, in denen die Arbeiterbewegung stärker entwickelt ist, spielt er sich als Ordnungshüter auf. Auf diese Weise soll möglichen Rückwirkungen, die von politischen und ökonomischen Umwälzungen in benachbarten und verbundenen Staaten ausgehen können, schon vorbeugend begegnet werden.

Erste Ansätze einer derartigen Großmachtpolitik werden bereits praktiziert. Dazu zählen

* die kaum verschleierten politischen und ökonomischen Interventionen in Portugal und Spanien, um bei einer Ablösung des alten Regimes unkontrollierte radikale Umwälzungen zu verhindern;
* die unverblümte Aufforderung an Italien, Kommunisten nicht an der Regierung zu beteiligen;
* die Gewährung von Wirtschaftshilfe mit der Forderung nach einem Abbau gewerkschaftlich erkämpfter Rechte der italienischen Arbeiterklasse zu verknüpfen;
* der Druck auf die griechische Regierung, um die Auslieferung von Rolf Pohle zu erzwingen. In diesem Zusammenhang ist auch der Versuch zu sehen, das Asylrecht unter dem Mantel einer „Anti-Terrorismus-Konvention" im europäischen Rahmen aufzuweichen;
* die Ausdehnung der politischen Überprüfung auf EG-Beamte und im Ausland beschäftigte deutsche Lektoren.

Das „Modell Deutschland" als Muster für ein vereintes Europa wird deshalb zunehmend in anderen europäischen Staaten als Bedrohung einer freiheitlichen und demokratischen Entwicklung erkannt, eine Bedrohung, gegen die Widerstand zu leisten ist.

5. Wir begrüßen es daher, daß die Bertrand-Russell-Foundation sich bereit erklärt hat, ein Tribunal zur politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, antidemokratische Tendenzen abzuwehren, die heute zu einer konkreten Bedrohung für Frieden, Freiheit, Demokratie und Fortschritt in Europa und insbesondere in unserem eigenen Land geworden sind.

6. Da die Russell-Foundation nicht über die matriellen Mittel verfügt, dieses Tribunal durchzuführen, fordern wir dazu auf, das Projekt finanziell zu unterstützen:
Kontonummer 4645340/01
(R. Rütten — Kennwort: „Russell-Tribunal") bei der Dresdner Bank, Frankfurt/Main.

Frankfurt/Main 26. Februar 1977
Initiative zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der Bundesrepublik

Kontaktadresse: Jens Huhn, Haydnstraße 3, 645 Hanau 8

Wie bereits im letzten ID berichtet, findet die Arbeitskonferenz am 26./27. März in Frankfurt statt. Der genaue Ort kann ab Freitag, dem 25. März beim ID erfragt werden.

Außerdem möchten wir noch eine Berichtigung vornehmen. In der im ID 165 abgedruckten Tagesordnung der Arbeitskonferenz muß es bei Punkt 8 heißen:
Plenum. Kurzer Austausch der Arbeitsgruppenergebnisse. Diskussion der Aufgaben und Zusammensetzung des Nationalen Unterstützungskomitees. Entsprechend ändern sich auch die beiden letzten Abschnitte, was die Formulierung über Entscheidung und Zusammensetzung des Nationalen Unterstützungskomitees betrifft.

BERUFSVERBOT

...... BEI DEN PFADFINDERN

FRANKFURT 16. März 1977 Am 14. Januar überreichte der Senator für Familie, Jugend und Sport dem Vorstand des Bundes Deutscher Pfadfinder —LV Berlin — ein Schreiben, in dem er feststellte, daß der Leiter der Pfadfinder-Jugendbildungsstätte „,... von 1974 bis heute aktiv an zahlreichen Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen des KBW und seiner Hilfsorganisationen teilgenommen" hat.

Er forderte wegen dieser — wohlgemerkt außerdienstlichen — Aktionen „,.... unverzüglich die Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses mit ihm zu veranlassen" , da er als „überführter KBW-Anhänger" nicht mehr eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten könne.

Bei Nichtkündigung des Mitarbeiters Dirk Jordan könne man zu der Erkenntnis kommen, daß die Jugendbildungsstätte nicht mehr förderungswürdig sei.

Der Bund Deutscher Pfadfinder verurteilt aufs Schärfste die vom Senat getroffene Maßnahme, den Radikalenerlaß und die Berufsverbotspraxis durch die Androhung des Geldentzugs über den öffentlichen Dienst hinaus auszudehnen und bei den freien Trägern einzuführen.

Inzwischen wurde Dirk Jordan vom Trägerverein der Jugendbildungsstätte gekündigt.

.... IN KÖLN

Am 2.2.76 wurde der Studienreferendar Thomas Jaitner, er ist Sprecher des Bezirksseminars Köln 1, zu einem Anhörungsverfahren vor das Schulkollegium nach Düsseldorf zitiert. Grund für die Anhörung: Zweifel an seiner Verfassungstreue. Die „Erkenntnisse", die man über ihn hatte: Kandidatur 1970 für den Sozialdemokratischen Hochschulbund, Kandidatur für das Studentenparlament der Uni auf der Liste des MSB Spartakus, Redaktionsmitglied der Zeitung des MSB Spartakus. Eine Protestunterschriftenliste kursiert zur Zeit. Sie soll Ende März dem Kultusministerium übergeben werden. Näheres bei Thomas Jaitner, Wittekindstraße 6, 5000 Köln.
(aus: Kölner Volksblatt, Nr. 2/77)

INTERNATIONALES TREFFEN GEGEN BERUFSVERBOTE

Vaals, als Versammlungsort deutscher Antifaschisten im Dritten Reich, für die es zu gefährlich war, sich im Inland zu versammeln, war am 21.1.77 Treffpunkt von Gegnern der Berufsverbote aus Belgien, Niederlande und der BRD. Vor ca. 150 Leuten wies der Vorsitzende der Initiative auf die jetzt 5-jährige Bilanz des „Radikalenerlasses": 3000 sind bisher von Berufsverboten betroffen bei 800000 Überprüfungen. Berufsverbote haben in Deutschland Tradition:
1819 Karlsbader Beschlüsse
1878 Bismarks Sozialistengesetz
1933 Hitlers „Radikalenerlaß"
1950 Adenauers „Radikalenerlaß"
1972 Ministerpräsidentenerlaß.

Dem ursprünglich antifaschistischem Charakter des Grundgesetzes widersprechen die Berufsverbote, die als unübersetzbare Vokabel in das europäische Lexikon eingegangen sind.

5 Jahre Berufsverbote betreffen aber nicht nur „Radikale", sondern zusehends auch mehr aktive Demokraten. Belgier und Niederländer widersprachen dem Vorwurf antideutscher Ressentiments und dem der Einmischung in deutsche Angelegenheiten. Man habe einfach nur Angst, daß sich die Berufsverbote in einem geeinten Europa zum Exportschlager der BRD entwickeln könnten. Diese Gefahr hat zu Solidarität unter unseren Nachbarn geführt, die „schon jetzt protestieren, um nicht später selbst betroffen zu sein."
(aus: Klenkes, Zeitung Aachener Bürgerinitiativen 2/77)

BERUFSVERBOT AN DER FACHHOCH—SCHULE WIESBADEN

WIESBADEN 16. März 1977 *Gegen den Willen aller Beteiligten - von den Studenten bis zu den Hochschulgremien - hat Kultusminister Krollmann im Alleingang drei Berufsverbote an der Fachhochschule Wiesbaden verhängt. Ein Mitarbeiter des Fachbereichs Sozialwesen schickte uns eine Schilderung des Falles und bittet alle, die ähnlich Erfahrungen gemacht haben (Gibt es das auch anderswo? Wie wurde dagegen vorgegangen? Was wurde erreicht?), sich zu melden und ihr Wissen zur Verfügung zu stellen - In dem Bericht heißt es u.a.:*

Zu Beginn des Wintersemesters 76/77 wurde eine von einer Berufungskommission aufgestellte Dreier-Kandidatenliste zur Besetzung der Stelle 'Sonderpädagogik' vom hess. Kultusminister Krollmann mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Die Gründe waren:

— 1. die vorgeschlagene Bewerberin Frau Baumann habe 'zu wenig Praxis' (ihr Mann steht bereits unter Berufsverbot)

— 2. Beim Kandidaten Rockemer (bereits bei uns als Lehrbeauftragter tätig; dafür ist er scheinbar gut genug!) liege die Praxis zu weit zurück. (Seine derzeit ausgeübte wissenschaftliche Tätigkeit wird demnach nicht als Praxis gewertet.)

— 3. Der Kandidat Kafitz 'erfüllt die Voraussetzungen noch weniger als die Kandidaten 1 und 2'. (Originalton HKM, das war übrigens die ganze Begründung!!)

Die Liste war zuvor von allen dafür zuständigen Fachhochschulgremien (Fachbereichskonferenz, Rat, Rektor) ohne Gegenstimme gebilligt worden. Der Kumi jedoch akzeptierte keinen der Kandidaten und forderte uns zur Neuausschreibung der Stelle auf.

- Die Hintergründe der Ablehnung sind mit Sicherheit politischer Natur
- Eine Neuausschreibung dauert viel zu lange. Wir brauchen dringend hauptamtliche Dozenten (bisher 6 für 250 Studenten). Zudem hat das jetzt 1 Jahr existierende Projekt 'Sonderschulpädagogik' bisher noch keinen kompetenten und qualifizierten Betreuer.
- Ca. 1 Jahr Berufungsarbeit war für die Katz!
- Die Selbstorganisation (Gremienarbeit) der Hochschule wird durch eine solche Entscheidung vollkommen ausgetrickst und de facto überflüssig gemacht.
- Die Fachbereichskonferenz und die Leiterin, Frau Hauer, haben heftigst gegen dieses Vorgehen protestiert und eine Rückziehung der Liste verweigert. Es gab eine Presseerklärung an die Wiesbadener Zeitungen und eine Unterschriftenaktion an allen Fachbereichen (350 Unterschriften gegen die Entscheidung des Kumi).

Vor 2 Wochen nun kam die Antwort von Kumi Krollmann: Es bleibt dabei, keiner der 3 Kandidaten kann eingestellt werden, die Stelle ist neu auszuschreiben.

Kontaktadresse:
Michel Hondrich
Gneisenaustr. 13
62 Wiesbaden

ZUR SITUATION DER JUGENDLICHEN AUS DEN GERÄUMTEN JUGENDWOHNHEIMEN IN FRANKFURT

FRANKFURT
11.März

Nach der Räumung der Jugendwohnheime Ziegelhüttenweg und Zingelswiese (ID 167) waren die Forderungen der Jugendlichen: ein Haus in Selbstverwaltung für die Jugendlichen des Ziegelhüttenwegs, Wohnkollektive für die Jugendlichen aus der Zingelswiese und ein Therapiezentrum für die Jugendlichen vom drop-in, die in der Zeit vor der Räumung mit in der Zingelswiese gewohnt hatten.
Die Vertreter der Stadt Frankfurt verhielten sich zu den Forderungen der Jugendlichen überhaupt nicht. Sie wiesen fortwährend auf ihre Unschuld an dem Heimkonflikt hin, schließlich seien die Träger der Heime keine städtischen sondern freie Institutionen gewesen. Zudem sei den Jugendlichen Wohnmöglichkeit nachgewiesen worden. (Das waren Angebote von Familien, einzelne Jugendliche aufzunehmen, die mittlerweile zum großen Teil wieder zurückgezogen worden sind, oder unannehmbare Möglichkeiten wie z.B. die Überweisung eines Mädchens zu ihren Eltern nach Hause, die sie ja gerade rausgeschmissen hatten. Der Erfolg war auch, daß das Mädchen nach Hause ging und in derselben Nacht wieder von ihrem Vater auf die Straße gesetzt wurde.) Die Forderung der Jugendlichen, weiterhin zusammen wohnen zu können, wurde von den Stadtvertretern strikt ignoriert. Die Jugendlichen sollten sich an ihre zuständige Sozialstation wenden, diese würde dann schon einzelne Unterbringungsmöglichkeiten finden. Die Jugendlichen des drop-ins (Drogenberatung eines städtischen Vereins) wurden ans Sozialamt und ans drop-in verwiesen — Konflikte der Jugendlichen mit diesen Stellen wurden schlicht ignoriert (so haben diese Jugendlichen z.B. von den neu eingestellten Mitarbeitern des drop-ins teilweise Hausverbot bekommen).

Die Jugendlichen besetzten daraufhin am Dienstag, dem 8.März, eine katholische Kirche im Frankfurter Gallusviertel. Dort konnten sie allerdings nur eine Nacht bleiben. Am darauffolgenden Tag besetzten sie dann die evangelische Peterskirche in der Frankfurter Innenstadt. Die Polizei bot sofort dem Gemeindepfarrer an, die Kirche wegen Hausfriedensbruch usw. zu räumen. Der Pfarrer und seine Mitarbeiter lehnten dies ab. Die Pfarrer der evangelischen Peterskirche und der katholische Pfarrer von St.Gallus überlegten zusammen mit den Jugendlichen, wie man deren Forderungen durchsetzen könne, erreichten für die Jugendlichen einen Verhandlungstermin mit den Stadtvertretern und verhandelten auch zusammen mit den Jugendlichen bei diesem Termin mit der Stadt. Die Stadt machte den Vorschlag, durch den städtischen Verein Arbeits- und Verziehungshilfe mehrere Wohngemeinschaftsgruppen - für die Ziegelhüttenweg-Jugendlichen möglichst in einem Haus — weitgehend nach den Vorstellungen der Jugendlichen von Selbstverwaltung — einzurichten. Die Jugendlichen des drop-ins sollten noch einmal mit Ärzten und Pädagogen eingehend diskutieren, wie ein solches Therapiezentrum aussehen und wie es in die Tat umgesetzt werden könnte. Es blieb alles noch recht vage bei diesen Verhandlungen, ein nächster Termin wurde nicht ausgemacht, und die Stadtvertreter knüpften ihre ,Bereitschaft', sich zu dieser Problematik mal was durch den Kopf gehen zu lassen (um die sie wohl einfach nicht mehr drumherum kommen), gleich an so Sachen wie:

- Die Jugendlichen sollten es den Stadtvätern jetzt „nicht durch weitere Aktionen erschweren", für sie aktiv zu werden,
- Jugendliche aus den Heimen und Jugendliche aus dem drop-in könnten aber auf keinen Fall zusammen untergebracht werden wegen des verderblichen Einflusses der Dope-Freaks auf die anderen Jugendlichen (dem steht gegenüber, daß die Jugendlichen des drop-ins, seit sie zusammen mit denen des Ziegelhüttenwegs kämpfen, erst im Heim, seit der Räumung auf der Strasse, und in den Kirchen erheblich weniger Alkohol und Rauschgift konsumieren wie vorher).
- Die Jugendlichen mögen bitte die Tricks lassen, bei den Ämtern doppelt ihre Sozialhilfe zu kassieren,
- die Betroffenen mögen bitte wieder Kontakt zu ihren Schulen und Ausbildungsplätzen aufnehmen (der nach der Räumung halt ein bißchen verlorengegangen ist...).

Direkt nach den Verhandlungen der Jugendlichen mit der Stadt fand die seit Wochen angekündigte Veranstaltung des Frankfurter Jugendrings zur Situation der Jugendwohnheime in Frankfurt statt (ID 166). Auf dem Ankündigungsplakat, das vor der Räumung entstand, ist ein Stück Zaun des Bauplatzes in Brokdorf mit einigen Bullen dahinter zu sehen. In die Tafel „Hier entsteht..." wurde einmontiert: „Hier entsteht unser modernes Jugendwohnheim, Heimaufbau AG Hessen". Was hier fingierte Angaben und Zukunftsvorstellungen waren, wurde nach der Räumung rauhe Wirklichkeit: um das Grundstück des ehemaligen Jugendwohnheims Ziegelhüttenweg ist genau ein solcher Brokdorf-Zaun gezogen worden, um das Haus „zu schützen"?

Nach den Berichten von den Verhandlungen der Jugendlichen mit der Stadt auf dieser Veranstaltung, flippten zunächst die anwesenden KBW-Mitglieder aus. Sie waren zwar zahlenmäßig nicht stark vertreten, setzten sich aber taktisch sehr geschickt ein, indem sie sich unmittelbar nach der Berichterstattung alle einzeln hintereinander auf die Rednerliste setzen ließen, um so den Eindruck zu erwecken, soundsoviele verschiedene Sozialarbeiter hätten hier die gleiche Meinung zu diesem Thema. Die Meinung des KBW war, man dürfe nicht hinter die alten kämpferischen Inhalte

der Jugendwohnheimkämpfe seit fast einem Jahr zurückfallen; wenn die Stadt hier Wohnkollektive in Selbstverwaltung so einfach anböte, so sei daran was faul; hier hieße es zu kämpfen und die Forderung nach Selbstverwaltung im Kampf durchzusetzen und nicht in Verhandlungen, bei denen man davon ausgehen müsse, daß die Stadt die Jugendlichen ja doch nur bescheiße. Jetzt hieße es, hier und heute ein Haus zu besetzen und in ihm ein Jugendwohnheim in Selbstverwaltung zu errichten.

Die KBWler mußten erkennen, daß die Jugendlichen zwar das Angebot von der Stadt nicht in dem Sinne auffassen, daß hier die Stadt dazu gebracht worden sei, lieb und freundlich die Forderungen der Jugendlichen zu erfüllen; daß sie aber ihre realen Kräfte einschätzen, was ihnen vor Augen führt, daß nach der monatelangen Hinhalte- und Terrorpolitik der früheren Heimträger und der Stadt gegen sie zwar der Wille zur Durchsetzung ihrer Forderung nach Selbstverwaltung ungebrochen ist, es jetzt aber in absehbarer Zeit notwendig ist, daß die Jugendlichen ein Dach über den Kopf bekommen, einen Ort, an dem sie zusammenleben könne, auf den sie sich beziehen können und an dem so profane Dinge wie Wasser-, Gas- und Stromleitungen funktionieren. Eine Hausbesetzung zu diesem Zeitpunkt,bei der einfach im Vorhinein klar wäre, daß die Polizei sofort zur Stelle und die Jugendlichen sofort wieder aus dem Haus draußen und im Polizeipräsidium wären, diente eher dazu, die Jugendlichen zu demoralisieren, zu kriminalisieren und auseinanderzutreiben, als sie zu stärken und sie zu befähigen, ihre Forderungen durchzusetzen. Einer der Jugendlichen sagte auch auf der Veranstaltung, daß eigentlich geplant gewesen sei, nach der Veranstaltung gemeinsam ein Haus zu besetzen, daß aber nach den Verhandlungen dies erst einmal nicht als sinnvoll erscheine. Das Angebot der Stadt müsse erst unter den Jugendlichen diskutiert werden, und eins sei halt ganz klar: hinter die Forderung nach Selbstverwaltung und nach Zusammenleben im alten Kollektiv gehe kein Jugendlicher zurück.

Der Versuch der KBWler, auf dieser Veranstaltung die Jugendlichen darauf zu verpflichten, die Machenschaften der Kapitalisten und der Bourgeoisie zu durchschauen und ihnen machtvoll und kämpferisch einen Strich durch ihre Rechnung zu machen — was heißt: das Angebot der Stadt abzulehnen und stattdessen ein Haus zu besetzen, dieser Versuch ging daneben. Auch die Beschwörungsformeln: wir haben uns doch damals mit euch solidarisiert und in den Diskussionen mit uns habt ihr doch eingesehen, daß ihr nur mit Kampf euer Ziel erreichen könnt..., nützten nichts. Das Tauschgeschäft: Solidarität vom KBW — Gehorsam von den Jugendlichen floriert nicht mehr.

Seit Freitag, dem 11.März „wohnen" die Jugendlichen im Haus der Evangelischen Jugend in der Stalburgstraße, wo ihnen das Stadtjugendpfarramt vorübergehend einige Mansardenzimmer zur Verfügung gestellt hat.

FÜR RECHT, ORDNUNG UND PINOCHET

BADEN—BADEN
16. März 1977

Vom Chile-Komitee in der Kurstadt erhielten wir folgenden Bericht:

"Am 23. April 1975 beantragte das Baden-Badener Komitee 'Freiheit für Chile' beim Amt für Öffentliche Ordnung die Genehmigung einer Straßensammlung anläßlich der Aktion 'Unterstützung von politischen Flüchtlingen aus Chile'. Dabei sollten 80% des Sammlererlöses auf das Sonderkonto Prof. Wulff, Kennwort 'Chile-Solidarität', Frankfurt, überwiesen werden. Am 29. April 1975 erteilte die Stadt Baden-Baden hierfür die Genehmigung, jedoch mit Auflagen, die einem Verbot der Straßensammlung gleichkommen:

Im Zentrum zwischen dem Hindenburgplatz und dem Bertholdplatz wurde die Straßensammlung untersagt mit der Begründung, daß der Kurbetrieb (!) nicht gestört werden dürfe: 'Es darf nicht übersehen werden, daß der Kurgast während seines Aufenthaltes in Baden-Baden in der Regel nicht darauf eingestellt ist, sich mit Informationen irgendwelcher Art zu beschäftigen oder sich zu Sammlungserträgen und Spenden heranziehen lassen.'

Die Überweisung des Sammelertrages auf das Frankfurter Chile-Solidaritätskonto wurde untersagt; es wurde angeordnet, daß der Sammelerlös für die Betreuung der im Landesaufnahmelager Rastatt ankommenden Chileflüchtlinge verwendet werden müsse. Das bedeutet praktisch: Überweisung des Sammelertrages an die Staatskasse des Landes Baden-Württemberg. Das Regierungspräsidium Karlsruhe entschied am 10. Oktober 1975 (!) über diesen Fall:

Das Sammelverbot im Stadtzentrum von Baden-Baden wurde zwar aufgehoben, im übrigen wurde die Entscheidung der Stadtverwaltung Baden-Baden in vollem Umfange bestätigt. Am 10. November 1975 erhob das Chile-Komitee Klage beim Verwaltungsgericht Karlsruhe.

In dem Antrag der Stadt Baden-Baden, diese Klage abzuweisen, wurde für die Begründung u.a. angeführt: 'Nach § 2 Abs. 1 Zif. 2 Sammelgesetz Baden-Württemberg muß die zweckentsprechende, einwandfreie Verwendung des Sammelbetrages gewährleistet sein. Im vorliegenden Fall ist eine solche Gewährleistung allerdings nicht gegeben .... Über die Art der Verwendung (der Hilfsgelder, Anm. d. Verf.) in Chile macht die Klägerin allerdings keine konkreten Angaben und ist, wie sie selbst vorträgt, dazu auch nicht in der Lage .... Es bestand deshalb die Gefahr, daß zumindest Teile des Sammlungserlöses, der nach Chile gesandt werden sollte, für andere als die angegebenen Zwecke, etwa für den Erwerb von Waffen zum Kampf der revolutionären Kräfte in Chile gegen die herrschende Militärregierung, verwendet würde. Diese Gefahr erscheint umso mehr begründet, als die Klägerin selbst in einem Flugblatt vom 3.5.1975 zur Solidarität mit dem chilenischen Volk im Kampf gegen die faschistische Diktatur aufruft. Ein solcher Kampf kann allerdings nicht nur durch moralische Unterstützung gewonnen werden ... Da die Klägerin über die Verwendung des Ertrages keine Angaben machen konnte oder wollte, durfte angenommen werden, daß die Gelder auch zur Unterstützung kriegerischer Handlungen, wenn auch unter Umständen ohne Wissen der Kägerin, verwendet würden. Eine solche Unterstützung ist auch mit dem Grundgedanken des Grundgesetzes nicht vereinbar und stellt eine Gefahr für Rech und Ordnung dar.'

Das Chile-Komitee hatte nachgewiesen, daß die Hilfsgelder von dem Chile-Solidaritätskonto Prof. Dr. Wulff, Frankfurt, weitergeleitet werden an die Organisation 'Chile Democratico' in Rom, der gemeinsamen Auslandsvertretung der 8 demokratischen Parteien Chiles im Exil.

Am 15. Dezember 1976 hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe die Klage des Chile-Komitees abgewiesen (AZ: VI. 280/75 Das wurde im wesentlichen damit begründet, daß das Chile-Komitee es verabsäumt habe, über die Zuverlässigkeit der Vereinigung „Chile Democratio" einen Nachweis (!) zu erbringen. Insbesondere fehle die Darlegung, „welche politischen Ziele die Parteien oder politischen Gruppierungen, die die Gelder in Chile empfangen, verfolgen und welche Mittel hierzu angewandt werden. ... Solange die Klägerin nicht genügende Unterlagen beibringt, die einen ausreichenden Schluß auf die Zuverlässigkeit der Vereinigung „Chile Democratico" und damit eine einwandfreie Verwendung des Sammlungserlöses für ausschließlich humanitäre Zwecke zuzulassen, steht durchaus die Gefahr im Raum, daß der Sammlungserlös zu anderen als humanitären Zwecken verwendet wird."

Das Chile-Komitee hat gegen das Urteil des VG Karlsruhe Berufung eingelegt.

PFINGSTKONGRESS DER ARBEITSLOSEN-SELBSTHILFE

FRANKFURT 17.März *Die Arbeitslosenselbsthilfe (ASH)Bonames -das ist ein Stadteil von Frankfurt-lädt zu einem nationalen Pfingstkongress ein:*

,Die ASH Bonames arbeitet seit nunmehr 1 1/2 Jahren in Frankfurt. Begonnen haben wir mit 10 Leuten aus der Situation heraus, arbeitslos zu sein. Wir wollten raus aus dem Sozialhilfeempfänger- und Bittstellerdasein und unser Leben und unsere Arbeit selbst in die Hand nehmen und organisieren.

Inzwischen sind wir 26 Leute und verstehen uns mittlerweile als selbstverwalteter Betrieb. Folgende Arbeitsbereiche gibt es: Flohmarkt (Verkauf von Möbeln, Trödel etc.), Nähstube (Produktionsbreich), Galerie (bietet Ausstellungsmöglichkeiten für Leute, die gerne malen und Objekte machen), Transporte, Umzüge (Haushaltsauflösungen, Entrümpelungen), Autowerkstatt (hauptsächlich für den Eigenbedarf).

Die meisten von uns leben heute in Wohngemeinschaften in der näheren Umgebung zusammen und Lebenshaltungskosten wie Miete und Verpflegung werden kollektiv abgedeckt. Inzwischen sind wir über die größten organisatorischen Anfangsschwierigkeiten hinweg. In dieser relativ stabilen Situation haben wir angefangen, mit anderen Selbsthilfegruppen in der BRD Kontakt aufzunehmen. Dabei stellte sich heraus, daß die einzelnen Gruppen unterschiedliche Konzepte und Zielvorstellungen haben.

Während wir versuchen, ein Gegenmodell zum hierarchisch organisierten kapitalistischen Betrieb zu entwickeln, liegt der Schwerpunkt bei anderen Gruppen etwa in der Entwicklung einer alternativen Sozialarbeit bzw. Randgruppenarbeit, oder der Unterschied liegt darin, daß andere Gruppen (übergangsweise) Hilfestellung in der aktuellen Situation des Arbeitslosseins bieten und einen weitergehenden Anspruch auch nicht formulieren; wieder andere Gruppen setzen an den zwischenmenschlichen Beziehungen an und versuchen von dort her eine Alternative zum normalen vorprogrammierten Leben zu entwickeln, wieder andere Gruppen sind dabei, sich um alternative Kindererziehung Gedanken zu machen usw. usw. - eine Vielzahl von Gruppen und Ansätzen, die sich bislang noch dadurch auszeichnen, daß jeder für sich rumwurstelt, bis dahin, daß die einzelnen Gruppen noch nicht einmal von der Existenz der anderen wissen.

Wir wollen dies aufheben und versuchen, soweit wie möglich mit den anderen Gruppen zu kooperieren. Wir verstehen das Ganze, das sich an tausend Ecken autonom entwickelt, als Bewegung, deren Umfang noch nicht bekannt ist. Hier bietet der gemeinsame Kongreß eine Basis, für alle alternativen Projekte Perspektiven zu diskutieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu finden.

Wir würden hier, selbst wenn wirs könnten, kein fertiges Konzept für dieses Treffen vorlegen, weil wir das für falsch f inden: Erfahrungen auf anderen Treffen dieser Art haben gezeigt, daß man so nicht weiter kommt. Was wir vielmehr wollen, ist daß sich die Gesamtheit der schließlich beteiligten Gruppen an der inhaltlichen Vorbereitung des Treffens beteiligt. Das können wir uns nur in schriftlicher Form vorstellen. Wir fordern daher alle interessierten Gruppen auf, möglichst schnell uns ihre Vorschläge zuzuschicken, an welchen Diskussionspunkten sie interessiert sind. Wir werden dann bis zum 2. April eine erste Zusammenstellung der geforderten Diskussionspunkte machen und an die Gruppen verschicken. In einem weiteren Schritt (bis 1. Mai) kann dann die inhaltliche Vorbereitung des Kongresses auf demselben Weg noch weiter verfeinert werden.

Zur Planung ist es auch notwendig zu wissen, wieviele Personen kommen werden. In Ffm-Bonames und Ffm-Heddernheim haben wir die Möglichkeit, auf eigenem Gelände Zelt- bzw. Schlafplätze zur Verfügung zu stellen. Wir werden ebenfalls Unterbringungen in anderen Wohngemeinschaften organisieren und einfaches Essen anbieten.

Die Veranstaltung wird selbstverständlich viel Geld kosten. Wir sehen uns allerdings nicht in der Lage, di e Kosten alleine zu tragen, wollen den Kongreß aber unabhängig (von den Institutionen) organisieren und uns deshalb nicht über zweckgebundene Zuschüsse kontrollieren lassen.

Alle Spendenfreudigen, die diese Idee gut finden, bitten wir, uns bei der Verwirklichung des Treffens so weit wie möglich zu unterstützen. Unser Spendenkonto:

Dresdener Bank, Frankfurt, Kto. 4 331 278
Beate Nilsson.

Gegen Einsendung von DM 2.50 in Briefmarken schicken wir euch unsere erste Dokumentation.

Kontaktadresse: Arbeiterselbsthilfe Bonames
Am Burghof 20
6000 Frankfurt-Bonames

FRAUENHAUS GEGEN MÄNNERGEWALT

FRANKFURT 16. März Seit knapp einem Jahr gibt es in Frankfurt die Gruppe 'Frauen helfen Frauen' e.V. Diese Initiativgruppe aus der Frauenbewegung will ähnlich wie in Berlin, Köln und Bremen ein Haus für mißhandelte Frauen aufbauen.

Am 15. März stellten sie auf einer Pressekonferenz ihr Konzept vor und reichten es gleichzeitig beim Sozialdezernenten der Stadt Frankfurt ein, um einen finanziellen Zuschuß zu erhalten. In ihrer Selbstdarstellung schreiben sie u.a.:

,Das Haus soll neben der Zufluchts- und Schutzmöglichkeit eine erste praktische Hilfestellung geben. Als wesentliche Aufgabe betrachten wir es, den Frauen zu helfen, eine neue Identität zu finden, zu begreifen, warum sie zu Opfern der männlichen Gewalt wurden und daß es eine Perspektive für ein unabhängiges Leben als Frau gibt. Die Frauen sollen nicht wieder funktionsfähig für die alte Situation gemacht werden. Vielmehr sollen sie lernen, ihre eigenen Bedürfnisse zu erkennen und durchzusetzen. Das setzt voraus, daß die Frauen über das, was im Haus geschieht, selbst bestimmen und dafür selbst verantwortlich sind.

Dadurch, daß das Haus also von den Frauen selbst verwaltet wird, soll verhindert werden, daß sie sich wieder als Objekte und als abhängig erfahren. Dieses Prinzip wird auch verhindern, daß wir den Frauen unsere Vorstellungen überstülpen. Selbstorganisation verbietet - wird sie ernst genommen - eine heimähnliche Verwaltung, fest angestellte bezahlte Mitarbeiterinnen, die den Frauen durch besondere Qualifikation überlegen zu sein scheinen. Das heißt, das Frauenhaus bietet keine Berufsperspektive für Frauen aus der Frauenbewegung. Wir meinen, daß auch diese Frauen, trotz bester Absichten eines Tages ihre eigenen Interessen vor die der hilfesuchenden Frauen stellen würden. Wir gehen davon aus, daß die Frauen nicht wie Kranke betreut werden müssen, sondern wollen sie dabei unterstützen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, d.h. praktische Hilfe nur dann zu leisten, wenn sie es alleine nicht schaffen.

Eine notwendige Konsequenz aus unseren Diskussionen und den Erfahrungen mit dem Berliner Frauenhaus ist, daß die Einrichtung von mehreren Frauenhäusern in verschiedenen Stadtteilen für jeweils 8 bis 10 Frauen und ihre Kinder einem

großen Haus vorzuziehen ist. Damit könnte erreicht werden, daß sich Unübersichtlichkeit, Anonymität und Hektik einigermaßen in Grenzen halten. In einem so überschaubaren Rahmen können sich die Frauen wahrscheinlich eher zurechtfinden, zumal sie es ohnehin nicht gewohnt sind, in größeren Gruppen zu leben.

Die Häuser sollen jede mißhandelte Frau und ihre Kinder aufnehmen und das zu jeder Tages- und Nachtzeit. Der Aufenthalt ist zeitlich begrenzt, so lange bis sich für die Frauen eine neue Lebensperspektive abzeichnet.

Es sollen zunächst zwei Frauen aus unserer Gruppe tagsüber im Haus anwesend sein und nachts für dringende Fälle eine Frau telefonisch erreichbar.

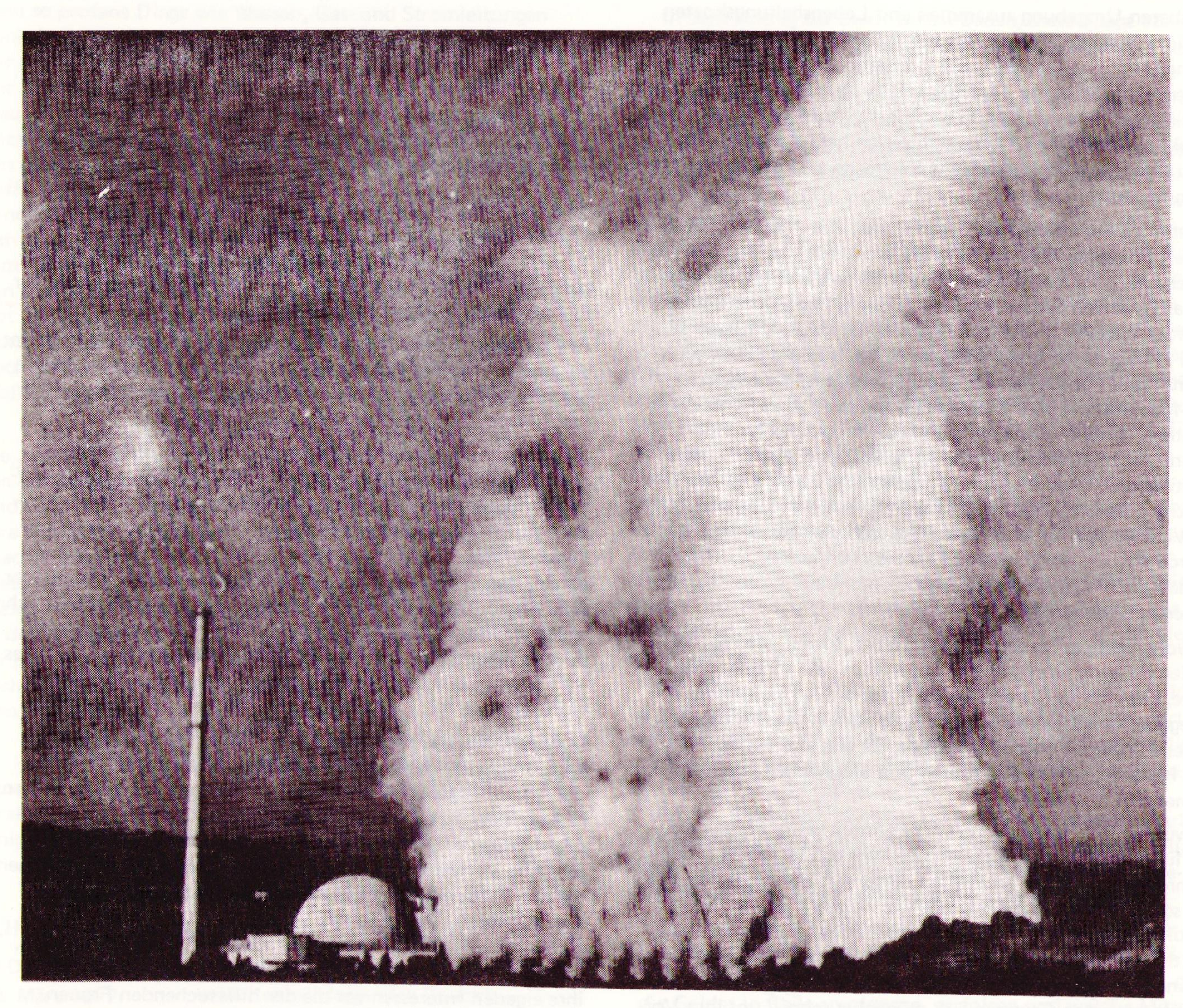
Die Finanzierung ist allerdings auch für uns noch ein Problem.

Eng damit verbunden ist die Frage nach der Unabhängigkeit unseres Projekts. Es gibt drei Möglichkeiten der Finanzierung:

- Eigenmittel und Spenden
- Öffentliche Finanzierung
- Private und halböffentliche Träger als Unterstützung.

Unabhängig von der Bewilligung eines Zuschusses durch die Stadt Frankfurt versuchen wir bereits über Eigenfinanzierung und Spenden das Projekt ins Rollen zu bringen. Wir hoffen deshalb auf zahlreichen Spenden an:

'Frauen helfen Frauen' e.V. gemeinnützig
B.f.G. Frankfurt, Kto. Nr. 1605358100
Kontaktadresse: c/o Karin Stötzner
Hegelstr. 19
6000 Frankfurt



Das Foto ist keine Montage! Es handelt sich vielmehr um ein Originalfoto der Wolke über den Kühltürmen des AKW Neckarwestheim. Aufgenommen am 25.8.76, 6.30 Uhr von Herrn Dr. Weizsäcker. Temperatur: 10°C, Luftfeuchte: 92%.

INTERNATIONALES

DIE MONTONEROS SIND NICHT BESIEGT

LONDON/BUENOS AIRES
9. März

Die Montoneros sind die einzige politische Bewegung in Argentinien, die nach dem Zusammenbruch des Peronismus noch eine Massenbasis für ihre Praxis haben. Mario Eduardo Firmenich ist Generalsekretär der Montoneros. Letzte Woche fand in einem Montonero–Büro in Buenos Aires das folgende Gespräch zwischen ihm und einem linken englischen Journalisten statt.

Firmenich: 'Angesichts des wachsenden Widerstands der Bevölkerung geriet die Militär-Regierung von Videla in unlösbare Schwierigkeiten. Sie hat den Fehler gemacht, den Kampf mit den Montoneros als ein militärisches und kein politisches Problem anzusehen. Unsere Politik ist verwurzelt in der argentinischen Bevölkerung, und um uns zu zerstören, müssen sie einen Krieg gegen die Bevölkerung führen. Die repressiven Maßnahmen, die sie anwenden, machen ihren Versuch, gleichzeitig die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, zunichte.'

Roper: Trotzdem ist die Zahl der Streiks in den letzten Monaten gesunken, wogegen sie in der Zeit zwischen August und November ständig anstiegen. Heißt das, daß die Anti-Streik-Gesetze doch noch ein erhebliche Wirkung haben?

Firmenich: Auf keinen Fall. Das ist nur eine Frage der Saison. Die politische Saison in Argentinien läuft von März bis November. Im Sommer (Dezember - März) ist es einfach zu heiß. Militärische Staatstreiche, Streiks und alle Art von politischer Aktivität sinken fast auf den Nullpunkt während dem Sommer.

Roper: Aber man liest jeden Tag in der Zeitung von Gefechten mit den Montoneros, wobei die Montoneros scheinbar größere Verluste einstecken müssen. Wie soll man das verstehen?

Firmenich: Die sogenannten Verluste schaden der Effektivität unserer Organisation kaum. Die Streitkräfte führen Krieg gegen die Bevölkerung. Unsere Position als Führer der Kämpfe in den Fabriken, in den Städten und unter den Bauern, bedeutet natürlich, daß wir mit schweren Verlusten zu rechnen haben. Aber es ist wichtig zu wissen, wenn sie schreiben: 'soundso viele Montoneros sind in irgendeinem Gefecht getötet worden', daß es so nicht stimmt. Weil nämlich viele von unseren Genossen nicht im Gefecht getötet werden. Sie werden einfach aus den Gefängnissen geholt und massakriert. Das ist der Krieg, den sie mit uns führen. Alle Erfolge, die die Streitkräfte erzielt haben, sind aufgrund von Informationen erfolgt, die unter Folter erzwungen worden sind. Sie sagen selber, daß sie Methoden anwenden, die die Franzosen in Algerien entwickelt haben. Die Verluste sind unvermeidbar, aber wir meinen, daß das Internationale Rote Kreuz intervenieren soll, um die Folter und den Mord an unseren Genossen zu bremsen.

Roper: Aber sind die Verluste nicht doch zu hoch? Könnt ihr sie überhaupt ersetzen?

Firmenich: So zu denken: wie ersetzen wir einen toten Genossen? ist zu mechanisch. Hier findet schließlich ein politischer Kampf statt. Es kann passieren, daß 10.000 Arbeiter streiken wegen dem Tod eines unserer Genossen. In diesem Fall ist sein Tod nicht umsonst gewesen. Die militärische Aktion ist nur ein Aspekt unseres Kampfes, und sie ist immer mit den alltäglichen Kämpfen der Bevölkerung eng verbunden. Unsere Organisation wächst ständig, und sie ist in der Lage, auf militärischer und politischer Ebene eine adäquate Antwort auf die sich ständig verändernde Situation in Argentiniern zu finden. Wenn ich höre, wie Leute über die Liquidierung der Montoneros reden, dann frage ich mich, ob die auf dem Mond leben. Unsere jetzige Situation ist hundert Mal besser als 1972, und tausend Mal besser als 1970, als wir nur 20 Leute in 2 Wohnungen waren. Zwischen September 1972 und März 1973 haben wir eine führende Rolle in der politischen Mobilisierung gespielt. Deshalb, weil unsere Analyse der Situation richtig war. Und die Bevölkerung hat unseren Anteil an der Niederlage der damaligen Militär-Diktatur anerkannt. Die Regierung Videla verfolgt jetzt die gleiche Politik wie die Militär-Regierungen der sechziger Jahre. Sie werden deshalb jetzt oder später gezwungen sein, Wahlen einzuberufen. Es ist für sie der einzige Ausweg.
Die Montoneros sind bereit, sich an den Wahlen zu beteiligen. Natürlich werden die Militärs versuchen, das zu verhindern. Das ist ja eine Tradition in Argentinien, aber wir werden trotzdem eine Möglichkeit finden.

Roper: Kannst du mir erklären, wie die Montoneros sich von der übrigen peronistischen Bewegung unterscheiden?

Firmenich: Letztes Jahr haben wir eine längere Erklärung dazu abgegeben. Die sollte jeder lesen. Wir meinen, daß der Peronismus die Grenzen seiner Nützlichkeit für die Arbeiterklasse erreicht hat. Er ist keine politische Alternative mehr. Peronismus war nie nur eine politische Bewegung mit entsprechender Ideologie, er gab der argentinischen Arbeiterklasse die Möglichkeit, eine politische Identität zu gewinnen. Aber nach dem Tod Perons und nach der Katastrophe, die Isabel Peron anrichtete, gab es diese Möglichkeit nicht mehr. Wenn unsere politische Strategie richtig ist, dann werden die peronistischen Massen Montoneros werden. Ein Montonero zu sein, stellt die Kontinuität mit der peronistischen Vergangenheit her.

Der Journalist Roper berichtet weiter: unter den gegebenen Bedingungen in Argentinien sei es fast unmöglich, weitere Informationen über die Veränderungen innerhalb der früheren peronistischen Bewegung zu kriegen. Unterstützung für die Montoneros öffentlich zu äußern komme einem Todesurteil gleich. Unter diesen Umständen bleibe der Fußball fast die einzige Möglichkeit, wo sich Leute politisch äußern könnten, ohne gleich im Knast zu landen. Lautstarke Unterstützung verschiedener Mannschaften werde mit unübersetzbaren Beleidigungen der Streitkräfte vermischt. (Vor ein paar Wochen spielte z.B. die Mannschaft von Cordoba (Zweitgrößte argentinische Stadt) in Rosario (drittgrößte argentinische Stadt). Aus Wut über die Spielweise der Mannschaft von Rosario erstach ein Fan aus Cordoba einen Polizisten, der neben ihm stand. Daraufhin fing die Polizei an, in die Menge zu schießen, In diesem Moment fing das ganze Stdion an zu brüllen - nicht 'Peron, Peron', wie in alten Tagen, sondern 'Montoneros . . . Montoneros.'

aus: Guardian, 2.3.77

DIE ‚ROTE' STADTVERWALTUNG VON BOLOGNA – ROT VOM BLUT DES ERSCHOSSENEN GENOSSEN FRANCESCO LO RUSSO

BOLOGNA
14.März

Hier ein Bericht einiger Genossen aus Bologna zu den letzten Ereignissen in Bologna und eine Zusammenfassung aus Artikeln von Lotta continua zu der Demo in Rom:

„Wir selbst sind mit dem Bericht nicht sehr zufrieden. Durch die knappe Aneinanderreihung von Fakten wirkt das Ganze ein bißchen sensationalistisch. Das ist allerdings auch zum Teil ein Ausdruck der Bewegung der letzten Tage selbst,

in der viel passiert ist, aber wenig diskutiert worden ist. Es gab schon so etwas wie eine Eigenlogik der Eskalation der Auseinandersetzungen und die Gefahr der Isolierung der Bewegung war groß. Es sieht so aus, als ob die Genossen das inzwischen erkannt haben. Gut, das nur als Andeutung, das Ganze ist im Moment noch sehr schwer einzuschätzen; wir hoffen, in ein paar Tagen schon was Genaueres sagen zu können.

11.März / Bologna

„Für den erschossenen Genossen genügt es nicht zu trauern — das werdet ihr teuer bezahlen, das werdet ihr alles bezahlen!"

Gegen 10 Uhr läuft im Hörsaal der medizinischen Fakultät eine Veranstaltung der klerikal-reaktionären Organisation Comunione e Liberazione (CL). Eine kleine Gruppe von Genossen, die zunächst garnicht wußten, worum es ging, kamen dazu. Als sie merkten, wer die Veranstalter waren, gingen sie hinaus, wobei sie die Leute von CL beschimpften und ein bißchen Krach machten. Daraufhin wurden sie am Ausgang angehalten und verprügelt. Auf diesen Vorfall hin kam eine größere Anzahl Genossen auf dem Uni-Vorplatz zusammen, die Parolen gegen CL riefen. Die CL-Leute bekamen Angst, verbarrikadierten sich im Hörsaal und verständigten den Rektor. Dieser rief sofort die Polizei. Um 13 Uhr rückten Polizei und Carabinieri an, die plötzlich und ohne ersichtlichen Grund (von seiten der Genossen hatte es keine Gewalttätigkeiten gegeben) in die Menge knüppelten und Tränengas in Mannshöhe schoß (die italienischen Bullen werfen die Gasgranaten nicht, sondern schießen sie mit Gewehren ab).

Es entstand eine kleine Straßenschlacht, die sich in die umliegenden Straßen ausdehnte. An der Ecke Via Irnerio/Via Mascarella läuft eine Gruppe Genossen an haltenden Polizeiautos vorbei; irgendeiner wirft einen Molli gegen einen der Wagen. Als die Genossen schon um die Ecke gebogen sind, ansonsten kein Mensch weit und breit auf der Straße ist, und für die Polizisten keinerlei Gefahr besteht, springt ein Carabinieri aus dem Wagen, rennt an die Ecke, nimmt die Pistole in beide Hände, kniet sich hin, um besser zielen zu können und gibt etwa 6-7 Schüsse ab - auf die fliehende Gruppe. Ein Schuß trifft den 25jährigen Medizinstudenten und Genossen von Lotta Continua Francesco Lo Russo, der wenige Minuten später stirbt.

Diese Darstellung beruht auf Aussagen von unbeteiligten Augenzeugen, sowie der anderer Genossen, die alle bestätigen, daß überhaupt keine Notwehrsituation bestand und es sich hier offensichtlich um einen kaltblütigen Mord handelt.

Inzwischen gibt es andere Zeugenaussagen, die darauf hindeuten, daß nicht dieser Carabinieri, sondern ein Polizeibeamter oder ein Ziviler Mörder Francescos ist. Jedoch legt die Polizei keinen großen Wert auf eine Klärung der Vorfälle: die beteiligten Beamten wurden bislang nicht überprüft,die Pistole, aus der der tödliche Schuß abgegeben wurde, ist unauffindbar und die Zeugenaussagen werden nicht ernst genommen.

Schon vorher hatten Bullen bei dem Angriff auf Genossen am Uni-Gelände gerufen: „a morte!" (etwa: schlagt sie tot!)

Als sich die Nachricht an der Uni verbreitet hat, ist die Reaktion zunächst Wut und Verzweiflung. Spontan werden Barrikaden im Zentrum der Uni gebaut, Steine werden zusammengetragen, Mollies gebastelt. Mehrere Stunden passiert garnichts: lähmendes Abwarten und Unsicherheit.

Als erste Antwort werfen Genossen Mollies in den naheliegenden Buchladen von CL, der völlig ausbrennt.

Immer mehr Leute strömen zusammen: gegen halb 6 Uhr bildet sich ein Demonstrationszug von ca. 5000 Leuten, der durch die Hauptgeschäftsstraße Richtung DC-Büro führt. Bei sämtlichen Banken und x Luxus-Geschäften werden die Scheiben eingeschmissen, ebenso fliegt ein Molli in die Fiat-Filiale. Die Gelegenheit wird an verschiedenen Stellen zu einer ‚spesa proletaria' (proletarischer Einkauf) genutzt: der DC-Sitz steht unter starkem Polizeischutz.Mollies fliegen: die Bullen schießen Tränengas. Der Demonstrationszug zerstreut sich in verschiedene Gruppen. In der Zwischenzeit hat sich auf den Aufruf der PCI und Gewerkschaften hin auf der Piazza Maggiore eine Menschenmenge zu einer Kundgebung versammelt. Von dort aus bilden ca. 800 Genossen einen neuen Zug in Richtung Bahnhof: Dort werden die Gleise für eine halbe Stunde besetzt und verbarrikadiert. Als die Polizei den Bahnhof schließlich mit Tränengas stürmt, haut ein Teil der Genossen ab, die anderen, die in der Falle sitzen, verteidigen sich mit Steinwürfen und Mollies. Bei der Auseinandersetzung fallen Pistolenschüsse; ein Carabiniere hat eine Kugel im Fuß, die Polizei behauptet, die Demonstranten hätten geschossen.

An verschiedenen Stellen der Stadt gibt es Barrikaden und Brände. Hinterher ziehen sich die Genossen in der Uni zurück und lassen sich die „proletarisch eingekauften" Speisen schmecken. Ein im Univiertel liegendes Feinschmeckerlokal wird völlig ausgeräumt; ein enormer Weinkeller zu großen Teilen geplündert.

Auch in einigen anderen Städten Italiens gab es spontane Reaktionen. So wurde in Mailand für den folgenden Tag ein Generalstreik der Schulen ausgerufen. In Cagliari greift eine Gruppe von Jugendlichen zwei Autos der Anti-Terrorismus-Abteilung an. Die Bullen steigen aus und schießen.

Alle politischen Kräfte, die die Kundgebung auf der Piazza Maggiore getragen haben, verurteilen den Polizeieinsatz an der Uni und den Schußwaffengebrauch und fordern Aufdeckung des Vorfalls und Bestrafung der Verantwortlichen. Die Metallarbeitergewerkschaft FLM, die am linken Flügel der Gewerkschaftsbewegung angesiedelt ist, sieht in dem Vorfall „das überlegte Ziel, die Studentenbewegung zu zerschlagen, sie von den Arbeitern zu trennen." Die KP benutzt die Gelegenheit, nach einem kurzen Schlag nach rechts die üblichen Erklärungen gegen jede Form von Intoleranz und Provokation und für die Verteidigung der demokratischen Ordnung abzugeben, die ideologische Formel, die der KP in der letzten Zeit hauptsächlich zum Angriff gegen die Linke dient.

12.März /Bologna:

10 Uhr: Kundgebung von PCI und Gewerkschaft. Nachdem zunächst Vertreter der Studentenbewegung eingeladen waren, werden diese dann doch am Reden gehindert, weil sie sich nicht von den ‚Ausschreitungen' des Vortages distanzieren wollen, sondern auf ihrem Recht auf Selbstverteidigung gegenüber Polizei bestehen. Der Ordnungsdienst der PCI hat bereits vor Beginn der Kundgebung die Piazza Maggiore vollständig nach außen abgeriegelt und läßt die Gruppen von Studenten die aus dem Uni-Viertel kommen, nicht herein.

Erst als der Ruf der Studenten „Laßt die Genossen von Francesco rein!" von der Masse der Versammelten positiv aufgenommen wird, öffnet sich der Kordon. Obwohl die Leute die Stellungnahme der Studenten hören wollen, beharren die Veranstaltungsleiter auf ihrem zuvor gefassten Zensurbeschluß.

Gegen 17 Uhr rückt die Polizei im Uni-Viertel an, um die Uni zu räumen. In der via Zamboni gibt es harte Barrikadenkämpfe bis in den späten Abend hinein. Im Verlauf des Abends wird ein Waffengeschäft in der Nähe der Uni ausgeräumt und eine große Anzahl von Jagdgewehren und Revolvern abgeschleppt. Die Polizei sagt hierzu, bei ihrem Versuch, die Plünderung zu verhindern, sei auf sie geschossen worden. Die Zusammenstöße weiten sich auf die ganze Innenstadt aus. Beim geringsten Anlaß schießt die Polizei Tränengas.

Die Situation ist prekär. Für die Genossen stellt sich die Alternative zwischen Fortführung der militärischen Auseinandersetzung — und das bedeutet jetzt offene Stadtguerilla, denn die Bewaffnung einiger Genossen legitimiert jetzt für die Polizei jede Art von Schußwaffengebrauch — oder aber vorläufiger totaler Rückzug; denn die Möglichkeit, die Lage zu diskutieren, gibt es in diesem Moment nicht:
ein paar hundert der Bologneser Genossen sind in Rom auf der nationalen Demonstration, die anderen sind verteilt auf die Barrikaden an der Uni und die Innenstadt.

Eine halbe Stunde vor Mitternacht überfällt die Polizei Radio Alice, den Sender, der einen der wichtigsten Koordinations- und Informationspunkte für die schon seit Wochen andauernden Bewegung der Studenten darstellt. Zu dem Zeitpunkt sind 5 Genossen im Sender. Die Zuhörer kriegen übers Radio mit, wie die Bullen gegen die Tür schlagen und „Aufmachen" brüllen; hören die verzweifelten Appelle an die Anwälte, dann wird die Tür eingeschlagen, mit Kugelwesten und Maschinenpistolen dringen die Bullen in den Senderaum ein und reißen den Genossen das Mikrofon aus der Hand. Die ganze Sendeanlage wird beschlagnahmt, die Anwesenden abtransportiert. Begründung: kriminelle Vereinigung, Anstiftung zur Gewalt; außerdem hoffte die Polizei, dort Schußwaffen zu finden, was ihr nicht gelang.

1. März ROM:
Aus allen Teilen Italiens sind über 50 000 Genossen in Rom zur der langgeplanten nationalen Demonstration gegen die Regierungspolitik und für die Freilassung des Genossen Panzieri (siehe ID 168) zusammengekommen. Durch die Erschießung des Genossen Francesco lo Russo in Bologna hat diese Demonstration jedoch noch eine neue, zusätzliche Bedeutung bekommen. Durch den Tod dieses Genossen, durch die von den Bullen provozierte irre Ebene der militärischen Auseinandersetzung (die von einem Teil der Autonomisten aufgenommen wurde) fand diese Demo von vornherein in einem Klima äußerster - mit Angst vermischter - Spannung statt. Wegen dieser Spannung und der Ungewißheit über das, was passieren würde, sind offenbar viele Genoss(inn)en gar nicht zu der Demonstration gekommen.

Die Bewegung ist, so kann man sagen, dreimal gespalten. Auf der einen Seite die Bewegung, auf der anderen Seite die offiziellen Verbände der sozialistischen und kommunistischen Partei. Innerhalb der Bewegung auf der einen Seite die linksradikalen Parteien, auf der anderen die Autonomisten. Diese wiederum gespalten in kreativ-spontane Autonomisten, wozu die Stadtindianer, die Frauenbewegung und verschiedene andere Gruppen gehören. Auf der anderen Seite die organisierten Autonomisten, die das Primat des bewaffneten Kampf betonen. Diese letztere Spaltung resultiert aus einer unterschiedlichen Interpretation der Bewegung. Die einen beziehen sich viel mehr auf die spontanen Einfälle der Bewegung in Stadtteilen und Uni, während die anderen sich auf die Wut und Verzweiflung vor allem der arbeitslosen Jugendlichen berufen und stützen.

Gegen 16.30 setzt sich der Demonstrationszug in Bewegung. Die Bullen begannen sofort, alles zu tun, um Auseinandersetzungen zu provozieren. Sie verboten durch bestimmte, direkt zum Zentrum führende Straßen zu marschieren. Gleich zu Beginn der Demo wurden 5 Genossen verhaftet, die Steine sammelten. Gegen 18 Uhr, während das Ende des Demonstrationszuges noch nicht losmarschiert war, kam es zur ersten schweren Auseinandersetzung im Zentrum, wo das Parteibüro der DC mit Molotow-Cocktails angegriffen wurde. Kurz darauf kam es auch an anderen Stellen zu Auseinandersetzungen, bei denen die Polizei Tränengasgeschosse und Pistolen einsetzten.

Einige Genossen erwiderten das Feuer aus dem Demonstrationszug heraus. Die Bullen griffen daraufhin auch andere Teile des Zuges an, sodaß auf diese Weise der Großteil der Demonstration in die harten, zum Teil bewaffneten Auseinandersetzungen mit einbezogen wurde.

Dies erhöhte die Spannung innerhalb des Demonstrationszuges: viele fühlten sich von den militanten Autonomisten instrumentalisiert. Frauen, die in einem eigenen Block unmittelbar hinter einer Gruppe von Autonomisten liefen, kritisierten heftig, daß diese Genossen sie nur als Schutzschild und Objekt ihrer bewaffneten Aktionen benutzen. Sie riefen: „Weg mit der falschen Autonomie" und „Scemi" (= Bekloppte; vor zwei Wochen noch wurde der CGIL-Vorsitzende Lama mit denselben Schimpfnamen bedacht).

Durch die Angriffe der Bullen einerseits und durch die Taktik einzelner militanter Gruppen, sich von dem Zug abzusetzen, um in Nebenstraßen bewaffnete Aktionen durchzuführen, andererseits, löste sich der Demonstrationszug auf. Diese militanten Gruppen machten Aktionen wie „spesa proletaria", Sturm auf zwei Waffengeschäfte, Angriffe auf Gebäude von Ministerien, Lokale der Faschisten, Bullenkasernen usw. Der Hauptteil der Demonstration kam jedoch wieder zusammen und traf gegen 19 Uhr auf der großen Piazza de Popolo ein. Dort kam es erneut zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Bullen schließlich versuchten, die ganze Kundgebung aufzulösen. Viele Demonstranten versuchten zu fliehen, und wurden von den Bullen oft bis hin zu ihren Bussen verfolgt. Währenddessen gingen an anderen Stellen die Angriffe der militanten Gruppen weiter, wobei es wiederholt zu Schießereien kam. Innenminister Cossiga hatte allgemein den Schußwaffengebrauch freigegeben. Die Aktionen der Autonomisten und das Verprügeln und Verhaften von Genossen durch die Polizei zogen sich bis in die späte Nacht hin.

DER NOTSTAND WIRD VORBEREITET

„13. März / Bologna:
In den frühen Morgenstunden haben Polizei und Carabinieri praktisch den Ausnahmezustand hergestellt. Das ganze Univiertel ist besetzt. Alle Zugänge schwer bewacht. Etwa Tausend Carabinieri und Polizisten mit schußbereiten Gewehren; an den kleineren Zufahrtsstraßen leichte Panzerwagen, an den größeren Ausgängen gepanzerte Kettenfahrzeuge. Drumherum stehen Carabinieri in feldmarschmäßiger Ausrüstung in Kampfanzug und Stahlhelm.

Jede geringste Ansammlung in der Stadt wird sofort angegriffen. Auf der Piazza Maggiore genügt es, daß sich ein Dutzend Leute zum Diskutieren zusammenstellt und die Bullen schießen Tränengas. Es wird auf kurze Entfernung gezielt geschossen. Einige Leute werden, von den Gasgranaten getroffen, verletzt weggebracht.

Etwa um die Mittagszeit fängt Radio Alice wieder zu senden an; jetzt unter dem Namen „12 marzo' das Datum der Schließung des Senders. Die Genossen hatten bereits in der Nacht nach dem Polizeiüberfall eine neue, provisorische Sendeanlage zusammengestellt. Um 19 Uhr kommen die Bullen zurück und beschlagnahmen auch die neue Anlage.

Die Hochspannung in der Stadt wird verstärkt durch die Nachricht über die nationale Demonstration vom Vortag in Rom. DC-Innenminister Cossiga sieht jetzt die große Chance, zu demonstrieren, daß die PC in Bologna (und anderswo) nicht in der Lage ist, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. In einem Interview am Sonntagabend kündigt er für den Fall weiterer Zusammenstöße an, den Ausnahmezustand auszurufen.
In den späten Abendstunden hat sich die Lage so zugespitzt, daß sich kaum jemand noch in die Innenstadt wagt, alle Restaurants sind geschlossen.

14. März:
Allgemeines Demonstrations- und Versammlungsverbot.
Um 10 Uhr vormittags findet die Beerdigung von Francesco Lo Russo statt. Die Eltern des Ermordeten hatten sich damit einverstanden erklärt, daß ein Teil der Trauerfeierlichkeiten als öffentliche Demonstration durchgeführt wird. Dies zu verhindern oder auch nur zu verbieten, konnte sich die PCI-Verwaltung nicht leisten, da die Todesumstände des Genossen so evident sind, daß auch sie hiergegen protestieren mußte. Etwa 5.000 Leute nehmen an dem Demonstrationszug zum Friedhof teil. Die Demonstranten versammeln sich anschließend in einem außerhalb des Stadtzentrums liegenden Arbeiterviertel, teilen sich dort in kleine Gruppen auf, um in verschiedene Fabriken zu gehen und dort mit den Arbeitern zu diskutieren. Dort zeigt sich, daß die von PCI und Gewerkschaften bis zum Erbrechen wiederholte These von der totalen Isolation des radikalen Teils der Studentenbewegung gegenüber den Arbeitern nicht stimmt: ein Teil der Arbeiter erinnerte sich daran, daß sie selbst, etwa nach dem Attentat auf Togliatti im Jahr 1948, Gewalt als politisches Mittel eingesetzt und Polizisten mit Steinen beworfen und beschossen hatten. Aber auch bei denen, die grundsätzlich jede Form von Gewalt ablehnen, besteht doch wenigstens das Interesse und die Bereitschaft, sich mit der Bewegung der Studenten politisch auseinanderzusetzen.

Am Vormittag hatten Genossen von Radio Alice/12 marzo die Leute eines anderen Freien Senders — Radio Citta (Pdup) — gebeten, deren Radio mitbenutzen zu dürfen. Dies wurde seitens der Pdup-Genossen unter Hinweis auf die Unvereinbarkeit ihrer Linie mit den Autonomisten von Radio Alice kategorisch abgelehnt. Ein anderer Freier Sender — Radio Ricera Aperta — bietet daraufhin den Genossen ihren Sender bedingungslos zur Mitbenutzung an. Wenige Studen später rückt auch hier die Polizei an, nimmt alle Anwesenden fest und schließt auch diesen Sender, für den sie sich zuvor noch nie besonderes interessiert hatte. In dieser Situation hatte nun Radio Citta plötzlich das Monopol linker Gegeninformation über das Medium Radio. Diese verantwortungsvolle Aufgabe in solch prekärer Situation nahmen die Genossen mutig und mit klarem Konzept in Angriff: während große Teile der Bologneser Bevölkerung gespannt auf Informationen über die augenblickliche Situation in der Stadt warteten, sendete Radio Citta stundenlang klassische Musik, bisweilen unterbrochen vom jeweils neuesten Kommuniqué der parlamentarischen Parteien bzw. dringenden Appellen, möglichst zuhause zu bleiben und sich ruhig zu verhalten. Zu dem, was in diesen Tagen am meisten gefehlt hatte, nämlich politische Diskussion unter den Genossen, war Radio Citta offenbar weder willens noch fähig beizutragen.

Kommentarlos verlesen wurde auch der Aufruf sämtlicher politischer Parteien von PCI bis zu DC (!), Gewerkschaftsführungen und Stadt-, Provinz- und Regionalverwaltungen, zu einer gemeinsamen Kundgebung für die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und der demokratischen Ordnung sowie „für die Festigung der Bindungen zwischen der Bevölkerung und den demokratischen und republikanischen Institutionen des Staates" (!!) für Mittwoch, den 16. März.
Inzwischen wird von verschiedenen Gruppen der Rücktritt von Rizzoli, des Rektors der Bologneser Uni, gefordert. Begründung des collettivo politico der Arbeiter und Angestellten der Universität: „Er steuert die reaktionären Manöver der DC und Cossigas, die auf die Herbeiführung des Notstandes gerichtet sind."

centro di documentazione
c/o il picchio
Via Mascarella 24 b
I — BOLOGNA

Telefonbericht aus Bologna

„Bologna, den 15. März 1977

Die Genossen von Radio Alice wollen in einer öffentlichen Schule mit Unterstützung der dortigen Schüler provisorisch ihre Sendetätigkeit wieder aufnehmen. Die Arbeiter einer nahegelegenen Fabrik hören davon, kommen her und hindern die Genossen am Zutritt (um was für Arbeiter es sich hierbei handelt, ist bisher unklar).
Inzwischen hat Innenminister Cossiga erklärt, wenn die freien Radios so weitermachen, lasse ich die alle schließen. Die PCI-Zeitung Unita fordert auf, die „Hintermänner" von Radio Alice ausfindig zu machen und strafrechtlich zu verfolgen.
Die Situation in der Stadt: scheinbare Ruhe und Normalität, der Belagerungszustand dauert noch an. Für die Genossen ist es fast unmöglich, sich zu versammeln. Das Zentrum der Feministinnen, eine ehemalige Bar im Univiertel, die vor einem Jahr besetzt wurde, ist von den Bullen zugemauert worden.
Bei einer Versammlung in einem Kino außerhalb der Innenstadt wird über die für den nächsten Tag geplante Demonstration für Ruhe und Ordnung beraten. Der Vorschlag einer Gegendemonstration wird als selbstmörderisch abgelehnt. Man einigt sich auf ein sit-in in der Nähe des Kundgebungsplatzes und auf die Forderung, der Bruder des ermordeten Genossen solle reden. Auf der Versammlung wird vom Großteil der Genossinnen und Genossen der Überfall auf das Waffengeschäft sowie allgemein die Perspektive der Stadtguerilla abgelehnt.

Bologna, den 16. März 1977

Um 16 Uhr Demonstration und Kundgegung der „schweigenden Mehrheit". Dem Aufruf der Parteien, Gewerkschaften usw. waren 200.000 Personen gefolgt, viele Tausende sind auf das 'Gegen-sit-in' gekommen. Dem Bruder des Ermordeten wird das Wort auf der Großkundgebung verweigert. Nach dem sit-in und der Kundgebung friedliche Demonstration von 10.000 Studenten und Sympathisanten durch die Innenstadt. Die militärische Besetzung der Stadt wird zum großen Teil aufgehoben.
Inzwischen verstärkt sich der Verdacht, daß der Mörder Francescos nicht identifiziert wird/werden soll. Die beteiligten Bullen sind bisher nicht überprüft worden. Laut Unita ist die Schußwaffe unauffindbar. Die Aussagen der Augenzeugen werden von der Lokalpresse entstellt wiedergegeben, die Zeugen selbst äußern den Eindruck, daß ihre Aussagen nicht ernst genommen werden.
Innerhalb des ZK der PCI gibt es über die Auseinandersetzungen in Rom und Bologna harte Auseinandersetzungen. Amendola vom rechten Flügel beschimpft die Studentenbewegung weiterhin als „rote Faschisten", eine andere Gruppe (Lombardo Radice u. a.) übt Selbstkritik und ruft zum Verständnis dafür auf, warum große Teile der Jugendlichen Sympathien für die radikale Linke zeigt. — Die PCI hat bislang die Aktionen der Studentenbewegung nur verurteilt und war z. B. auch nicht auf der Beerdigung von Francesco (anders als die PSI).

17. März 1977

PCI beschließt, auf eine neue Regierung unter direkter Beteiligung ihrer Partei hinzuarbeiten. ZK-Mitglied Napolitano: „Der Ernst der augenblicklichen Situation erfordert ein fortschrittlicheres politisches Gesamtbild . . . Nur eine solche Veränderung kann der politischen Führung in diesem Lande eine größere Autorität verschaffen . . . "

DER HINTERGRUND DER JANUAR–KÄMPFE IN ÄGYPTEN

FRANKFURT/KAIRO
5. März

Informationen zum Volksaufstand am 18. und 19. Januar dieses Jahres in Ägypten gibt das Ägypten-Komitee Frankfurt in zwei Broschüren heraus, die sich auf Auskünfte vom 'Sekretariat der Solidaritätskomitees mit dem Kampf der nationalen demokratischen Bewegung in Ägypten' stützen. Hier Auszüge daraus:

'Am Dienstag, dem 18. Januar, nach der Ankündigung von Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, kam es zu blutigen Demonstrationsschlachten zwischen der Polizei und den Hafenarbeitern in Alexandrien, sowie den Stahlarbeitern in Heluan. Am Mittwoch weitete sich die Protestbewegung auf die Städte Minieh, Suez, Mansurah, Assuan, Kena, Zagazig und Faquous aus. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Menge, und nachdem sie nicht Herr der Lage wurde, setzte das Regime die Armee ein. Es wurden 14-stündige Ausgangssperren verordnet, die ersten seit 1952, dem Jahr der Ablösung der Monarchie in Ägypten.

Berichten der 'Le Monde' zufolge (vom 23./24.1.77) soll es 79 Tote, 800 Verletzte und über 2.000 Inhaftierte gegeben haben. Die Regierung machte geheime kommunistische Organisationen für die Protestbewegung verantwortlich, ergriff dabei die Gelegenheit linke Regimekritiker hinter Gitter zu setzen. Am Donnerstag nahm sie die angekündigte Preiserhöhung für Nahrungsmittel wieder zurück.'

Zum Ablauf der Ereignisse stellt das Sekretariat einige Fragen:

1. Warum wurde den Sicherheitskräften und dem Militär der Befehl gegeben, ihre Waffen gegen friedlich demonstrierende Arbeiter vor der Volkskammer zu verwenden, sowie gegen die Bevölkerung, die mit ihren Kindern in Bab El Kajah und im El Zahar-Viertel auf die Straße gingen? Warum auch die Brutalität gegen Studenten der Ain Schams Universität, die zum Grabe von Nasser gingen? Warum blieben die Sicherheitskräfte tatenlos, als Gruppen die Nachtlokale und Kinos in Brand setzten, wobei sie riefen: 'Gott ist groß, Gott ist groß'? Warum blieben die Sicherheitskräfte tatenlos, als diese Gruppen eine Streichholzfabrik in Embaba anzuzünden versuchten, und überließen es den Arbeitern, dies zu verhindern?

Wer sind die mysteriösen Personen, die Inder von der Volks- und Mittelschule aus ihren Schulen holten und sie aufforderten, Flammenbälle auf Verkehrsmittel und andere Institutionen zu werfen?
Warum blieben die Sicherheitskräfte Zuschauer und fingen erst mit dem Schießen an, als die Massen der Studenten und Arbeiter zu Stadtmitte zogen?

3. Wer zündete das Büro der libyischen Fluggesellschaft und der sowjetischen Bibliothek an, und warum hatten es die Verantwortlichen so eilig mit der Behauptung, sie wären nach Beendigung der Demonstrationen in Brand gesetzt worden?
Ist solch eine Behauptung nicht eine Verschleierung der Tatsache, daß gewisse Agenten ihre Instruktionen hatten, bestimmte Institutionen zu sabotieren, da es ja nicht wahrscheinlich ist, daß Kommunisten, die angeblich die Demonstrationen führten, solche Institutionen in Brand setzen würden.
Wir erklären es ganz laut: Hinter den Brandstiftungen und Raubakten stehen die 'Sicherheitskräfte' von Herrn Salem und Fahmi. Diese 'Sicherheitskräfte' haben die Saboteure geschützt und auf die unbewaffneten Volksmassen mit deren Kindern geschossen, die nach Brot verlangten.

4. Wir fordern die Bestrafung der Verantwortlichen, die Teile der ägyptischen Armee aus Sinai abzogen und ihnen den Befehl gaben, auf Demonstranten zu schießen, die einen Volksbefreiungskrieg forderten auf der Basis der Verschmelzung zwischen Volk und Armee . . . .
Die Brandstifter von Kairo und Alexandria sind für die Regierung Sadat ein willkommener Anlaß, den Reaktionären und Imperialisten zu zeigen, wie ihre Unterdrückungsapparate funktionieren.
Wenn Sadat behauptet, es gäbe ein Komplott gegen die Regierung, so muß er die Hintermänner in den eigenen Reihen und in den Reihen der Agenten der CIA und Saudi-Arabien suchen. Sie sind ja bekanntlich das Fundament seines Regimes . . . '

LANDENTEIGNUNG IN GALIZIEN

LA CORUNA
16.März

As Encrobas ist ein Teil in der Nähe von La Coruna in Galizien. Hier werden vorwiegend Mais, Kartoffeln und Weizen angebaut. Die Bauern in diesem Tal sind, wie im ganzen übrigen Galizien auch, kleine Grundbesitzer, die von dem Stück Land, das sie bearbeiten, gerade leben können.

Schon seit über zwei Jahren versucht die Firma FENOSA (Fuerzas electricas del Norte ,S.A. = Staatliche Elektrizitätswerke Nord), die Bauern von As Encrobas aus diesem Tal zu vertreiben. Die FENOSA will hier eine Termische Zentrale errichten, die 850 Hektar des Tales beanspruchen würde. Diese Zentrale soll sich von der Braunkohle nähren, die hier vor 15 Jahren gefunden wurde. Der Kubikmeter Braunkohle kostet heute in Spanien ca. 1000 pts.. Die Bauern aber werden pro m^2 mit 234 pts. abgespeist.

Der Gesamtwert des Braunkohlevorkommens beträgt 87 Milliarden pts. Dagegen bekommen die Bauern für einen Ferrado Land (639 m^2 = Galizisches Maß) 150 000 pts.; wollen sie an anderer Stelle einen Ferrado kaufen, so müssen sie dafür jedoch 250 000 pts. zahlen.

Die Bauern sind in ihrer Mehrheit ältere Menschen, viele haben sich ihre Grundstücke in der Emigration erarbeitet und besitzen nur dieses Stück Erde, um leben zu können. Das Grundstück bedeutet für sie ihre Existenz. Verlieren sie es, so müssen sie Hunger leiden; sie sind zu alt, um sich eine neue Existenz aufzubauen.

Der Fall As Encrobas ist nur eins von vielen Beispielen von Enteignungen und Vertreibungen, die in Galizien im Namen der Regierung und des Fortschritts stattfinden. Im Namen eines Fortschrittes, der den Galiziern nicht mal zugute kommt. Auch in As Encrobas soll Strom erzeugt werden, der nicht für Galizien bestimmt ist, genauso wenig wie die von FENOSA gebauten Staudämme in Castrelo do Minho, Veigas de Camba und Campobezerros Elektrizität für Galizien erzeugen. Während in Galizien noch 7000 Dörfer auf Strom warten und viele kleine Städte nur 110 Watt Strom haben, wird die hier produzierte Elektrizität zu 70% nach Frankreich exportiert, der Rest geht nach Portugal und in andere Teile Spaniens. Nur ein verschwindend geringer Teil bleibt in Galizien.

Bei Zusammenstößen zwischen Bauern und Guardia Civil, wobei die letzteren die Enteignung der Ländereien mit Gewalt durchsetzen wollten, wurden 10 Personen verletzt und 11 verhaftet, darunter auch der Dorfpfarrer. Deshalb wurden Anschläge verübt gegen die Banco Poster (diese Bank gehört der Firma Mirama, die das Braunkohlevorkommen aufgekauft hat) und der Bischof von Santiago bat um Verschiebung der Besetzung (der polizeilichen und unternehmerischen).

Überall in Galizien ist eine Solidaritätsbewegung mit den Bauern entstanden, in die sich Parteien, Nachbarschaftsvereine, Kulturorganisationen usw. einschalten. In der Universidad Laboral (zu vergleichen mit unseren VHS) kommt es zu einer Einschließung aus Solidarität, das Problem der quasi kolonialen Abhängigkeit Galiziens kommt stärker zur Sprache.

Am 19.Februar stirbt der Student Emilio Suarez in La Coruna beim Versuch, ein Transparent in der Vorhalle der Universität aufzuhängen, durch Berührung eines Starkstromkabels der Firma FENOSA, gegen die sich der Protest richtet. Nach alldem hat die Firma nun doch ein Interesse an Verhandlungen. Die Bauern, die genügend Geld für ihre Grundstücke und den Wiederaufbau ihres Dorfes an anderer Stelle unter den gleichen Bedingungen verlangen, meinen dazu: „Die Firma will nur verhandeln, wenn Blut fließt, wenn es wieder ruhiger wird, kehren sie uns den Rükken zu und schicken die Guardia Civil."

NACHRICHTEN AUS DEM SAMIZDAT

FRANKFURT 9. März *Wir veröffentlichen hier weitere Dokumente aus dem sowjetischen Widerstand (vgl. die letzten ID's ab Nr. 164); diesmal Berichte, die von Krimtataren über deren Situation geschrieben wurden. Die Berichte wurden nach Frankreich geschmuggelt und von dort u.a. von der Zeitung ‚Liberation' am 11.12.76 veröffentlicht.*

Die Tataren wurden am 18. Mai1944 unter dem Vorwurf, mit den Deutschen, damals dem faschistischen 3. Reich unter Hitler, kollaboriert zu haben, aus der Krim deportiert. Ungefähr 50% der Tartaren kamen während der Deportation ums Leben. Gegenwärtig beträgt ihre Zahl gerade wieder so viel, wie vor dem Krieg: etwa 500000. Die sowjetischen Behörden versuchen mit allen Mitteln, die Rücksiedelung der Tartaren, die von der Krim stammen und zum Teil ‚illegal' wieder zurückkehren, zu verhindern.

ERKLÄRUNG DER KRIMTARTAREN:

„Die ganze Welt weiß, daß das krimtartarische Volk am 18. Mai 1944 aus seiner Heimat, der Krim, vertrieben und als Nation zur Ausrottung und Liquidierung freigegeben wurde. Aber dieses Volk hat trotz der widrigsten Umstände überlebt und führt einen nun schon mehr als 20 Jahre andauernden hartnäckigen Kampf für seine Rückkehr in die Heimat. Diejenigen, in deren Händen das Schicksal unseres Volkes liegt, behandeln uns so, wie es ihnen gerade paßt und sie respektieren kein einziges Gesetz.

Und um die endgültige Annexion der von ihren Bewohnern — den Tataren — gesäuberten Krim durchzusetzen, gehen sie unerbittlich und hart gegen alle vor, die sich an unserer Bewegung beteiligen oder einfach auf die Krim zurückkehren. Alle unsere Bitten und Forderungen werden dementsprechend von den sowjetischen Behörden als ‚antisowjetisch' und ‚verleumderisch' bezeichnet.

Unter Berufung auf das am 5. September 1967 vom Obersten Sowjet der UDSSR erlassene Dekret begann unser Volk auf die Krim zurückzukehren, aber das erwies sich nur zu bald als ein aussichtsloses Unterfangen, denn dieses Dekret war für die ausländische Presse und nicht für uns erlassen worden, vielmehr waren gleichzeitig mit der Veröffentlichung geheime Zirkulare ausgegeben worden, in denen stand, daß die Rückkehr der Krimtataren in ihre Heimat mit allen Mitteln zu behindern sei."

KEIN HAUS, KEIN WASSER, KEIN BENZIN

„Man hat fünf Familien im Dorf Vostochny, die an ihre Häuser grenzenden Landstückchen weggenommen, hat ihnen Strom und Wasser gesperrt und sogar verboten, Benzin zu kaufen; ihre Kinder sind nicht zu den Schulen zugelassen oder zumindest nicht in die Klassenlisten eingeschrieben worden. Dasselbe ist in Makowska und allen anderen Dörfern gelaufen, in die die Krimtataren zurückgekehrt sind.

Am 11. Mai war in Dorf Malekowo dem Krimtataren Ametow Emver ein Haus verkauft worden. Die Behörden ließen es jedoch mit Bulldozern einreißen, noch ehe er sich dort überhaupt hatte einrichten können. Derselbe Stadtrat ließ das Haus des Bürgers Anokin abreißen, weil er es an einen Krimtataren verkaufen wollte.

Am 12. Mai versuchte eine in 5 Autos vorgefahrene Gruppe von Banditen unter Führung des Vorsitzenden des Stadtrates Nikolajew sowie des Milizkommissionars und Beauftragten für die kommunistische Jugend, Tschakurim, die Familie des Schawer Tschakalowa mit ihren vier Kindern aus ihrem Haus zu vertreiben. Nachdem sie die Türen mit Zangen aufgebrochen hatten, stießen sie die Frau gefesselt und geknebelt in eine Rumpelkammer, damit sie nicht um Hilfe rufen könne. Dann schlugen sie Toklasarie, eine Mutter von zwölf Kindern sowie eine 70jährige Frau zu Boden. Einer der in Zivil gekleideten Typen schwang währenddessen wild seine Pistole herum und schrie, daß er sie allesamt umnieten würde, wenn sie nicht schwiegen. Zusätzlich zu diesen physischen Gewalttätigkeiten wurde der Familie der Tschakalowa auch noch auferlegt, über 800 Rubel Schadensersatz zu bezahlen.

Am 13. Mai versuchten 18 Miliz- Freiwillige unter der Leitung des Vorsitzenden Stadtrates Tehmy, des Kolchose-Vorsitzenden P. Plechanow und des Parteibeauftragten Sidorow, die Familie eines 72jährigen Mannes zu verjagen, allerdings mußten sie wegen des Widerstandes der Dorfbewohner wieder umkehren.

Am selben Tag inszenierte das gleiche Kommando im Dorfe Gorlinok Bogâtinski eine Verteibungsaktion gegen die Familie des Mehmet Seitvel, in deren Verlauf sie die Möbel auf die Straße schmissen, das Haus versiegelten und die fünfköpfige Familie aussperrten, in der Nacht erkältete sich prompt die kleine Tochter und konnte nur dank der Hilfe der Nachbarn, die sie am Morgen dann auch ins Krankenhaus fuhren, gerettet werden."

VON BULLDOZERN UMGEPFLÜGTE HÄUSER

„Schließlich begaben sie sich dann noch in das Dorf Krasnaja Slobodd, um dort das Haus des Umutsch Hussein, des Vaters einer aus neun Personen bestehenden Familie, zu zerstören, allerdings konnte dieses Verbrechen von der gemischt russisch-ukrainischen Bevölkerung verhindert werden. Am nächsten Tag wurden viele von denen, die diese Aktion unmöglich gemacht hatten, am Betreten ihres Arbeitsplatzes gehindert.

All das paßt sehr gut mit dem zusammen, was Frau Krutowa, die Vorsitzende des städtischen Exekutivkomitees öffentlich gesagt hat: „Die Parteiorganisationen, die Miliz und die KGB-Organe erwägen eine neuerliche Aussiedlung der auf die Krim zurückgekehrten Tataren" — „Denken sie an das Jahr 1944".

Die sowjetische Regierung will unsere Frage nicht lösen, und die Uno ist offenbar nicht in der Lage, unserem Volk zuliebe zu Hilfe zu kommen; jedenfalls sind alle unsere Apelle bis heute unbeantwortet geblieben. Deswegen werden wir zur Verteidigung unserer gerechten Forderungen die Stimme erheben. Es geht um die Rettung eines Volkes, um die Ver-

teidigung des Grundsatzes der nationalen Selbstbestimmung und um die Gleichheit aller Völker vor den von der Uno proklamierten Rechten."

MUSTAPHA DSCHENILEW WURDE GAR NICHT ERST DAS WORT ERTEILT

„Am 14. April 1976 fand in Omsk der Prozeß gegen Mustapha Dschenilew statt. Warum in Omsk? Weil Dschenilew gerade in einem in der Nähe gelegenen Lager eingesperrt war. Das ist der eine Grund. Zudem ist Omsk eine für so einen Prozeß äußerst gut geeignete Stadt. Sie ist Ausländern nicht zugänglich. Und fern des wachsamen Auges der Korrespondenten ist es leicht, nur bestimmte Personen zum Prozeß zuzulassen und allen, die den Richtern unerwünscht sind, den Zutritt zum Gerichtssaal zu verweigern. Das geschieht zwar überall – sogar in Moskau –, aber in Moskau kann das doch immer noch viel Staub aufwirbeln, in Omsk dagegen ...

Wer interessiert sich schon in Omsk für das Schicksal des Krimtataren Dschernilew? Er ist dort genauso ein Fremdkörper, wie die Zypressen aus der Taiga, die man um die Stadt herum angepflanzt hat. Für die Rückkehr seines Volkes auf die Krim hat Mustapha acht Jahre oder ein Viertel seines Lebens (er ist jetzt 33 Jahre) im Gefängnis verbracht. Dreimal wurde sein Prozeß angesetzt und wieder abgesetzt. Und jedesmal waren seine Eltern und Freunde vergeblich per Flugzeug nach Omsk gekommen."

EINE AUSGESUCHTE ÖFFENTLICHKEIT

„Zuerst wurden alle Besucher vor dem Gerichtssaal abgewiesen. Später ließ man dann die nächsten Verwandten zu – allerdings auch die nicht für die ganze Dauer des Prozesses. Was für einen Zweck haben Eltern und Freunde bei solch einem Prozeß auch? Jedenfalls sind sie nicht erwünscht:,Geht weiter Bürger, laßt eure Arbeit nicht im Stich!....' ,Ausländer' ,Die mögen draußen bleiben." ,Die Mutter? ' ,Gut, sie kann reinkommen.Der Bruder und die Schwester auch, wir werden sie dann zum gegebenen Zeitpunkt wieder rausschikken. Das reicht dann aber auch.' Das geheiligte Recht eines jeden Angeklagten ist sein Schlußwort. Das Recht zu einem letzten Bittgesuch ist in der Gesetzgebung eines jeden Landes und sogar in der UDSSR verankert. Tatsächlich sind hier die Fälle jedoch sehr selten, wo ein Angeklagter sein Gesuch bis zu Ende vortragen kann. Dem Mustapha erlaubten die Richter überhaupt kein Schlußwort.

Das ist nicht nur ein Verbrechen gegen die Gesetze, sondern gegen die ganze Menschheit. Dschenilew stellte sich dem Gericht nach einen zehnmonatigen Hungerstreik vor. ,Vorstellen' kann man dazu allerdings kaum sagen, dann dazu fehlten ihm die Kräfte; er war zu schwach, um überhaupt stehen zu können. Als er etwas sagen wollte, mußten ihn seine Wächter stützen, aber dann hatte er beim Versuch, zu sprechen, noch größere Beschwerden. Die Worte kamen auch nur sehr undeutlich durch seine Kehle, die noch vonder täglichen Einführung der Sonde zur Zwangsernährung während seines Hungerstreiks entzündet war. Außerdem litt er unter Herz-, Leber- und Magenbeschwerden.

Aber den Richter haben die Leiden des Mannes nicht weiter berührt. „Hindern Sie ihn nicht am Sprechen", verlangte der Bruder Mustaphas; das Gericht ließ ihn genau wie seine Schwester des Saales verweisen. Sie hätten den geordneten Ablauf des Prozesses gestört. (Anm. d. Übers.: Ich kenne eine Genossin, die hat im Goldenen Westen, hier in der BRD, vier Tage Ordnungshaft bekommen, weil sie die Hände nicht aus der Tasche nahm).

ANTISOWJETISCH

Die Verfassung der UDSSR garantiert den sowjetischen Bürgern die Redefreiheit. Die Gesetze ebenfalls. Aber es gibt zwei Anklagepunkte, wo einem das Recht auf Gehör nur bedingt zusteht.:,„Antisowjetische Propaganda" und „Verbreitung antisowjetischer Gerüchte".

Das ist das wirksamste Mittel, diejenigen, die sprechen wollen, zum Schweigen zu bringen. Und Mustapha Dschenilew will für die Krim, für die Tataren sprechen. Er will seine Leiden und die seines im Jahre 1944 grausam aus seiner Heimat vertriebenen Volkes in die Welt hinausschreien.

Das Schicksal eines anderen Mannes, das mit dem Prozeß gegen Dschenilew verknüpft ist, ist nicht weniger besorgniserregend. Es handelt sich dabei um den 26jährigen Dvorianski, der an sich die Geheimwaffe in Mustaphas Prozeß hatte sein sollen, denn er sollte diesen durch falsche Aussagen so belasten, daß Dschenilew legal ins Gefängnis hätte zurückgeschickt werden können. Aber es lief nicht so wie geplant. Dvorianski gab vor dem Gericht zu Protokoll, daß die Angaben, die er im Verlauf der Ermittlungen im Fall Dschenilew gemacht habe, in allen Punkten nicht der Wahrheit entsprächen. Und als er das sagte, wußte er sehr gut, was das für ihn bedeutet haben würde.

Wie aber war nun die Reaktion des Richters darauf? Ließ er Dschenilew – wie die Gerechtigkeit erforderte – frei, weil die Anklage ja auch nicht mehr begründet war? Leitete er einen Prozeß gegen die Ermittlungsrichter ein, die versucht hatten, Dvorianski falsche Aussagen abzupressen? Das Gericht verkündete das Urteil: 2 1/2 Jahre Zwangsarbeit wegen antisowjetischer Propaganda.

Dvorianski wurde indes wegen „Falschaussagen" gerichtlich weiterverfolgt. Das alles ist nichts anderes als Unmenschlichkeit schlechthin."

(Moskau, 23.4.76, Bericht eines Augenzeugen, aus Liberation vom 11.12.1976)

KOMMUNALWAHLEN IN FRANKREICH (II.)

Dies ist die Fortsezung des Artikels im ID 167:

PARIS 1. März — 14 Tage vor dem ersten Wahlgang gibt es schon mehr als 1000 Ökologie-Kandidaten in ganz Frankreich: In den nördlichen Departements (Lille, Dünkirchen), im Elsaß (Mühlhausen, Straßburg) und Paris werden sie mit ihrem mittlerweile auf 12% geschätzten Stimmenanteil in der Tat die Störenfriede der Wahlen sein. Geringere Möglichkeiten, das Wahlspiel zu stören, rechnet man sich in der Bretagne, in Lyon, Grenoble und Montpellier aus.

Um den Durchbruch der politischen Ökologie, der bei den Präsidentschaftswahlen von 1974 (mit René Dumont) eingeleitet wurde, weiterzuführen, hatten die ökologischen Vereinigungen beschlossen, sich bei den diesjährigen Kommunalwahlen verstärkt zu beteiligen. Weil es bei diesen Wahlen um die Verwaltung der Kommunen und des täglichen Lebens geht, weil es sich darum handelt, den Lebensbereich zu schützen, wollen die Öko-Kandidaten diesmal gewählt werden.

Die angesprochenen Umweltthemen wirken sich zur Zeit sehr mobilisierend auf die Bevölkerung aus, so daß man von Seiten der großen politischen Parteien über die Intervention der Ökologen beunruhigt ist.

Im folgenden soll näher auf die Hintergründe dieser Bewegung eingegangen werden: die Geschichte der ökologischen Vereinigungen, die sozial-politische Zusammensetzung nach Meinungsforschungsumfragen und die Frage der Verbindung ökologischer Probleme mit dem politischen Kampf, wobei Ausschnitte aus Interviews mit zwei maßgeblichen Öko-Kandidaten, Brice Lalonde und René Dumont, über das politische Selbstverständnis dieser Gruppen Auskunft geben.

VON DEN ANGLERVERBÄNDEN ZU DEN „AMIS DE LA TERRE" (FREUNDE DER ERDE)

So seltsam es klingen mag: die ersten, die sich wirklich um die ökologischen Probleme kümmerten, waren die Anglerverbände. Sie waren als erste mit der Verschmutzung der Gewässer konfrontiert, protestierten dagegen und prozessierten gegen die Umweltverschmutzer. Das geschah nach dem letzten Weltkrieg, als es 5 bis 6 Jahre dauerte, bis ein umweltschädigendes Unternehmen zu einer lächerlichen Geldstrafe verurteilt wurde. Das war der Beginn der Umweltzerstörung.

Man mußte bis zum Beginn der 60-er Jahre warten, bis sich hie und da Vereinigungen zum Schutze der Natur und zur Verteidigung der Umwelt gründeten. Erst 1968 schlossen sich jene Vereine zu einem französischen Naturschutzverband zusammen. Das war die Zeit des Umweltschutzes, die im Januar 1971 auch ein Ministerium gleichen Namens hervorbrachte.

Seit Anfang der 70-er Jahre tauchte der Begriff „Ökologie" (der seit 1873 gebraucht wird) häufiger in der Presse auf, und die Politik der Ökologiegruppen wurde offensiver. Im Bereich der Atomkernenergie z.B. folgte auf spektakuläre Aktionen der Gruppe „Schutz gegen die ionisierenden Strahlungen" eine Kritik des sozialen Systems, das von einer neuen Vereinigung, den „Amis de la Terre" ausging, die sich 1971 gründete. Am Anfang schienen die radikalen Vorstellungen einer kleinen Zahl von Öko-Gruppen gegenüber den 35 000 Mitgliedern des Naturschutz-Verbandes lächerlich zu sein. Zu dieser Zeit begannen politische Vorstellungen, die Ökologie zu druchdringen, was bei den traditionellen Naturschützern, die von dem Gedanken geängstigt wurden, daß man als Naturschützer die Machtfrage problematisieren könnte, eine gewisse Panik auslöste. Die Angst der Traditionellen griff weiter um sich, als die neuen Öko-Gruppen, die beeinflußt vom Mai 1968 Themen wie Atomenergie, Produktionsweisen, Verkehrsmittelprobleme, das individuelle Auto usw., anschnitten, größer wurden. Die alten Naturschutz-Vereinigungen hatten Schwierigkeiten, den neuen Öko-Gruppen die Stirn zu bieten, aus dem einfachen Grund, weil sich einer großen Zahl von Mitgliedern von nun an eine Hand voll Aktivisten gegenüberstellte. Deshalb ist es auch nicht erstaunlich, daß diese kleinen Öko-Gruppen, die sich um die „Amis de la Terre" gruppieren, es geschafft haben, 1974 die Präsidentschaftswahlkampagne für René Dumont ins Leben zu rufen und zu organisieren. Um den Agronomen und weltbekannten Autoren fanden sich alle die zusammen, die die Verteidigung der Umwelt politisieren wollten.

Im Mai 1974 entstand eine dritte Generation von ökologischen Vereinigungen. Zunächst gab es das „Mouvement écologique" (Ökologie-Bewegung), das aus Unterstützungskomitees für René Dumont hervorgegangen war und das sowohl eine zahlenmäßige wie ideologische Verstärkung der „Amis de la Terre" darstellte. Die letzteren übernahmen die Führung des ökologischen Protests, aufgrund einer für alle offenen Organisationsstruktur und Kontaktstellen auch draußen im Land, die weitgehend autonom agierten, im Verhältnis zur Zentrale in Paris.

Im Gegensatz dazu schwankten viele lokale und regionale Vereinigungen (besonders in Paris) zwischen einfachen Umwelt-Verteidigungsaktionen und unklaren politischen Aktionen. So etwa im Fall „S.O.S. Paris" und anderer, die sich trotz „unpolitischer" Linie nicht davon abhalten ließen, sich bei den Landtagswahlen 1976 zur Wahl zu stellen.

Was auch immer an Entwicklungen und Zweideutigkeiten bei den verschiedenen Öko-Gruppen festzustellen ist, von nun an stellen sie einen ernstzunehmenden politischen Faktor dar. Andere politische Parteien würden sie nicht so umwerben, wäre ihr Einfluß unbedeutend. Von daher kommt auch die Gefahr, integriert zu werden, was sich bei Versuchen der Annäherung seitens der poilitischen Parteien anläßlich dieser Wahlen gezeigt hat.

Die „Amis de la Terre" und alle Öko-Gruppen, die ihre politischen und ökonomischen Analysen teilen, werden die Wahlkampagne dazu benutzen müssen, die Situation abzuklären und den plötzlichen Aufbruch der falschen Ökologen, die nur ihre Privilegien zu verteidigen haben, zurückzuweisen.

DIE SOZIAL-POLITISCHE ZUSAMMENSETZUNG DER ÖKO-WÄHLER

Das Ergebnis einer Umfrage der Wochenzeitung „Nouvel Observateur" läßt, wie die Mehrzahl der z.Z. gestarteten Umfragen, einen Mindeststimmenanteil von 7% für die Ökologen in ganz Paris erwarten, wenn nicht gar 9% bis 11% oder 12% in Lille (bei den Landtagswahlen im Elsaß im März 1976 erhielten die Listen der Ökologen z.B. in Mühlhausen - Süd 13%, in anderen Bezirken 12%).

Über die soziologische Zusammensetzung der „grünen" Wähler berichtet das Wochenmagazin weiter, daß sich die große Mehrheit (69%) von Angestellten bis hin zu höheren Führungsschichten erstreckt (34% Angestellte und mittlere Führungskräfte und 35% höhere Führungskräfte und intellektuelle Berufe). Die Arbeiter werden bei den Öko-Wählern nur durch eine kleine Gruppe repräsentiert.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SOFRES zählen sich etwa 48% der Öko-Wähler zur politischen Linken (16% PSU oder Extreme Linke: die Ökologen nehmen immer mehr die Wählerschaft der PSU in Beschlag; 29% PS und nur 3% PC: der niedrige Prozentsatz der PC-Öko-Wähler ist kein Anzeichen für das Desinteresse der Kommunisten an Ökologie-Fragen, sondern es zeigt, daß die PC-Wählerschaft es nicht für nötig hält, in Sachen Ökologie sich anderen Gruppen zuzuwenden; 17% zur Mitte und nur 10% zur Rechten und Rechtsradikalen). Es ist also keineswegs so, wie die Ökologen behaupten, die es im Allgemeinen ablehnen, sich zwischen der Rechten und der Linken zu entscheiden, daß die politische Überzeugung bei den Öko-Wählern auf alle politischen Parteien gleichmäßig verteilt ist. Die 25% Öko-Wähler, die sich zu keiner politischen Partei zählen, sind zu 14% die, denen es nicht gelingt, sich zwischen Links und Rechts zu entscheiden und die sich aufgrund der politischen Desinteresses zur Mitte rechnen. Die restlichen 11% scheinen der Linken verbunden zu sein, sich mit deren Programmen und Äußerungen aber nicht identifizieren zu können. Altersmäßig setzen sich die Öko-Wähler zu 55% aus Leuten unter 35 Jahren zusammen. Diese Zahl ist umso erstaunlicher, als die Pariser Wählerschaft von Mitterand nur zu 39% aus Leuten unter 35 Jahren bestand.

Der zunehmende Bewußtseinsprozeß für Ökologie-Probleme in der Bevölkerung wird durch eine andere Umfrage des Instituts IFOP ergänzt, wonach 77% der Franzosen eine verstärkte Kontrolle der umweltschädigenden Industrien vorschlagen, 57% dafür plädieren, daß Ökologie als Unterrichtsfach in die Lehrpläne aufgenommen wird. Die Befragten führen in folgender Reihenfolge die sie bedrohenden Umweltschädigungen auf: Verpestung der Luft, des Wassers, weniger natürliche Nahrung, die Verseuchung der Meere und die radio-aktive Gefahr. Die Frage „Was ist Ökologie"? konnten 75% der Befragten richtig beantworten. Bei allen Fragen zeigten sich die jungen Leute als die Bewußtesten. Die Popularität und Wichtigkeit der ökologischen Themen und Ideen sind nicht zuletzt durch Ereignisse wie Seveso, die Verseuchung von Küstenstreifen in der Bretagne, Farbstoffe in Nahrungsmitteln usw. entstanden.

INTERVIEW MIT BRICE LALONDE UND RENÉ DUMONT

Brice Lalonde: „Was die Frage der unpolitischen Haltung bei den Ökologen angeht, ist zu sagen, daß, solange sie nicht für Wahlen kandidierten, man sich wenig darum kümmerte zu fragen, ob sie Rechts oder Links seien. Man konnte das, was man hören wollte, aus ihren Aussagen herausnehmen. Jetzt, wo sie als Kandidaten sagen, dies oder jenes sei zu tun, ist man beunruhigt. Früher hing es von der Rechten oder Linken ab, ob die Ökologie rechts oder links war; jetzt soll es nur noch von den Ökologen abhängen. Es ist komisch, daß wir dies jetzt bestimmen sollen. Die Ökologen kämpfen für präzise Ziele.

Wir ignorieren nicht den Klassenkampf und wissen, daß er sich auch quer durch die Öko-Bewegung zieht. Wir wären inkonsequent, wenn wir nicht den Unterschied zwischen den an der Macht befindlichen politischen und ökonomischen Kräften machten, die für die ökologische Krise verantwortlich sind, und jenen, die gegen diese Kräfte kämpfen. Ebenso reicht es nicht aus, sich mit politischen Empfehlungen für diese oder jene politische Gruppe auszuweisen, um einen „grünen Poujadismus" (kleinbürgerliche, ständische Bewegung in Frankreich seit 1953 – Pierre Poujade) oder eine gewisse festgestellte Ohnmacht bei einigen Öko-Gruppen zu verbergen.

Die Widersprüche, die beim Versuch, die Öko-Bewegung politisch zu definieren, auftreten, sind zahlreich: Die Öko-Bewegung ist anti-technokratisch, Die Technokratie ist aber kein Monopol der Rechten. Längere Gespräche, die ich kürzlich mit PS-Leuten hatte, haben mir das ins Gedächtnis gerufen. Will man die Ökologie mit marxistischen Kriterien definieren, so ist festzustellen, daß sie das marxistische Postulat der unbegrenzten Entwicklung der Produktivkräfte in Frage stellt und feststellt, daß die französische Arbeiterklasse die Interessen der Biosphäre nicht verteidigt. Wenn man schließlich bei der Ökologie eine vage Verbindung zu sozialistischen Ideen sehen will, kann man schon sagen, sie sei sozialistisch unter der Bedingung, daß die Praxis der Gruppen „autogestionnaire" (selbstverwaltend) ist.

Fragen: „Einige Ökologen scheinen auf ihre Parteilosigkeit zu pochen, einige bekräftigen, daß ‚die Linke und die Rechte das gleiche ist.' Wie reagierst Du auf diese Tendenz? "

R.D.: „Damit ich richtig verstanden werde: ich antworte dies als René Dumont, als einfaches Mitglied der ‚Amis de la Terre'.

Ich bin ein alter sozialistischer Aktivist. So sozialistisch, daß ich selten Mitglied war, außer kurze Zeit bei der PSU. Ich bin ein Parteiloser und schäme mich, es zu sein. Aber was mich z.B. von der PSU trennt, ist das Ökologieproblem und die Frage der Abrüstung. Eine Menge Ökologen haben die gleiche Meinung, aber das ist kein Grund zu sagen, daß die Rechte und die Linke das gleiche ist. Das ist zu gefährlich.

Frage: „Wo siedelst Du die Ökologie-Bewegung an? "

R.D.: „Wie viele meiner Genossen siedele ich sie weit links von der Linken an und ich meine, daß es natürlich ist, daß sich die Ökologie oft mit der extremen Linken verbindet. Man darf nicht vergessen, was wir 1974 deutlich gesagt haben, und die ‚Amis de la Terre' wiederholen es 1977: Die ökologische Strategie ist anti-kapitalistisch, sie ist der Versuch der ‚Selbstverwaltung.' "

Frage: „Was ist also zu tun? "

R.D.: „Vor allem heißt es, die Rechte daran zu hindern, sich mit der Ökologie zu brüsten, sich mit der Fortschrittlichkeit der Ökologie zu schmücken. Man muß wachsam sein. Wir können und wir wollen Einfluß haben, aber auf die Linke und nicht auf die Rechte. Denn in Wirklichkeit gibt es für uns keine Wahl: wir können uns nicht gegen die Linke wenden, selbst wenn wir ihre Haltung bedauern.

Frage: „Was denkst du über den freiwilligen Verzicht im zweiten Wahlgang? "

R.D.: „Im ersten Wahlgang müssen wir Ökologen anwesend sein, unsere Originalität bekräftigen, erklären, was dringend zu tun ist, die Unzulänglichkeiten der Parteien denunzieren. Zur gleichen Zeit bestätigen wir, daß wir nicht parteilos sind. Im zweiten Wahlgang wähle ich den besten der Linken, ich habe nichts mit der Rechten zu tun.

Frage: „Aber in Sachen Ökologie wird nach den Kommunalwahlen nichts gelöst sein? "

R.D.: „In der Tat. Wir werden weitermachen müssen, die Ökologie-Bewegung zu politisieren und vor allem die politischen Parteien zu „ökologisieren", d.h. ihnen verständlich zu machen, daß die Verteidigung der Natur und der Umwelt eine radikale Umwandlung unserer ökonomischen Konzeption verlangt."

(aus: Liberation und Politique Hebdo)



maximilian aus münster,
zwölfjähriger illustrator
aktuellen zeitgeschehens,
zeigt diesmal einen Lauschangriff

Die Herren vom Verfassungsschutz schlagen wieder zu!

INTERNATIONALES

aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mw

druck: druckladen

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 525228 - 602
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort „adressänderung" oder „neuabo".